

ÖJV-Handbuch für Waldbesitzer

Herausgegeben von: © Ökologischer Jagdverband Rheinland-Pfalz e.V.
mit Förderung des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz
des Landes Rheinland-Pfalz

Aktualisierungen zu dieser Broschüre auf dem ÖJV-Blog (<http://oejv-rlp.blogspot.com/>)
unter dem Stichwort „Handbuch für Waldbesitzer“.

Inhalt

Vorwort von Margit Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz	3
Vorwort von Thomas Boschen, Vorsitzender des Ökologischen Jagdverbandes Rheinland-Pfalz e.V.	4
Die Geschichte der Jagd und die Entwicklung der Wildbestände	5

I. Jagd und Grundeigentum

Eigenjagdbezirke und gemeinschaftliche Jagdbezirke	7
Jagdgenossenschaften	9
Mustersatzung für Jagdgenossenschaften	10
Bewertung der Jagdbewirtschaftungsmöglichkeiten	14
Einfluss des Jagdgenossen auf die Jagdnutzung	15

II. Jagdbetrieb

Abschussplanung beim Schalenwild	16
Wildfütterung	18
Landesverordnung über die Fütterung und KIRRUNG von Schalenwild	20

III. Wildschäden

Auswirkungen überhöhter Schalenwildbestände	22
Zusammenarbeit zwischen Grundbesitzern und Jägern	26
Wildschadensverhütung und Wildschadensersatz	27
Vorgehen bei der Schadensanmeldung von Wildschäden am Wald	29
Entschädigung von Wildschäden in der Forstwirtschaft	30
Rheinland-Pfälzisches Verfahren zur Bewertung von Verbisschäden	31
Verbissbewertung nach dem Bayerischen Traktverfahren	43

IV. Zertifizierung

Zertifizierung im Wald	45
FSC-Zertifizierung:	46
Zertifizierung nach PEFC:	50

V. Anhang

Praxisbeispiel: Jagdliche Situation im Forstbetrieb der Gemeinde Hümmel	51
Praxisbeispiel: Der Jagdbetrieb der Hatzfeldt-Wildenburg'schen Verwaltung:	53
Muster Jagdpachtvertrag des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz	58
Rechtsquellen	66
Adressen/Ansprechpartner	66
Kontaktpersonen des ÖJV	66

Vorwort

der Ministerin für Umwelt, Forsten und
Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz
Margit Conrad zur ersten Auflage des Handbuches
für den Waldbesitzer



Margit Conrad

Verehrte Leserinnen und Leser,

den Jägerinnen und Jägern ist bewusst, dass sich angesichts des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandels auch die Aufgaben der Jagd verändert haben. Sie werden heute mit weit höheren Ansprüchen konfrontiert, als dies in früheren Zeiten der Fall gewesen ist.

Heute tragen die Jägerinnen und Jäger Mitverantwortung für das komplizierte Gleichgewicht zwischen Naturhaushalt und Nutzung der Naturgüter – auch und gerade im Wald.

Wald und Wild stehen in einer engen Wechselbeziehung: Artenreiche und stabile Wälder setzen einen angepassten Wildbestand voraus, gesundes Wild braucht seinerseits eine intakte Lebensgrundlage.

Rheinland-Pfalz ist zwar ein modernes Industrieland, aber auch von Weinbergen, Landwirtschaft und einem weit überdurchschnittlichen Waldanteil geprägt.

Der rheinland-pfälzischen Landesregierung sind der Schutz unserer Umwelt und die Erhaltung natürlicher Ressourcen ein besonderes Anliegen. Sie sieht sich dem Leitprinzip „Schutz durch Nutzung!“ verpflichtet.

Daher freue ich mich, dass der Ökologische Jagdverband Rheinland-Pfalz e.V. ein umfangreiches Handbuch für Waldbesitzer erarbeitet hat und allen Interessierten zur Verfügung stellt. Es leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, sondern bietet für die Waldbesitzer gleichermaßen einen umfassenden Überblick über die jagdgesetzlichen Bestimmungen sowie über die Rechte und Pflichten aller von der Jagd Betroffenen.

A handwritten signature in black ink that reads "Margit Conrad". The script is fluid and cursive.

Margit Conrad
Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz
des Landes Rheinland-Pfalz

Mainz, im Oktober 2008

Vorwort

des Herausgebers Thomas Boschen,
Vorsitzender Ökologischer Jagdverband Rheinland-Pfalz e.V.

Dieses Handbuch gibt Ihnen das notwendige „Werkzeug“ zur Wahrnehmung Ihrer Rechte und zur Sicherung Ihrer jagdlichen und somit auch waldbaulichen Ziele, sei es als Privatwald- oder als Gemeindewaldbesitzer.

Wir möchten Sie ermutigen, sich vor Ort, in Ihrer Jagdgenossenschaft aktiv dafür einzusetzen, dass die Verwaltung der Jagd und die Festlegung der jagdlichen Ziele in den Händen der Grund- und Waldbesitzer, den eigentlichen Jagdrechtsinhabern, bleibt.

Der Ökologische Jagdverband in Rheinland-Pfalz setzt sich für eine Jagdausübung ein, die sich an den Bedürfnissen der Jagdrechtsinhaber orientiert. Im Wald ist die Jagd so auszuüben, dass Wildschäden vermieden und sich die heimischen Baumarten ohne Schutz natürlich verjüngen können. Die Schwarzwildbestände sind konsequent zu nutzen, sodass Schäden auf Äckern und Wiesen sowie in Weinbergen verhindert werden und das Risiko einer Schweinepest minimiert wird.

Dies bedarf einer aktiven Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern, Landwirten, Förstern und Jägern. Äußerst wichtig sind dabei klare Zielvorstellungen der Jagdrechtsinhaber und Zielvereinbarungen zwischen den Partnern. Nur durch Transparenz und Einhaltung der Spielregeln ist eine gute Zusammenarbeit möglich.

Die Jagd darf nicht weiter zu einem egoistischen und „feudalen“ Hobby ausarten. Darum müssen die Ziele der Jagd wieder stärker von den Grund- und Waldbesitzern als Jagdrechtsinhabern formuliert und eingefordert werden.

Der Ökologische Jagdverband Rheinland-Pfalz arbeitet aktiv an der Erreichung dieser Ziele. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit dem Waldbesitzerverband Rheinland-Pfalz, dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Mit diesem Nachschlagewerk „Handbuch für Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz“ möchten wir Sie bestärken, Ihre Rechte wahrzunehmen, um auf die praktische Ausübung der Jagd auf Ihrem Eigentum aktiv Einfluss zu nehmen.

Scheuen Sie sich nicht, Ihr Recht auf Wildschadensersatz als Grundbesitzer geltend zu machen. Wenn Ihre Fläche klein- oder kleinstparzelliert ist, ist vielleicht auch ein Nachbar betroffen. Mit ihm zusammen können Sie noch mehr erreichen (denken Sie an das Doppelte Quorum der Jagdgenossenschaftsbeschlüsse).

1. Welche Rechte habe ich als Waldbesitzer und wie kann ich sie einfordern?
2. Wie finde ich den Weg durch das Jagdgesetz und seinen Verordnungen?
3. Wer hilft mir bei der Umsetzung meiner Ziele?
4. Wo kann ich mich weiter informieren und wer kann mir weiterhelfen?

Diese und weitere Fragen haben wir, für sie beantwortet und auf übersichtliche Art und Weise aufbereitet.

Bei Problemen und Fragen vor Ort, können Sie gerne auf uns zugehen. Wir helfen Ihnen gerne weiter oder vermitteln Ihnen kompetente Ansprechpartner. Die Anschriften finden Sie im Anhang.

Ihr
Thomas Boschen
ÖJV Rheinland-Pfalz

Die Geschichte der Jagd und die Entwicklung der Wildbestände:

Unsere frühen Vorfahren waren Jäger und Sammler. Das Fleisch der erlegten Tiere war Grundlage der Ernährung. Häute und Felle dienten zur Bekleidung. Mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Aufkommen von Ackerbau und Viehzucht bekam die Jagd einen anderen Stellenwert. Nun mussten die Viehherden vor Raubtieren (z. B. Wölfen und Bären), die Äcker und Wiesen vor Schäden durch Rot- und Schwarzwild geschützt werden.

Im Mittelalter wurde die Jagd zu einem Vorrecht des Adels und der Landesfürsten. Ab dem 16. Jahrhundert spielte sie an den meisten europäischen Höfen eine große Rolle. Die Hofjagd diente der fürstlichen Repräsentation. Hauptwildarten waren Rot- und Schwarzwild. Die Bestände stiegen durch intensive Hege stark an. Es kam zu beträchtlichen Wildschäden auf Äckern, Wiesen und in Weinbergen. Das führte immer wieder zu Protesten der Bauern, die ihr Jagdrecht verloren hatten, keinen Wildschadensersatz erhielten und im Frondienst als Treiber an den herrschaftlichen Jagden mitwirken mussten.

Die jahrhundertlang andauernden Missstände wurden erst durch die französische Revolution, im rechtsrheinischen Deutschland durch die Revolution von 1848, beseitigt. Mit der Abschaffung des herrschaftlichen Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden ging das Jagdrecht auf die Grundeigentümer über, die das Rot- und Schwarzwild nunmehr radikal verminderten. Die von den deutschen Staaten neu erlassenen Jagdgesetze ließen dies zu. Außer Bestimmungen über Schonzeiten enthielten diese Gesetze keine weitergehenden Vorschriften zum Schutze des Wildes und regelten im Wesentlichen lediglich das Jagdausübungsrecht der Grundeigentümer und den Wildschadensersatz.

Die rigorosen Jagdmethoden der „Bauernjäger“ wirkten sich auf die Waldverjüngung positiv aus. Viele gemischte Laubholzwaldbestände entstammen dieser Zeit. Dem „Bürgerjäger“, der meist aus der Stadt kam und dem es weniger auf das Fleisch als auf die Trophäe ankam, gewann mit der Verpachtung von Jagden im ländlichen Raum zunehmend an Einfluss. Es entstand eine - auch von vielen Forstleuten getragene - Bewegung, die dem Gedanken des Wildschutzes, der Hege und der Waidgerechtigkeit Geltung verschaffen wollte, sich aber von den Notwendigkeiten der Grundeigentümer entfernte. Zur Verbreitung dieser Ideen trugen vor allem die Jagdschriftsteller dieser Zeit bei. Unter ihnen befanden sich die bekannten Jagdklassiker wie Diezel und von Raesfeld, die beide von Beruf Forstleute waren.

Bereits gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es so wieder zu einem langsamen Anstieg der Wildbestände. Die angestrebte Änderung des Jagdrechtes setzte sich allerdings erst im Jahre 1934 unter der unheilvollen Diktatur der Nationalsozialisten durch. Sie hoben die bis dahin gültigen Länderjagdgesetze auf und erließen ein Reichsjagdgesetz, dessen wesentliche Bestimmungen in das spätere Bundesjagdgesetz übernommen wurden. Neu und für die weitere jagdliche Entwicklung bestimmend waren folgende Regelungen:

- die Vorschriften über die Bewirtschaftung des Schalenwildes (ohne Schwarzwild) mit Hilfe von behördlich festgesetzten Abschussplänen,
- die Beschränkung der Jagdmethoden, insbesondere das Verbot des Schrotschusses auf Rehwild,
- die Verpflichtung zur Fütterung des Wildes in Notzeiten und
- die Verringerung des Jagddruckes durch eine verminderte Anzahl von Jagdpächtern; man setzte die Mindestgröße der Jagdbezirke auf 75 bzw. 150 ha herauf.

Die Hegebemühungen der Jägerschaft und das wildfreundliche Jagdgesetz führten nunmehr zu einem raschen Anstieg der Schalenwildbestände. Dies lässt sich mit Hilfe der Jagdstatistik belegen. So erhöhte sich der jährliche Rotwildabschuss in den preußischen Staatsforsten zwischen 1865 und 1939 von ca. 1.300 Stück auf über 14.000 Stück, eine ähnliche Tendenz ist auch beim Rehwild zu verzeichnen. Der Anstieg der Strecken hält bis zum heutigen Tag an. Wie in allen Industriestaaten, haben sich auch in Deutschland die jagdlichen Bedingungen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer mehr verschlechtert.

Die starke Ausdehnung der Siedlungen und Verkehrsanlagen beschneiden die Lebensräume des Wildes. Großflächige Monokulturen, Düngung und der Einsatz von chemischen Unkraut- und Schäd-

lingsbekämpfungsmitteln in der Landwirtschaft sowie die Trockenlegung von Feuchtgebieten schaden vielen Wildarten, weil sie dadurch Nahrungsquellen und Wohnplätze verlieren. Eine ganze Reihe von Wildarten ist daher selten geworden oder vom Aussterben bedroht. Hierzu zählen z. B. Rebhuhn, Auer- und Haselwild, viele Greifvogel-, Enten- und Gänsearten.

	1938 ca.	1957	1960	1970	1980	1990	2000	2003
Rotwild	2.100	2.173	3.067	3.386	3.879	4.229	4.745	6.594
Rehwild	35.000	33.257	47.889	47.889	55.875	65.194	73.486	75.163
Schwarzwild	2.100	4.497	5.864	5.864	6.041	31.766	38.333	66.665

Quelle: MUF RLP

Dagegen haben insbesondere die im Wald lebenden Schalenwildarten in den letzten Jahrzehnten kräftig zugenommen. So hat sich z. B. die Zahl der jährlich erlegten Rehe in Rheinland-Pfalz seit den 50er Jahren mehr als verdoppelt (s. Tabelle).

Das Rotwild, das im 19. Jahrhundert landesweit nahezu verschwunden war, kommt inzwischen wieder in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz vor. Außerdem wurden verschiedene Schalenwildarten, wie Dam- und Muffelwild, die ursprünglich bei uns nicht heimisch waren, neu angesiedelt.

Die Bundesrepublik zählt damit heute zu den europäischen Ländern mit einer besonders hohen Schalenwilddichte. Zu geringe Abschusszahlen über Jahrzehnte und eine überzogene Hege mit Wildfütterung und Trophäenkult haben im Wesentlichen dazu geführt.



Rheinland-Pfalz hat eine lange Jagdtradition. Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts sind die Schalenwildbestände drastisch gestiegen, weil vielen Jägern heute die Trophäe wichtiger ist als eine gute Strecke.

I. Jagd und Grundeigentum

Eigenjagdbezirke und gemeinschaftliche Jagdbezirke

Nach §3 Bundesjagdgesetz (BJG) steht das Jagdrecht dem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu. Das BJG schreibt Mindestgrößen für Jagdbezirke vor und unterscheidet den Eigenjagdbezirk und den Gemeinschaftlichen Jagdbezirk. In befriedeten Bezirken, wie Hofräume, Gebäude, Friedhöfe und Hausgärten, ruht die Jagd.

Der Eigenjagdbezirk (EJB) (BJG § 7; LJG § 5)

Vorraussetzungen für einen Eigenjagdbezirk :

Zusammenhängende Grundflächen mit einer land-, forst-, oder fischereiwirtschaftlich nutzbaren Fläche von mindestens 75 Hektar. Die Fläche muss im Eigentum einer Person (oder gemeinsames Eigentum einer Personengruppe) stehen. Im EJB ist der Eigentümer jagdausübungsberechtigt, sofern er im Besitz eines Jagdscheines ist. Ansonsten kann er eigenständig seine Jagd verpachten oder an einen Jagdausübungsberechtigten delegieren.

Anders verhält es sich bei Grundeigentümern, deren zusammenhängende Flächen weniger als 75 ha umfasst:

Gemeinschaftlicher Jagdbezirk (GJB) (BJG § 8; LJG § 6)

Vorraussetzungen eines Gemeinschaftlichen Jagdbezirks :

Alle Grundflächen einer Gemeinde oder abgesonderten Gemarkung, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören und zusammenhängend 250 Hektar umfassen, bilden einen GJB. Zusammenhängende Flächen verschiedener Gemeinden können auf Antrag zusammengelegt werden. Eine Teilung in mehrere eigenständige GJB kann zugelassen werden, wenn jeder Teil mindestens 250 Hektar groß wird. Im GJB ist die Jagdgenossenschaft jagdausübungsberechtigt.

Alle diese Flächen einer Gemarkung werden also - so schreibt es das Jagdgesetz vor - zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk zusammengefasst. Ihre Eigentümer bilden die Jagdgenossenschaft. Sie verwaltet und nutzt die Jagdrechte der einzelnen Mitglieder und verteilt die Erträge.

Jagdgenossenschaft (JG) (BJG § 9; LJG § 7)

Die Jagdgenossenschaft besteht kraft Gesetz seit Einführung des BJG am 1.4.1953. Die Eigentümer der bejagbaren Grundflächen eines GJB bilden eine Jagdgenossenschaft (ohne befriedete Bezirke etc.). Die JG wird durch den Jagdvorstand vertreten. Der Jagdvorstand ist von der Versammlung der Jagdgenossen zu wählen. Solange kein Jagdvorstand gewählt ist, werden die Geschäfte vom Gemeinderat wahrgenommen (Notvorstand).

Die Jagdgenossenschaft kann ihre Angelegenheiten nach Beschluss und schriftlicher Vereinbarung auf die Gemeinde übertragen.

Beschlüsse der JG bedürfen sowohl der Mehrheit der anwesenden und vertretenen Genossen als auch der Mehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen Grundflächen: „Doppeltes Quorum“ (§ 9 Abs. 3 BJG).

Die Jagdgenossenschaft hat eine Satzung aufzustellen, die der Genehmigung der unteren Jagdbehörde bedarf, es sei denn, die Satzung entspricht einer von der Obersten Jagdbehörde erlassenen Mustersatzung; in diesem Falle ist sie der Unteren Jagdbehörde anzuzeigen.

Angliederungsgenossenschaft (LJG §7, Abs. 3)

Sind Grundstücke mehrerer Eigentümer oder Nutzungsberechtigter einem Eigenjagdbezirk angegliedert, so bilden diese Personen zur Wahrnehmung ihrer nach der Aufgliederung bestehenden Rechte, eine Jagdgenossenschaft (= Angliederungsgenossenschaft).

Wie man sieht, ist damit das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Jagdrechtsinhabers eingeschränkt. Wenn er seine Vorstellungen und Interessen durchsetzen will, muss er dafür in der Jagdge-

nossenschaft Mehrheiten finden. Immerhin hat er aber die Möglichkeit unmittelbar an der Beschlussfassung mitzuwirken.

Dies ist allerdings in Rheinland-Pfalz nicht das Regelverfahren. Nach dem LJG ist es möglich die Verwaltung der Jagdgenossenschaft dem Gemeindevorstand (= Gemeinderat) zu übertragen. Voraussetzung ist ein Mehrheitsbeschluss der Genossenschaft und die Zustimmung des Gemeindevorstandes (§ 7 Abs. 5 LJG). Da dieses Verfahren den beträchtlichen Verwaltungsaufwand für die Selbstverwaltung der Genossenschaft spart, wird von ihm in der Mehrzahl der Fälle Gebrauch gemacht.

Der Auskehrungsanspruch

In einem wichtigen Punkt ist der einzelne Grundeigentümer (Jagdrechtsinhaber) nicht dem Mehrheitsbeschluss der Jagdgenossenschaft bzw. des Gemeinderates unterworfen. Er hat ein unmittelbares Zugriffsrecht auf den Jagdertrag, der auf sein Grundstück entfällt. Der Passus im Gesetz lautet: „Beschließt die Jagdgenossenschaft, den Ertrag nicht an die Jagdgenossen nach dem Verhältnis des Flächeninhalts ihrer beteiligten Grundstücke zu verteilen, so kann jeder Jagdgenosse, der dem Beschluss nicht zugestimmt hat, die Auszahlung seines Anteils verlangen (§ 10 Abs. 3 BJG)“. Die Juristen sprechen hier von einem Auskehrungsanspruch. Er macht deutlich, dass auch dort, wo Jagdrechte kollektiv verwaltet werden, der Jagdrechtsinhaber die Einzelperson ist.

Ein weiteres Recht des einzelnen Jagdgenossen (= Grundeigentümer) ist es, auf die Erhöhung der Abschusszahlen in einem Abschussplan für den gemeinschaftlichen Jagdbezirk zu klagen. Dies bestätigt ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichtes Berlin vom 30.03.1995 (BVerwG 3 C 8.94 v. 30.03.95, Urteil des 3. Senats).

Auch im Rahmen eines Gemeinschaftlichen Jagdbezirkes gibt es verschiedene Möglichkeiten der Jagdbewirtschaftung. Läuft ein Jagdpachtvertrag aus, sind

- Neuverpachtung
- Vertragsverlängerung oder
- die Eigenjagd bzw. Regiejagd (Jagd wird selbst ausgeübt bzw. einem Jäger entgeltlich oder unentgeltlich übertragen)

die Möglichkeiten der Jagdgenossenschaft.

Jagdgenossenschaften:

Erstellung einer Satzung für Jagdgenossenschaften

Damit eine Satzung genehmigungsfähig ist, müssen folgende Rechtsvorschriften beachtet werden:

1. Bundesjagdgesetz § 9
2. Landesjagdgesetz § 7 und dessen Durchführungsverordnung §§ 2-7

In diesen Bestimmungen ist geregelt, wer zu einer Jagdgenossenschaft gehört, wie eine Satzung für eine Jagdgenossenschaft inhaltlich gestaltet werden muss und wie Vertretungs- und Entscheidungskompetenzen festzulegen sind. Diese Rechtsvorschriften dienen auch zur Gliederung und Erstellung einer solchen Satzung. Darüber hinaus empfiehlt es sich regionale und praktikable Gegebenheiten gleich mit zu formulieren, sofern diese gesetzeskonform sind.

Bereits genehmigte Satzungen anderer Jagdgenossenschaften können als Mustervorlage dienen.

Folgende Mustersatzung für Jagdgenossenschaften beinhaltet einerseits die gesetzlichen Anforderungen und sichert andererseits auch die Mitwirkung aller Jagdgenossen bei elementaren Entscheidungen zur jagdlichen Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes.

Mindestinhalt der Satzung einer Jagdgenossenschaft (LJagdGDVO Punkt 2.4.2 und die Anlagen Nr. 1 + 2).

Mustersatzung für Jagdgenossenschaften:

Satzung der Jagdgenossenschaft

§ 1

Name, Sitz und Aufsichtsbehörde

(1) Die Genossenschaft führt den Namen „Jagdgenossenschaft _____“

Sie hat ihren Sitz in _____.

(2) Aufsichtsbehörde ist die Kreisverwaltung _____.

§ 2

Mitgliedschaft

- (1) Der Jagdgenossenschaft gehören alle Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer des gemeinschaftlichen Jagdbezirks _____ nach Maßgabe des Grundflächenverzeichnisses an. Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, auf denen die Jagd ruht, sind insoweit nicht Mitglieder der Jagdgenossenschaft.
- (2) Eigentumsänderungen sind von den Veräußerern von Grundstücken dem Jagdvorstand zur Berichtigung des Grundflächenverzeichnisses unverzüglich anzuzeigen. Die Mitgliedschaft zur Jagdgenossenschaft endet mit dem Verlust des Grundeigentums.

§ 3

Aufgaben

- (1) Die Jagdgenossenschaft hat die Aufgabe, das ihr zustehende Jagdausübungsrecht im Interesse der Jagdgenossinnen und Jagdgenossen zu verwalten und zu nutzen sowie für den Ersatz des den Jagdgenossinnen und Jagdgenossen entstehenden Wildschadens zu sorgen.
- (2) Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Jagdgenossinnen und Jagdgenossen Umlagen nach dem Verhältnis der Flächengröße der bejagbaren Grundstücke erheben.

§ 4

Organe

Organe der Jagdgenossenschaft sind:

1. die Genossenschaftsversammlung,
2. der Jagdvorstand

§ 5

Genossenschaftsversammlung

- (1) Die Genossenschaftsversammlung ist die Versammlung der anwesenden und der vertretenen Jagdgenossinnen und Jagdgenossen. Die Jagdgenossinnen und Jagdgenossen haben zu Beginn der Genossenschaftsversammlung die von ihnen eingebrachte Grundfläche nachzuweisen.
- (2) In der Regel soll einmal jährlich eine Versammlung der Jagdgenossinnen und Jagdgenossen stattfinden. Außerordentliche Versammlungen sind vom Jagdvorstand einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Fünftel der Jagdgenossinnen und Jagdgenossen oder mindestens einem Fünftel der vertretenen Grundfläche unter Angabe der Gründe schriftlich verlangt wird. Alle Versammlungen sind unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen durch ortsübliche Bekanntmachung einzuberufen. Beschlüsse über Gegenstände des § 6 dürfen unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ nicht gefasst werden.
- (3) Die Genossenschaftsversammlung ist nicht öffentlich, ausgenommen die Versammlung zur Versteigerung der Jagd oder zur Öffnung der Gebote bei öffentlicher Ausbietung. Der Jagdvorsteher kann einzelnen Personen die Anwesenheit vorübergehend gestatten. Vertretern der Jagdbehörden ist die Anwesenheit jederzeit gestattet.
- (4) Die Genossenschaftsversammlung kann beschließen:
 1. bei Dringlichkeit auch über Gegenstände, die nicht in die Tagesordnung aufgenommen waren, zu beraten und zu entscheiden, mit Ausnahme der Gegenstände nach § 6, .
 2. einzelne Beratungsgegenstände von der Tagesordnung abzusetzen.

- (5) Über den wesentlichen Verlauf einer Versammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die mindestens zu enthalten hat:
1. die Anzahl der anwesenden und vertretenden Jagdgenossinnen und Jagdgenossen,
 2. die Angabe der von den anwesenden und vertretenen Jagdgenossinnen und Jagdgenossen in der Genossenschaftsversammlung eingebrachten und nachgewiesenen Grundfläche,
 3. die von der Genossenschaftsversammlung gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis.
- (6) Die vom Jagdvorstand unterzeichnete Niederschrift ist zwei Wochen lang zur Einsichtnahme durch die Jagdgenossinnen und Jagdgenossen auszulegen. Zeit und Ort der Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

§ 6

Aufgabe der Genossenschaftsversammlung

Die Genossenschaftsversammlung beschließt über:

1. die Art der Nutzung des Jagdbezirks sowie die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung, sofern diese Aufgaben nicht dem Jagdvorstand übertragen sind oder ihm obliegen,
2. die Erhebung und Verwendung von Umlagen,
3. die Wahl des Jagdvorstandes,
4. die Anstellung von Personal und die Festsetzung der dem Jagdvorstand und Angestellten zu gewährenden Entschädigungen,
5. die Entlastung des Jagdvorstandes,
6. die Genehmigung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung,
7. den Erlass und die Änderung der Satzung,
8. die Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft auf die Gemeinde nach § 7 Abs. 5 LJG,
9. die Teilung oder Teilverpachtung des Jagdbezirkes,
10. die Zuschlagserteilung bei Verpachtung, soweit sie nicht auf den Jagdvorstand übertragen ist.

§ 7

Vertretung einer Jagdgenossin oder eines Jagdgenossen in der Genossenschaftsversammlung

Jede Jagdgenossin oder jeder Jagdgenosse kann sich durch den Ehegatten, durch eine Verwandte oder einen Verwandten in gerader Linie, durch eine ständig von der oder dem Vertretenen beschäftigte Person, durch eine derselben Jagdgenossenschaft angehörige volljährige Jagdgenossin oder einen derselben Jagdgenossenschaft angehörigen volljährigen Jagdgenossen aufgrund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen; mehr als drei Vollmachten darf keine Jagdgenossin oder kein Jagdgenosse in seiner Person vereinigen.

§ 8

Beschlussfassung und Stimmrecht

- (1) Für das Zustandekommen eines Beschlusses gilt § 9 Abs. 3 BJagdG.
- (2) Bei Grundstücken, die im Miteigentum oder Gesamteigentum mehrerer Personen stehen, kann das Stimmrecht nur einheitlich ausgeübt werden.
- (3) Bei der Beschlussfassung wird offen abgestimmt, es sei denn, die Genossenschaftsversammlung beschließt im Einzelfall, eine geheime Abstimmung mit Hilfe von Stimmzetteln vorzunehmen. Bei der Abstimmung mit Hilfe von Stimmzetteln gelten unbeschriebene abgegebene Stimmzettel als Stimmenthaltungen. Stimmenthaltungen zählen bei der Feststellung der Stimmenmehrheit mit. *) Stimmzettel, aus denen der Wille der Abstimmenden oder des Abstimmenden nicht unzweifelhaft erkennbar ist, und Stimmzettel, die einen Zusatz, eine Verwahrung oder einen Vorbehalt enthalten, sind ungültig. Bei der Abstimmung mit Hilfe von Stimmzetteln erhält jede Jagdgenossin und jeder Jagdgenosse einen Stimmzettel, auf dem die Anzahl der vertretenen Jagdgenossinnen und Jagdgenossen sowie die eigene und die Flächengröße der Vertretenen vermerkt sind. Die Stimmzettel werden durch zwei zur Geheimhaltung verpflichtete Jagdgenossinnen oder Jagdgenossen ausgezählt und anschließend versiegelt.

*) Vgl. Urteil des BVerwG vom 19. Juli 1984 - Az. 3 C 29.83-(BayVBl 84/760).

§ 9

Jagdvorstand

- (1) Der Jagdvorstand besteht aus der Jagdvorsteherin oder dem Jagdvorsteher und zwei beisitzenden Mitgliedern, von denen eines als ständige Vertretung der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers und das andere als Kassenverwalterin oder Kassenverwalter zu wählen ist. Bei Verhinderung oder

Ausscheiden der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers nimmt die ständige Vertretung dieses Amt wahr. Bei Verhinderung oder Ausscheiden der ständigen Vertretung nimmt die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter dieses Amt wahr. Für die beisitzenden Mitglieder sind stellvertretende Mitglieder zu wählen. Bei Ausscheiden der Kassenverwalterin oder des Kassenverwalters nimmt das für diese oder diesen gewählte stellvertretende Mitglied dieses Amt wahr.

- (2) Wählbar ist jede Jagdgenossin oder jeder Jagdgenosse sowie bei juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts deren Vertreterin oder Vertreter, soweit sie volljährig sind und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, die Wählbarkeit und das Stimmrecht i.S. des § 45 Abs. I des Strafgesetzbuches besitzen.

§ 10

Amtszeit

Die Amtszeit des Jagdvorstandes beträgt fünf Jahre; sie beginnt an dem auf die Wahl folgenden 1. April. Wird der Jagdvorstand erst nach dem 1. April gewählt, so beginnt die Amtszeit des neuen Jagdvorstandes mit dessen Wahl und endet mit Ablauf der Amtszeit nach Satz 1.

§ 11

Sitzungen des Jagdvorstandes

- (1) Die Sitzungen des Jagdvorstandes sind von der Jagdvorsteherin oder vom Jagdvorsteher unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Eine Einberufung kann auch von einem der beisitzenden Mitglieder verlangt werden.
- (2) Über die gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die alle Mitglieder des Jagdvorstandes zu unterzeichnen haben.

§ 12

Beschlussfassung des Jagdvorstandes

Der Jagdvorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 13

Aufgaben des Jagdvorstandes

- (1) Der Jagdvorstand vertritt die Jagdgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er ist an die rechtmäßigen Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung gebunden.
- (2) Der Jagdvorstand hat insbesondere
1. die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung vorzubereiten und auszuführen,
 2. das Grundflächenverzeichnis anzulegen und zu führen,
 3. die Neuwahl des Jagdvorstandes vorzubereiten,
 4. die Jagdverpachtung entsprechend dem Beschluss der Genossenschaftsversammlung durchzuführen. Ist der Gemeinde die Befugnis zur Verpachtung, des gemeinschaftlichen Jagdbezirks übertragen, so hat der Jagdvorstand über die Erteilung des Einvernehmens zu entscheiden (§ 7 Abs. 5 LJG),
 5. den Haushaltsplan und die Jahresrechnung aufzustellen und vorzulegen,
 6. den Verteilungsplan über den jährlichen Reinertrag der Jagdnutzung für die Jagdgenossinnen und Jagdgenossen aufzustellen, die nicht auf die Auszahlung ihres Anteils am Reinertrag verzichtet haben. Ist der Gemeinde die Befugnis zur Verwendung des Reinertrages übertragen, so entscheidet der Jagdvorstand über die Erteilung des Einvernehmens.

§ 14

Aufgaben der Jagdvorsteherin oder des Jagdvorstehers

Die Jagdvorsteherin oder der Jagdvorsteher hat

1. die Genossenschaftsversammlung einzuberufen, zu eröffnen, zu leiten und zu schließen sowie das Ordnungs- und Hausrecht auszuüben,
2. Bekanntmachungen vorzunehmen; die Bekanntmachung der genehmigten, angezeigten oder geänderten Satzung ist öffentlich auszulegen; dabei sind die Genehmigung oder die Anzeige sowie Ort und Zeit der Auslegung ortsüblich bekannt zu machen,
3. die Kassengeschäfte durch das kassenverwaltende Mitglied führen zu lassen,
4. die Liste der von den Jagdgenossinnen oder den Jagdgenossen zu erhebenden Umlagen aufzustellen,
5. die Angestellten zu beaufsichtigen und die Einrichtungen der Jagdgenossenschaft zu überwachen,
6. den Schriftwechsel zu führen und die gefassten Beschlüsse zu protokollieren, sofern von der Genossenschaftsversammlung keine andere schriftführende Person gewählt ist.

§ 15**Anteil an Nutzen und Lasten**

- (1) Der Anteil der Jagdgenossinnen und der Jagdgenossen an den Nutzungen und Lasten richtet sich nach dem Verhältnis des Flächeninhalts ihrer bejagbaren Grundstücke im Jagdbezirk.
- (2) Die nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 6 und § 14 Nr. 4 aufzustellenden Verzeichnisse und Listen sind zwei Wochen lang bei der Jagdvorsteherin oder beim Jagdvorsteher für die Jagdgenossinnen und Jagdgenossen auszulegen. Zeit und Ort der Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Werden innerhalb dieser Frist keine Einsprüche erhoben, gelten die Verzeichnisse mit Ablauf der Frist als festgestellt. Auf Einsprüche werden die Verzeichnisse vom Jagdvorstand überprüft, von ihm erneut festgestellt und der Zeitpunkt der Feststellung ortsüblich bekannt gegeben. Wird die den Verzeichnissen zugrunde liegende Gesamtrechnung von den Einsprüchen nicht berührt, gelten sie nur gegenüber den Einsprucherhebenden als nicht festgestellt. Die Feststellung gegenüber den Einsprucherhebenden wird in einem besonderen Bescheid getroffen.
- (3) Jede Jagdgenossin und jeder Jagdgenosse kann gemäß § 10 Abs. 3 BJagdG die Auszahlung seines Anteils am Reinertrag der Jagdnutzung verlangen. Der Anspruch auf Auszahlung erlischt, wenn er nicht binnen eines Monats nach Bekanntmachung der Beschlussfassung der Genossenschaftsversammlung, der eine anteilmäßige Verteilung des Reinertrages nicht vorsieht, schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Jagdvorstandes geltend gemacht wird. Wird der Beschluss der Jagdgenossenschaftsversammlung über die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung nicht bekannt gemacht, kann der Anspruch bis einschließlich dem auf das Jagdjahr folgenden Monat geltend gemacht werden; die Geltendmachung eines Anspruchs im Voraus ist zulässig.

§ 16**Auszahlung des Reinertrages**

- (1) Der Reinertrag aus der Jagdnutzung ist vom Jagdvorstand an die Jagdgenossinnen und Jagdgenossen auszuzahlen, sofern sie nach § 10 Abs. 3 BJagdG die Auszahlung verlangt haben.
- (2) Entfällt auf eine Jagdgenossin oder einen Jagdgenossen ein geringerer Reinertrag als 15,— Euro wird die Auszahlung erst dann fällig, wenn der Betrag durch Zuwachs mindestens 15,— Euro erreicht hat; unberührt hiervon bleiben die Fälle, in denen die Jagdgenossin oder der Jagdgenosse aus der Jagdgenossenschaft ausscheidet.

§ 17**Umlageforderungen**

- (1) Umlageforderungen an Jagdgenossinnen oder Jagdgenossen werden binnen eines Monats nach rechtswirksamer Feststellung der Umlageliste (§ 14 Nr. 4) fällig.
- (2) Umlagen, deren Einzahlung nicht fristgerecht erfolgt, werden im Verwaltungszwangsverfahren begetrieben.

§ 18**Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

§ 19**Bekanntmachungen**

Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft erfolgen im Bekanntmachungsblatt der Gemeinde/Verbandsgemeinde in der örtlichen Tageszeitung.

Vorstehende Satzung ist in der Genossenschaftsversammlung vom _____ beschlossen worden.

Der Jagdvorstand

Angezeigt/Genehmigt _____, den _____

_____, den _____

(Unterschrift der unteren Jagdbehörde)

Bewertung der Jagdbewirtschaftungsmöglichkeiten:

1.) Neuverpachtung

Vorteil

- * bekanntes Verfahren
- * finanziell einfach kalkulierbar
- * wenig Verwaltungsaufwand

Nachteil

- * Vertragsabschluß auf mindestens 9 Jahre
- * bei Meinungsverschiedenheiten keine Korrektur möglich
- * Jäger hat fixe Kosten, die er hereinholen will und/oder muss
- * Interesse von Jagd und Waldbesitzer in getrennter Hand
==> Interessenkonflikt

Empfehlung

- a) unbedingt im Pachtvertrag folgendes regeln
 - * Wildschutzkostenbeteiligung (in Form von Geld und/oder Arbeitsleistung) und Wildschadensregulierung
 - * Hauptbaumarten definieren, Verjüngungsziel und Verbisstoleranzgrenze festlegen (z. B.: Tannen-Naturverjüngung nach 3 Jahren Verbiss unter 15%)
 - * Kündigungsklausel bei Nichteinhaltung festgelegter Regeln (z. B.: waldbauliche Ziele nicht erreicht; Wildschutzkostenbeteiligung nicht erfüllt)
 - * Möglichkeit des „Körperlichen Nachweises“ für erlegtes Schalenwild aufnehmen
- b) evtl. Pachtzins bei guter Leistung senken; bei der Auswahl des Pächters die Qualität vor die Pachteinnahme stellen
- c) regelmäßige Waldbegänge durchführen (evtl. Kontrollpunkte festlegen, Probezäune erstellen)
- d) Aufteilung großer Jagdflächen in mehrere kleine ermöglicht Einzelverträge (Mindestgröße beachten ==> nach § 4 LJagdG [Eigenjagdbezirke] 75 Hektar, nach § 5 LJagdG [gemeinschaftliche Jagdbezirke] 250 Hektar)
 - jeder Jäger ist für sich verantwortlich
 - bewährten Jägern kann am Ende der Pachtperiode Verlängerung gewährt werden
 - einem einzelnen Jäger kann bei Bedarf gekündigt werden

2.) Vertragsverlängerung

Vorteil

- * beide Vertragsparteien können bei Zufriedenheit ohne langfristige Bindung zusammenarbeiten (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt und Forsten vom 8. Februar 2000, Nr. 3.1.1 zu §9 LJG).

Nachteil

- * es muss der laufende Vertrag ohne wesentliche Änderung übernommen werden
==> deshalb sind bei Neuabschlüssen gute Verträge mit Pachtpreisanpassungsregelung wichtig

3.) Regiejagd (eigenbewirtschaftete Jagd)

Vorteil

- * Grundbesitzer hat immer problemlos Einflussmöglichkeit auf die Jagdausübung
- * leichte Kontrolle des Abschussvollzugs
- * guten Jägern mit kleinem Geldbeutel kann ebenfalls Jagdmöglichkeit geboten werden
- * Grundbesitzer behält die Bewahrung seiner Interessen in eigener Hand
- * keinerlei zeitliche Bindung

Nachteil

- * höherer Organisationsaufwand, besonders in der Anfangsphase
- * es ist z. T. schwierig, genügend interessierte und zuverlässige Jäger, insbesondere für die Leitung, zu finden
- * Grundbesitzer hat mehr Einfluss, aber auch mehr Verantwortung

Empfehlung

Es ist ein in den letzten Jahren vielfach und z. T. sehr erfolgreich eingeführtes Modell! (Exkursionsadressen können über den ÖJV vermittelt werden.)

Einfluss des Jagdgenossen auf die Jagdnutzung:

Inhaber des Jagdrechts (= Grundbesitzer = Jagdgenosse)			
entscheidet über Jagdnutzung			
Jagdverpachtung			Eigenbewirtschaftung als Regiejagd
Neuverpachtung		Vertragsverlängerung	Es wird kein Pachtvertrag abgeschlossen, sondern der Jäger erhält einen Begehungsschein
entweder	oder	nur von einem laufenden und in geringem Umfang veränderten Vertrag möglich	
in aufgeteilten Jagdbögen (Mindestfläche 250 ha)	von der Gesamtfläche		Untere Jagdbehörde verlangt einen „Beauftragten“ als verantwortlichen Ansprechpartner
Vertragsdauer mindestens 9 Jahre		Verlängerung jeweils jährlich möglich	Begehungsschein kann jederzeit von beiden Seiten gekündigt werden
Pachteinnahmen			Einnahmen entweder durch entgeltliche Begehungsscheine und/oder Wildbreterlös

II. Jagdbetrieb

Abschussplanung beim Schalenwild:

Ziele und Vorschriften

Der Abschuss des Schalenwildes (mit Ausnahme des Schwarzwildes) ist nicht in das freie Ermessen des einzelnen Revierinhabers gestellt, sondern unterliegt einem streng geregelten Verfahren, der Abschussplanung. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: Zum einen soll verhindert werden, dass zu viele Tiere geschossen und der Wildbestand zu stark reduziert oder gar ausgerottet wird. Zum anderen soll aber auch vermieden werden, dass durch einen zu geringen Abschuss der Wildbestand anwächst und Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft aufgetreten.

Für den Waldbesitzer sind folgende Vorschriften von besonderem Interesse:

Der Jagdausübungsberechtigte hat den Abschussplan jeweils für ein Jagdjahr, den Abschussplan für Rehwild jeweils für 3 Jagdjahre aufzustellen.

Der Abschussplan ist vom Jagdausübungsberechtigten, bei gepachteten Jagden auch vom Verpächter zu unterzeichnen und bis 5. März des Jagdjahres, für das der jeweilige Abschussplan aufzustellen ist, der unteren Jagdbehörde vorzulegen. Bei fehlendem Einvernehmen des Verpächters oder bei sonstigen Einwendungen von Jagdgenossen gegen den Abschussplan sind die Gründe einschließlich eventueller Änderungsvorschläge im Abschussplan vom Verpächter oder Jagdvorstand zu vermerken.

Die entsprechende Vorschrift des Bundesjagdgesetzes (§ 21 Abs. 1 BJG) lautet: „Der Abschuss des Wildes ist so zu regeln, dass die berechtigten Ansprüche der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft auf Schutz gegen Wildschäden voll gewahrt bleiben sowie die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege berücksichtigt werden. Innerhalb der hierdurch gebotenen Grenzen soll die Abschussregelung dazu beitragen, dass ein gesunder Wildbestand aller heimischen Tierarten in angemessener Zahl erhalten bleibt und insbesondere der Schutz von Tierarten gesichert ist, deren Bestand bedroht ist“.

Früher beruhte die Abschussplanung hauptsächlich auf Wildbestandsermittlungen der Revierinhaber, die wenig brauchbar waren, da sie in der Mehrzahl der Fälle den tatsächlich vorhandenen Bestand erheblich unterschätzten. Nun ist bei der Abschussplanung neben der körperlichen Verfassung des Wildes vorrangig der Zustand der Vegetation zu berücksichtigen.

Das LJG § 23 Abs. 4 und die Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesjagdgesetzes schreiben zur Festlegung der Abschussplanung unter Punkt 5.2.3 deshalb vor, dass die Forstämter alle drei Jahre ein Waldbauliches Gutachten erstellen. Die Ergebnisse dieses Gutachtens (z.B. keine, geringe oder erhebliche Gefährdung der waldbaulichen Ziele) gehen in die Abschussgenehmigungen der Unteren Jagdbehörde ein (entsprechende Verminderung/Erhöhung des Schalenwildabschusses).

Wie wird gewährleistet, dass die Pläne auch vollzogen werden? - Hier liegt ein großes Problem, denn wenn sich über längere Zeit die Abschussplanung an den gesetzlichen Vorgaben und den dazu ergangenen Richtlinien ausrichtet, müsste das Wildschadensproblem eigentlich längst gelöst sein. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie die waldbaulichen Gutachten zum Abschussplan für eine beträchtliche Zahl von Jagdbezirken nachweisen (Das Waldbauliche Gutachten 2004 kommt zu dem Schluss: Der Anteil der erheblichen Gefährdung bei Naturverjüngung von Tanne und sonstigem Laubholz hat gegenüber der letzten Erhebung 2001 zugenommen. Die Gefährdung der Kunstverjüngung hat außer bei Tanne, Kiefer/Lärche überall zugenommen. Bei Douglasie ist der Anstieg am deutlichsten). Es besteht deshalb der begründete Verdacht, dass die Abschusspläne teilweise nicht erfüllt werden.

Tatsächlich ist der Jagdausübungsberechtigte aber verpflichtet, den Abschussplan zu erfüllen (§ 21 Abs. 3 BJG) notfalls unter Hinzuziehung anderer Jäger.

Wenn der Revierinhaber seiner Aufgabe nicht nachkommt, kann die Jagdbehörde die Erfüllung des Abschussplanes dadurch erzwingen, dass sie auf seine Rechnung den Wildbestand durch Dritte vermindern lässt.

Zum Nachweis der Erfüllung des Abschussplanes ist der Revierinhaber verpflichtet, die Abschüsse monatlich an die Untere Jagdbehörde zu melden.

Wenn das waldbauliche Gutachten eine Gefährdung der waldbaulichen Ziele feststellt, kann der Verpächter vom Pächter auch verlangen, dass ihm oder seinem Beauftragten erlegte Stücke zum Nachweis der Erfüllung des Abschussplanes vorgezeigt werden.

§ 23 Abs. (4) LJG: Den Erfordernissen des Waldbaues und der Steigerung der Holzerzeugung ist der Vorrang vor der zahlenmäßigen Hege derjenigen Wildarten zu geben, die den Waldaufbau schädigen können. Die untere Jagdbehörde hat hierzu ein waldbauliches Gutachten des zuständigen Forstamtes einzuholen; das Nähere über die zu begutachtenden Jagdbezirke und die Erstellung des waldbaulichen Gutachtens regelt das fachlich zuständige Ministerium durch Verwaltungsvorschrift. Wenn das waldbauliche Betriebsziel ausweislich dieses Gutachtens gefährdet oder erheblich gefährdet ist, muss der Abschuss gegenüber dem bisherigen im angemessenen Umfang erhöht werden; dies gilt nicht, wenn das vorherige waldbauliche Gutachten eine höhere Gefährdung des waldbaulichen Betriebszieles ausweist als das aktuelle. Bei Gefährdung oder erheblicher Gefährdung des waldbaulichen Betriebsziels kann der Verpächter vom Pächter verlangen, dass ihm oder seinem Beauftragten erlegte Stücke zum Nachweis der Erfüllung des Abschussplanes vorzuzeigen sind.

Die Untere Jagdbehörde soll die zur Erfüllung des Abschussplanes für Schalenwild erforderlichen Anordnungen oder Maßnahmen treffen, wenn der Jagd ausübungs berechtigte seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Diese Anordnungen und Maßnahmen sind aber nicht näher geregelt.

Einzelne Jagdgenossen, die von Wildschäden betroffen sind und daher den berechtigten Verdacht hegen, die Abschusspläne stehen nur auf Papier und werden nicht in der rechten Weise vollzogen, sollten daher von der Kreisverwaltung verlangen, dass der Abschuss wirksam kontrolliert wird.

Wildfütterung

Gesetzliche Regelung in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz ist gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 LJG jegliche Fütterung und KIRRUNG von Schalenwild verboten. Ausnahmen vom Verbot werden per Verordnung durch das zuständige Ministerium geregelt. §1 Absatz. 1 der Landesverordnung definiert die Fütterung. Es spielt dabei keine Rolle, in welcher Form die Fütterung erfolgt. Daueräsungsflächen im Wald und Wildäcker außerhalb des Waldes sind keine Fütterung im Sinne der Verordnung. Daueräsungsflächen im Wald dürfen dem Schalenwild nur artspezifische Nahrung bieten. Der Anbau von energiereichen Wildackerpflanzen, mehrjährigem Topinambur und von Produkten der Landwirtschaft, die der Marktordnung unterliegen wie Mais, Getreide, Kartoffeln, Raps, Rüben etc. sind im Wald nicht zulässig. Daueräsungsflächen sind Flächen, deren Einsaat eine mindestens 2-jährige Nutzungsdauer gewährleistet, z.B.: Grünlandflächen, die mit handelsüblichen Grünlandmischungen angelegt worden sind, Flächen mit Waldstaudenroggen, Lupine, Buchweizen, Rotklee, Westfälischer Furchenkohl oder Saatgutmischungen für Daueräsungsflächen. Salzlecken sind keine Fütterung im Sinne der Verordnung, weil diese nicht der Sättigung des Schalenwildes dienen. Die „KIRRUNG“ ist unter dem Begriff der „Fütterung“ zu subsumieren, da auch eine KIRRUNG eine Futtergabe an das Wild darstellt. Die Genehmigung zur Fütterung wird in § 1 Abs. 2 der Landesverordnung geregelt. Eine Fütterung ist demnach nur dann zu genehmigen, wenn extreme oder lang anhaltende Witterungsbedingungen oder Naturkatastrophen, dass das natürliche Äsungsangebot für Schalenwild nicht mehr ausreichend ist. Besondere Witterungsbedingungen liegen nur dann vor, wenn diese vom langjährigen mittleren Durchschnitt abweichen und dadurch dem Schalenwild ein außergewöhnlich geringes Futterangebot zugänglich ist. Mängel an Lebensraumkapazität begründen keine Fütterungsgenehmigung. Die untere Jagdbehörde entscheidet im Benehmen mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde (Forstamt), ob besondere Witterungsbedingungen in ihrem Zuständigkeitsbereich vorliegen. Verstöße sind dem zuständigen Forstamt bzw. der Unteren Jagdbehörde zu melden.

Die Auswirkungen auf Wild und Wald

Vor allem Wildbiologen weisen darauf hin, dass Wildtiere an den winterlichen Nahrungsengpass von Natur aus gut angepasst sind und auf Fütterung im Grundsatz nicht angewiesen sind. Am Beispiel von Rot- und Rehwild kann gezeigt werden, dass die Tiere im Winter einen deutlich verringerten Nahrungsbedarf haben. Dafür verantwortlich sind unter anderem anatomische Anpassungen wie das dichte Winterkleid, die Auskleidung des Pansens, die Zusammensetzung der Darmbakterien sowie verminderte Bewegungsaktivitäten im Winterhalbjahr.

Wildbiologen von der Veterinärmedizinischen Universität Wien haben herausgefunden, dass im Frühjahr und Sommer vom Wild überwiegend eiweißreiche Nahrung aufgenommen wird, dagegen ist im Winter bis in den März hinein Rohfaser Hauptbestandteil der Nahrung. Der Aufschluss der Nahrung wird hauptsächlich von Bakterien übernommen, sodass der Energieaufwand zur Verdauung für das Wild äußerst gering ist.

In weiteren Versuchen konnte man feststellen, dass das Wild in der Lage ist, seine Körpertemperatur zu steuern. Wie bei Tieren, die Winterschlaf halten, werden sämtliche Körperfunktionen auf ein Minimum zurück geschraubt. Es bewegt sich kaum und benötigt nur geringe Energiemengen zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Funktionen. Das Wild verschläft die extremen Tage im Winter und zehrt von seiner Speckschicht, die es sich in den Vormonaten angeessen hat.

Zweifelloos nimmt die Sterblichkeit von Wildtieren unter den härteren Bedingungen des Winters zu. Betroffen sind jedoch überwiegend alte, schwache oder kranke Tiere. Der winterliche Nahrungsengpass sorgt auf diese Weise für eine natürliche Auslese und die genetische Anpassung der Tiere an ihre Umwelt. Fütterung hebt diesen natürlichen Regelmechanismus auf und führt zu einem mehr oder weniger starken Anstieg der Tierbestände. Gewichtige ökologische Gründe sprechen deshalb gegen die Fütterung.

Kritische Einwände erheben aber auch Waldbesitzer und Förster. Sie beobachten, dass zwischen Wildfütterung und Wildschäden am Wald und der Waldvegetation ein enger Zusammenhang besteht. In Revieren, in denen intensiv gefüttert wird, treten in aller Regel auch besonders hohe Ver-

biss- und Schälsschäden auf. Wildfütterung erhöht die Population und führt im Umkreis der Fütterung zu erhöhten Schäden. Die häufige Ansicht, durch Fütterung ließen sich Waldschäden vermeiden, trifft nicht zu.

Die ausufernde Kirrpraxis, begünstigt die Überpopulation des Schwarzwildes. Nach einer Befragung der baden-württembergischen Jäger durch die Wildforschungsstelle des Landes Baden-Württemberg gab es ein interessantes Ergebnis, was die Kirrmenge pro erlegtem Stück Schwarzwild angeht:

- * im Durchschnitt aller Reviere 136 kg
- * in staatl. Regiejagden 103 kg
- * in verpachteten staatl. Eigenjagden 143 kg
- * gemeinschaftliche Jagdbezirke 154 kg
- * private Eigenjagdbezirke 172 kg
- * bei nur sporadisch vorkommendem Schwarzwild 319 kg

In einer weiteren Untersuchung haben N. Hahn und D. Eisfeld von der Universität Freiburg festgestellt, dass der Anteil der Feldfrüchte (=Wildschaden) an der Gesamtnahrung des Schwarzwildes im Jahresdurchschnitt 7 % ausmacht. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass 37 % der Schwarzwildnahrung (v.a. Mais) aus Fütterungen (=Kirrungen) stammen. Im Spätwinter, wenn die natürlichen Nahrungsquellen weitgehend versiegt sind, bezogen die Wildschweine 41% ihrer Nahrung aus dieser Fütterung.

Landesverordnung über die Fütterung und KIRRung von Schalenwild

Vom 4. August 2005

Aufgrund des § 28 Abs. 2 Satz 2 des Landejagdgesetzes vom 5. Februar 1979 (GVB1. S. 23), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2005 (GVB1. S. 308), BS 792-1, wird verordnet:

§ 1 Fütterung

- (1) Fütterung ist jede Form der Darreichung von Futtermitteln, Nährstoffen oder Nahrungsergänzungsstoffen an das Wild. Keine Fütterung im Sinne dieser Verordnung sind:
1. Daueräsungsflächen mit einer mindestens zweijährigen Nutzungsdauer,
 2. Wildäcker außerhalb des Waldes und
 3. Salzlecken.
- (2) Die Fütterung von Schalenwild ist nur bei besonderen Witterungsbedingungen oder bei Naturkatastrophen zulässig. Sie bedarf der Genehmigung der unteren Jagdbehörde, die im Benehmen mit der örtlich zuständigen unteren Forstbehörde entscheidet. Antragsberechtigt ist die jagdausübungsberechtigte Person.

§ 2 Futtermittel

Für die Fütterung von Schalenwild sind ausschließlich Heu, Grassilage sowie heimische Feld- und Baumfrüchte zugelassen. Bei der Fütterung einer einzelnen Wildart ist zu gewährleisten, dass andere Wildarten keinen Zugang zu den Futtermitteln haben.

§ 3 KIRRung

- (1) Die KIRRung dient ausschließlich dem Ziel, Wild anzulocken, um es zu erlegen.
- (2) Die KIRRung von Schwarzwild bedarf der Genehmigung der unteren Jagdbehörde.

Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn

1. im Jagdbezirk für die ersten angefangenen 150 Hektar Revierfläche nicht mehr als zwei KIRRstellen und je weitere angefangene 150 Hektar Revierfläche nicht mehr als eine KIRRstelle eingerichtet werden,
 2. die KIRRstellen innerhalb des Waldes oder waldähnlicher Strukturen liegen,
 3. als KIRRmittel ausschließlich Getreide, einschließlich Mais, in jeweils unveränderter Form ausgebracht wird,
 4. je KIRRstelle nicht mehr als 1 Liter KIRRmittel ausgebracht wird,
 5. das Ausbringen des KIRRmittels von Hand erfolgt,
 6. das KIRRmittel in den Boden eingebracht oder mit bodenständigem Material so abgedeckt wird, dass die Aufnahme durch anderes Schalenwild ausgeschlossen ist und
 7. die Lage der KIRRstellen von der jagdausübungsberechtigten Person durch Vorlage einer Karte im Maßstab 1: 10.000 oder 1: 25.000 der unteren Jagdbehörde angezeigt worden ist.
- (3) Die untere Jagdbehörde kann im Einzelfall die KIRRung von Rehwild mit Apfeltrester auf Antrag der jagdausübungsberechtigten Person genehmigen, wenn die Abschusserfüllung erschwert oder unzureichend ist.

§ 4 Beseitigungspflicht

Wer eine nicht genehmigte Fütterung oder KIRRung angelegt hat oder betreibt, ist zu deren umgehender Beseitigung verpflichtet. Beseitigungspflichtig ist auch die jagdausübungsberechtigte Person, spätestens drei Kalendertage nach entsprechender Aufforderung durch die untere Jagdbehörde.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 13 des Landesjagdgesetzes handelt, wer

1. ohne Genehmigung nach § 1 Abs. 2 Satz 2 Schalenwild füttert,
2. entgegen § 2 Satz 1 andere Futtermittel als die zugelassenen zur Fütterung von Schalenwild verwendet oder entgegen § 2 Satz 2 nicht gewährleistet, dass andere Wildarten keinen Zugang zu den Futtermitteln haben,
3. ohne Genehmigung nach § 3 Abs. 2 oder 3 eine Kirsung anlegt oder betreibt oder
4. entgegen § 4 seiner Beseitigungspflicht nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt.

§ 6

Ausnahme

In vollständig eingezäunten und gegen das Aus- und Einwechseln von Schalenwild gesicherten Jagdhegen ist die Fütterung und Kirsung von Schalenwild zulässig; § 1 Abs. 2, die § 2 und 3 Abs. 2 und 3 und die § 4 und 5 finden keine Anwendung.

§ 7

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2005 in Kraft.

Mainz, den 4. August 2005

Die Ministerin für Umwelt und Forsten

Margit Conrad

III. Wildschäden

Auswirkungen überhöhter Schalenwildbestände:

Hohe Wildbestände sind erfahrungsgemäß mit einem starken Anstieg des Wildverbisses, Schälens und Fegens verbunden. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der Artenvielfalt und der Stabilität der Waldökosysteme.

Die Verjüngung des Waldes kann durch den Verbiss an Knospen und Trieben junger Waldbäume stark verzögert und gehemmt werden. Im Extremfall kann sich eine Naturverjüngung gar nicht etablieren, weil bereits die auflaufenden Keimlinge abgeäst werden.

Besonders erschwert wird die Verjüngung aller verbissempfindlichen Baumarten. Zu ihnen gehören die Laubbäume, die Tanne und alle selteneren Baumarten zum Beispiel Elsbeere, Speierling, Eibe. Sie werden dadurch vielfach von den robusteren und weniger gefährdeten Nadelbaumarten, hauptsächlich von der Fichte, überwachsen und verdrängt.

Zurückgedrängt werden aber auch die Sträucher, Gräser, Kräuter, Farne und Pilze und die von ihnen abhängigen Vögel, Schmetterlinge, Bienen und andere Insekten. Dies führt zu teils extremer Artenverarmung und Instabilisierung des Waldökosystems. Zu den Arten, die besonders unter dem Äsungsdruck des Wildes leiden, gehören zum Beispiel:

die Heidelbeere (*Vaccinium myrtillus*), der Waldfrauenfarn (*Athyrium filix - femina*) und andere Farnarten, der Türkenbund (*Lilium martagon*), das Waldweidenröschen (*Epilobium angustifolium*), die Waldsegge (*Carex silvatica*), die Elsbeere (*Sorbus torminalis*), die Eberesche (*Sorbus aucuparia*), die Eichenarten (*Quercus*), die Tanne (*Abies alba*).

Bei überhöhten Beständen der großen Schalenwildarten Rotwild, Damwild und Muffelwild entsteht neben dem Verbiss an Knospen und Trieben Verbiss an der Rinde heranwachsender Baumstämme. Der Vorgang wird als Schälen bezeichnet. Über die Schälwunde dringen Fäulnispilze in das Holz des Stammes ein. Geschädigte Baumbestände sind in ihrer Vitalität geschwächt und besonders anfällig gegen Sturm, Schneebruch und Insektenkalamitäten (Schälwunde=Sollbruchstelle).

Die Folgen für Waldbau und Forstwirtschaft

Für Waldbau und Forstwirtschaft ergibt sich daraus eine Reihe von schwerwiegenden Beeinträchtigungen. Aus dem Verbiss und dem Schälen werden Verbiss- und Schälsschäden.

Die verbissbedingte Verzögerung des Jugendwachstums führt zu Holzzuwachsverlusten und erhöht die Pflegekosten in der Jugendphase der Bestände. Ferner führt wiederholter Verbiss zu unerwünschten Wuchsformen, wie z.B. Zwiesel, welche eine spätere Holzverwertung deutlich beeinträchtigen (i.d.R. Mindererlöse). Bleibt die Naturverjüngung aus oder kommt sie nicht ausreichend an, entstehen Kosten für die notwendig werdenden, künstlichen Saaten und Pflanzungen. Bei den verbissempfindlichen Baumarten (Tanne und Laubholz) versagt die Naturverjüngung besonders häufig. Es kommt zu Entmischungen.

Zur Verhinderung von Verbisssschäden müssen Waldbesitzer häufig Schutzvorkehrungen treffen (Zäune, chemische Streich- und Spritzmittel). Auch diese Maßnahmen sind außerordentlich kostspielig (z.B. rotwildsicherer Zaun ca. 8 Euro,- je lfm, rehwildsicherer Zaun ca. 6 Euro,- je lfm).

Starker Wildverbiss bedeutet für den Waldbesitzer deshalb immer Ertragsverluste und eine erhebliche Erschwerung der Waldverjüngung. Trotz großer Bemühung scheitert in der Praxis deshalb oftmals die angestrebte Nachzucht von Mischwäldern mit hohen Laubbaumanteilen. Kommen zu den Verbisssschäden noch Schälsschäden hinzu, werden die Probleme noch größer.

Das Holz geschälter Bestände ist wegen der Fäule im unteren Stammteil zu einem beträchtlichen Teil entwertet und unverkäuflich. Die für die Holzernte aufzuwendenden Kosten steigen an.

Die stark geschädigten, labilen Bestände müssen meist vorzeitig durch Saat oder Pflanzung wieder verjüngt werden.

Technische Schutzmaßnahmen gegen das Schälen - wie das Kratzen der Rinde, chemische Streichmittel, Drahtthosen oder Zäune - sind sehr teuer und meist nur beschränkt wirksam (Kratzen ca. 2 Euro,- je Baum).

Umfang und finanzielle Bedeutung der Wildschäden im Wald

In dreijährigem Turnus erheben die rheinland-pfälzische Landesforsten in den Wäldern der staatlichen Eigenjagdbezirke und der gemeinschaftlichen Jagdbezirke die Verbiss- und Schälbelastung an den Hauptbaumarten, um der Jagdbehörde Hinweise für die Abschussplanung zu geben. 2002 ergab das Gutachten auf 52% der Jagdflächen in Rheinland-Pfalz eine Gefährdung der waldbaulichen Ziele durch Rehwild und auf 46% der Jagdfläche eine Gefährdung der waldbaulichen Ziele durch Rotwild.

Eine genaue finanzielle Bewertung der Verbiss- und Schälsschäden findet in Rheinland-Pfalz bislang nicht statt, allerdings erleiden Betriebe mit permanent höheren Schälsschäden Einbußen durch Mehraufwendungen und Vermögensverluste zwischen 100 und 200 Euro je Jahr und Hektar. In Betrieben mit dauerhaft höherer Verbissbelastung machen diese Einbußen zwischen 20 und 30 Euro je Jahr und Hektar aus. Doch vom gesetzlichen Anspruch auf Wildschadenersatz machen die Waldbesitzer nur in Ausnahmefällen Gebrauch.

Waldschäden - naturnahe Waldwirtschaft - Wildschäden

Wie die Waldzustandsberichte der Bundesregierung zeigen, gibt der Gesundheitszustand unserer Wälder nach wie vor zur Besorgnis Anlass. Danach sind im Jahr 2004 in Rheinland-Pfalz rund 73% aller Bäume schwach bis deutlich geschädigt. Besonders unsere Laubbäume sind betroffen, so waren 83% der Eichen und sogar 91% der Buchen geschädigt. Äußerlich sichtbare Symptome sind Verlichtung der Baumkronen und Vergilbung der Nadeln und Blätter.

Diese neuartigen Waldschäden werden durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren ausgelöst. Eine Schlüsselrolle spielen die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und Ozon (O₃) wie sie im Zusammenhang mit Heizungen, industriellen Feuerungsanlagen, dem Verkehr und in der Landwirtschaft entstehen.

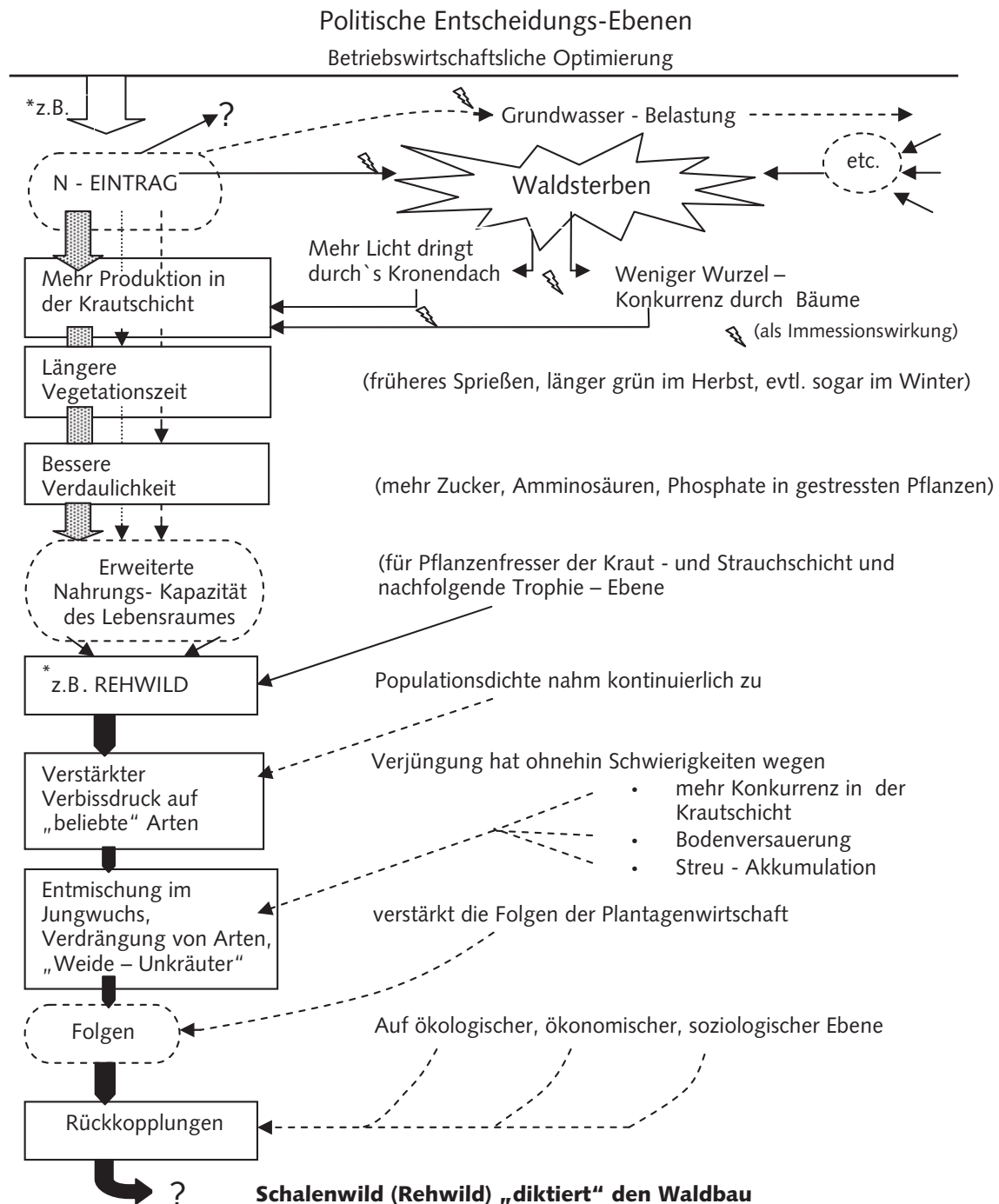
Hinzu kommen Waldschäden, die auf Naturereignisse zurückgehen. Die Sturmkatastrophen von 1990 und 1999, die große Teile der mitteleuropäischen Wälder in bisher nicht gekanntem Ausmaß verwüstet haben, und die nachfolgenden Schäden durch Borkenkäfer zeigen die Anfälligkeit des Waldökosystems in dieser Beziehung. Hier bestätigt sich mehr und mehr die Vermutung, dass die überdurchschnittliche Zunahme der Schäden auf eine Klimaänderung zurückgeführt werden muss, die ihrerseits ausgelöst ist durch die Zunahme von Treibhausgasen (CO₂ und andere ähnlich wirkende Stoffe) in der Atmosphäre. Sie entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) und nehmen immer noch zu.

Forstleuten und Waldbesitzern kommt die Aufgabe zu, durch eine entsprechende Pflege für einen möglichst gesunden und widerstandsfähigen Waldaufbau zu sorgen. Labile und nicht standortsgemäße Nadelholzbestände sind Zug um Zug in Mischwälder mit einem hohen Anteil an heimischen Laubbaumarten umzubauen. Auf Kahlschläge ist zu verzichten, stattdessen sollte der Wald möglichst kleinflächig unter dem Schirm der Altholzbestände natürlich verjüngt werden. Sonderbiotope, wie Quellen, Blockschutthalden oder Trockenbereiche werden naturnah bewirtschaftet.

Ein solcher Waldaufbau, und insbesondere die natürliche Verjüngung von Laubhölzern, ist nur zu erreichen, wenn die Wildbestände entsprechend angepasst sind.

Aufgabe der Jagd ist es, durch entsprechende Regulierung der Schalenwildbestände diesen Waldaufbau zu gewährleisten.

Immissionen – Produktivität der Krautschicht – Populationsdynamik des Rehwilds



Nach allen erkennbaren Hinweisen haben Rehpopulationen in Deutschland seit Jahrzehnten die jeweils vorhandene Tragfähigkeit ihrer Lebensräume voll ausgenutzt. Durch aktive (Düngung) und passive (Immissionen) Nährstoffeinträge ist die Tragfähigkeit spätestens seit den fünfziger Jahren deutlich angestiegen. Mit ihr wuchs auch die Dichte, zumindest jedoch die Produktivität der Rehpopulationen. In jüngster Zeit werden Wälder unter der Wirkung von Immissionen im Kronendach aufgelichtet. Gleichzeitig schwindet die Konkurrenzkraft der geschädigten Bäume im Wurzelraum. Die günstigeren Lebensbedingungen für die Krautschicht erweitern die Tragfähigkeit der Lebensräume für Pflanzenfresser der Krautschicht weiterhin. Besser ernährte Pflanzen sind für Herbivore attraktiver und leichter verdaulich als schlechter ernährte Fichten unter experimentell gesetztem SO_2 -Stress enthalten zudem im jüngsten Holz weniger Lignin, aber mehr leicht löslichen Zucker.

Auf der Grundlage solcher Informationen ist nachweislich zunehmende Verbissbelastung in erster Linie als Symptom zu verstehen, als Folge der zunehmenden und flächendeckenden Eutrophierung. Das Beziehungsgefüge zwischen Immission, Waldbau und Jagd sollte vor diesem Hintergrund neu überdacht werden.

Der Einfluss überhöhter Wildbestände auf den Wald und Lösungsvorschläge

überhöhte Wildbestände beeinflussen durch			
SITUATION	Verbiss Reh-, Rot-, Dam-, Muffelwild, Hase und Kaninchen	Fegen Rehbock, Rot-, Damhirsch	Schälen Rot-, Dam-, Muffelwild
die Waldvegetation			
PROBLEM	Ökologischer Bereich: <ul style="list-style-type: none">• Verarmung der Fauna• Entmischung• instabile Bestände• nicht standortgemäße Folgewälder	Betriebswirtschaftlicher Bereich: <ul style="list-style-type: none">• Ertragseinbußen• erhöhte Waldschutzkosten• erhöhte Kulturaufwendungen	
wird verschärft durch: <ul style="list-style-type: none">• falsche Jagdkonzepte (Jagddruck, Trophäenjagd)• Waldsterben• Unnatürliche Bestockungen (Wälder)			
Beurteilung der Situation <ul style="list-style-type: none">➤ Waldbauliches Gutachten (Verbiss- und Schälgutachten)➤ Weiserpflanzen➤ Kontrollzäune			
LÖSUNG	Jagdkonzept <ul style="list-style-type: none">▪ Reduzierung des Jagddrucks durch Intervalljagd u. herbstlichen Bewegungsjagden,▪ keine trophäenorientierte Jagd – Zahl vor Wahl▪ Abbau von Jagdneid und Revieregoismen	Biotopepflege <ul style="list-style-type: none">▪ Naturgemäß aufgebaute Waldbestände▪ Waldrandgestaltung▪ Sukzessionsflächen	Wildschutz: <ul style="list-style-type: none">▪ Kein Flächen- und Einzelschutz
standortangepasster Wildbestand kann nur erreicht werden durch Herantasten an die Grenzen von unten nie von oben			
ZIEL	ohne Schutzmaßnahmen sich verjüngende standortgemäße Mischwälder	Standorttypische Artenvielfalt der Flora und Fauna (Bäume, Sträucher, Kräuter, Gräser, Farne)	Standortangepasste gesunde Wildbestände

Zusammenarbeit zwischen Grundbesitzern und Jägern:

Vielerorts beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen Jägern und Jagdgenossen auf die Abhaltung der jährlichen Jagdgenossenschaftsversammlung. Meist sind diese Versammlungen gefüllt mit Streitigkeiten zu den Themen Jagdpacht, Wildschadensregulierung und unterschiedlichen Meinungen zu den scheinbar nicht vereinbarungsfähigen Zielen von Waldbau und Jagd. Zum Abschluss solcher Versammlungen wird dann meist zum „Friedensschmaus“ bei heimischem Wildbret geladen, bevor sich die Wege wieder trennen bis zur nächsten jährigen Versammlung im gleichen Stil.

Die folgenden Praxisbeispiele können die Zusammenarbeit zwischen Jagdgenossen und Jägern im Jahresverlauf bereichern und zu einem sach- und fachgerechten Miteinander beitragen.

Regelmäßige „Revierbesprechungen“

zwischen dem Vorstand der Jagdgenossenschaft und den praktizierenden Jägern. Inhalte solcher Besprechungen können die Beratung waldbaulicher und jagdlicher Ziele und Maßnahmen sein. Zwei solcher Besprechungen über das Jagdjahr hinweg bieten sich an und können regulierend auf die beidseitige Praxis wirken.

Regelmäßige Revier- und Waldbegehungen

gemeinsam mit Jagdgenossen/innen und Jägern. Sie dienen zum Austausch und zur gegenseitigen Information über waldbauliche und jagdliche Ziele. Ebenso belegen solche Begehungen den realen Stand waldbaulicher und jagdlicher Maßnahmen.

Gemeinsam organisierte und durchgeführte Bewegungsjagden,

in deren Verlauf interessierte Jagdgenossen praktisch mit eingebunden werden (Treiber/Ansteller etc.). Sie erhalten dabei Einblicke in den Wildbestand und in den praktischen Jagdbetrieb. Darüber hinaus vermitteln sie ein gemeinsames „Jagderlebnis“.

Exkursionen

in andere Reviere. Sie dienen zur „Horizonterweiterung“ und geben Einblicke und Vergleichsmöglichkeiten in die Arbeit anderer Jagdgenossenschaften.

Fortbildungsveranstaltungen zu waldbaulichen und jagdlichen Themen

führen zu einem beidseitigen sach- und fachgerechten Informationsstand, sind Hilfestellungen zur Bearbeitung möglicher Missstände und motivieren zur gemeinsamen Weiterarbeit.

Um die Durchführung solcher Angebote und Maßnahmen im Jahresverlauf zu sichern, sollte deren Vorbereitung und Organisation in der Jahresversammlung der Jagdgenossen personell festgelegt werden oder für diese Tätigkeit ein Ausschuss bestimmt werden.

Wildschadensverhütung und Wildschadensersatz:

Wildschadensverhütung

Die §§ 26 und 27 des Bundesjagdgesetzes regeln die Grundzüge der Wildschadensverhütung. Hiernach dürfen der Eigentümer/Nutzungsberechtigte und Jagdausübungsberechtigte Maßnahmen zur Wildschadensverhütung treffen. Auf Anordnung der Jagdbehörde kann die Verringerung des Wildbestandes unabhängig von Schonzeiten angeordnet werden, wenn die land-, forst- oder fischereiwirtschaftliche Notwendigkeit besteht.

Die Kosten der Wildschadensverhütung übernimmt grundsätzlich der Jagdausübungsberechtigte, wenn dies im Jagdpachtvertrag vereinbart wurde. So ist es möglich die Kostenübernahme für die Wildschadensverhütung frei zwischen Pächter und Verpächter auszuhandeln. Auch eine Pauschale für die Wildschadensverhütung ist zulässig, allerdings kann der Pächter zur Hälfte und am Ende der Laufzeit den Nachweis verlangen, ob die Mittel auch verwendet wurden. Evtl. zu viel bezahlte Verhütungskosten müssen dem Pächter dann erstattet werden.

Grundsätzlich sollte der Jagdausübungsberechtigte die Kosten für die Wildschadensverhütung in voller Höhe tragen. Schließlich hat er es in der Hand, ob ein nicht angepasster Wildbestand entsprechend zu Schaden geht. Hier ist die Vereinbarung einer sinnvollen Pauschale ratsam. So bleiben dem Jagdausübungsberechtigten „böse Überraschungen“ erspart, während der Grundeigentümer nicht jedes Mal um Mittel für Wildschadensverhütung nachfragen muss. Die Höhe der Pauschale kann sich an den Ausgaben der Vergangenheit orientieren.

Die Wildschadensverhütung kann mit chem. Mitteln (Abschreckung, Vergrämung) oder durch Aussperren (Zaun) geschehen. Während ein fachgerechter Zaunbau die wirksamste Methode darstellt, besteht hier allerdings das Problem, dass Fläche für das Wild verloren geht, sich somit also der Druck auf ungezäunte Flächen erhöht.

Ersatzpflicht und Schutzvorrichtungen

Nach dem Bundesjagdgesetz haben die Grundeigentümer Anspruch auf eine Jagdausübung (Hege), die Wildschäden möglichst vermeidet sowie auf Wildschadensersatz. Die entscheidende Bestimmung des Gesetzes lautet: „Wird ein Grundstück durch Schalenwild, Wildkaninchen oder Fasanen beschädigt, so hat die Jagdgenossenschaft dem Geschädigten den Wildschaden zu ersetzen. Hat der Jagdpächter den Ersatz des Wildschadens ganz oder teilweise übernommen, so trifft die Ersatzpflicht den Jagdpächter“ (BJG § 29 Abs. 1).

Sollte allerdings der Jagdpächter zahlungsunfähig sein oder aus anderen Gründen seiner Entschädigungspflicht nicht nachkommen, haftet weiterhin die Jagdgenossenschaft für den Schaden.

Ein gesetzlicher Anspruch auf Schadenersatz besteht nur für Schäden der oben ausdrücklich genannten Tierarten. Zum Schalenwild zählen: Rot-, Reh-, Schwarz-, Dam-, Muffel-, Gams- und Sikawild. Der Schaden, der z. B. vom Hasen oder Dachs verursacht wird, bleibt ohne Ersatz, es sei denn, die Jagdgenossenschaft oder der Jagdpächter hat sich vertraglich verpflichtet, auch in diesen Fällen Schadenersatz zu leisten.

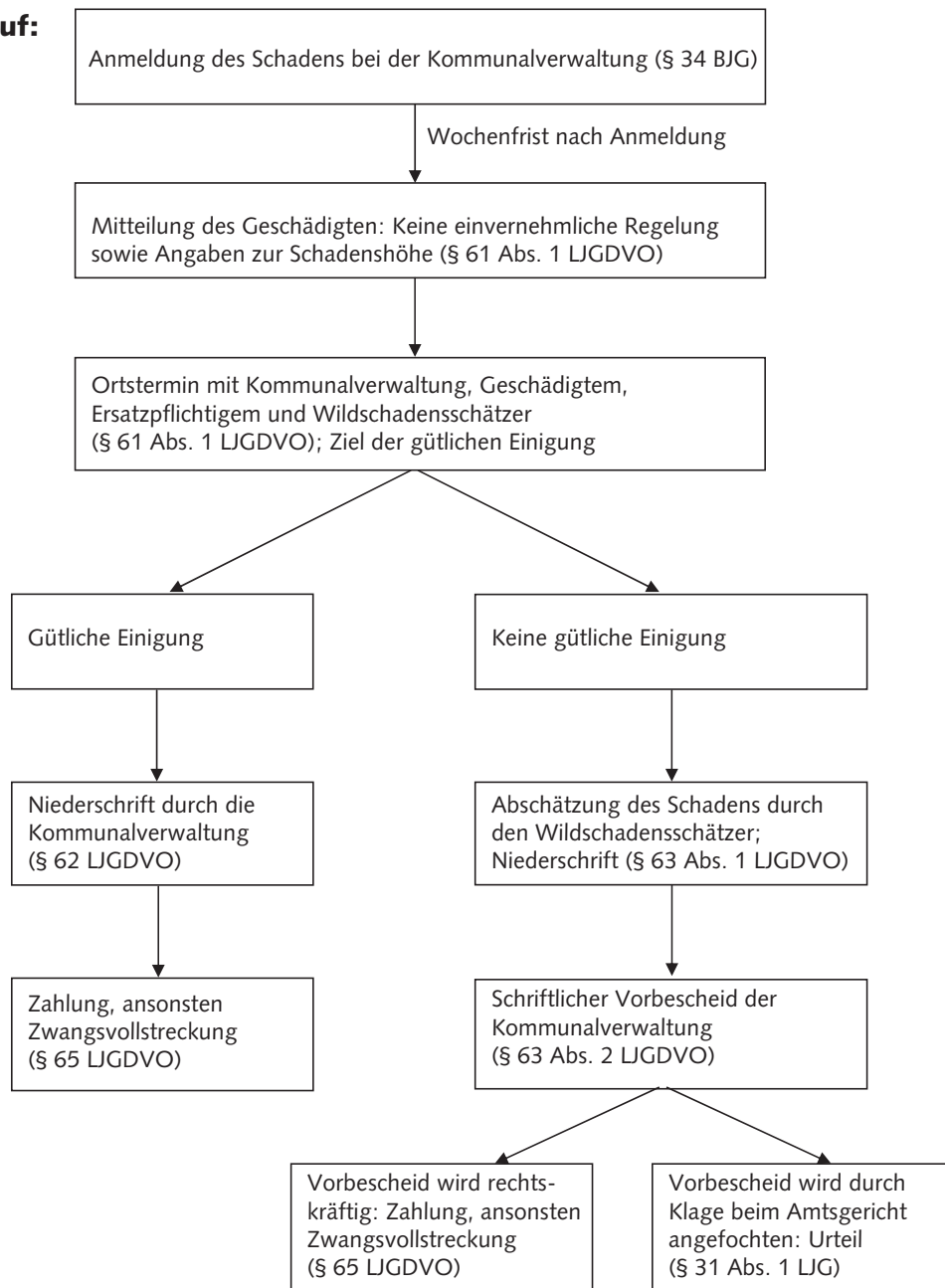
Ein eingeschränkter Anspruch auf Wildschadenersatz besteht bei Schäden in folgenden Fällen (Sonderkulturen):

1. an Weinbergen, Gärten und Obstgärten,
2. an Baumschulen, Alleen, Einzelstehenden Bäumen,
3. an Freilandpflanzungen von Garten- und hochwertigen Handelsgewächsen,
4. an Forstkulturen, die durch Einbringung anderer als der im Jagdbezirk vorkommenden Hauptholzarten (nach geltender Rechtsprechung sind Hauptholzarten diejenigen, die im Jagdbezirk häufiger als nur vereinzelt vorkommen) einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt sind. Hier wird nur Ersatz geleistet, wenn geeignete (übliche) Schutzvorrichtungen vorhanden sind, die unter gewöhnlichen Umständen zur Schadensabwendung ausreichen. In Rheinland-Pfalz gelten Zäune an Sonderkulturen als ausreichend, wenn sie bestimmte Höhen und Bauarten entsprechen (siehe LGDVO § 67).

Grundsätzlich gilt aber: Wildschadensvermeidung geht vor Wildschadensersatz!!!

Meldefristen und Vorverfahren (gem. §34 + 35 BJG, LJG § 31, LJGDVO §§ 60-66)

Wildschäden an landwirtschaftlichen Grundstücken müssen vom Berechtigten binnen einer Woche, nachdem er von dem Schaden Kenntnis erhalten hat oder bei Beachtung gehöriger Sorgfalt hätte erhalten müssen, bei der Gemeinde, auf deren Gemarkung das geschädigte Grundstück liegt, angemeldet werden. Schäden an forstwirtschaftlichen Grundstücken müssen jeweils zum 1. Mai oder 1. Oktober angemeldet werden. Spätestens innerhalb einer Woche nach Anmeldung eines Wild- bzw. Jagdschadens hat der Geschädigte mitzuteilen, dass eine einvernehmliche Regelung zwischen ihm und dem Ersatzpflichtigen nicht möglich war. Ist ein Wild- oder Jagdschaden rechtzeitig angemeldet so beraumt die Verwaltung der zuständigen Gemeinde zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung unverzüglich einen Termin am Schadensort an. Ein Wildschadensschätzer ist zu diesem Termin zu laden. Kommt eine gütliche Einigung nicht zustande, so stellt der Wildschadensschätzer den entstandenen Schaden fest. Er hat über die Schätzung eine Niederschrift zu fertigen. Eine Klage vor dem Gericht in Wildschadenssachen ist erst möglich, wenn zuvor ein Feststellungsverfahren vor einer Verwaltungsbehörde (Vorverfahren) stattfindet. Bei gütlicher Einigung fertigt die Gemeinde hierüber eine Niederschrift an, die von den Beteiligten anzuerkennen ist. Kommt es zu keiner Einigung, fordert die Gemeinde ein schriftliches Gutachten beim amtlichen Wildschadensschätzer an und erlässt auf der Grundlage dieses Gutachtens einen schriftlichen Vorbescheid. Gegen den Vorbescheid kann innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach dessen Zustellung Klage vor den ordentlichen Gerichten erhoben werden. Wird die Durchführung des Vorverfahrens abgelehnt oder ein Vorbescheid ohne ausreichenden Grund in angemessener Frist nicht erlassen, so ist auch dann eine Klage zulässig.

Verfahrensablauf:

Vorgehen bei der Schadensanmeldung von Wildschäden am Wald:

Bei der Anmeldung der Waldwildschäden sollten zur Vereinfachung des Meldeverfahrens folgende Angaben gemacht werden:

- geschädigtes Grundstück,
- Art des Schadens (Verbiss-, Fege- oder Schälsschäden),
- Wildart, die den Schaden verursacht hat,
- Baumart, die geschädigt wurde,
- Zahl der geschädigten Bäume,
- und/oder die Größe der geschädigten Fläche,
- ungefährer Zeitpunkt des Schadenseintrittes.

Um die vorgeschriebenen Meldestichtage einhalten zu können, sollten die Waldbestände mindestens zweimal im Jahr auf Wildschäden überprüft werden. Mit Erreichen eines neuen Stichtages verjähren die Ansprüche auf Schadensersatz, wenn kein Schaden angemeldet wurde.

Nachweis von Wildschäden mit Vergleichszäunen

Zur Klärung der Ursachen von Wuchsstockungen bei Forstpflanzen und um die Ursache des Ausbleibens von Verjüngungen nachweisen zu können, ist es zweckmäßig, eine Fläche von etwa 10 x 10 m einzuzäunen (Kontrollzaun). Schon nach wenigen Jahren lässt sich anhand der Vegetationsentwicklung innerhalb und außerhalb des Zaunes nachweisen, welcher Schaden tatsächlich dem Wild anzulasten ist.

Wildschadensschätzung

Die Bewertung von Wildschäden und die Herleitung der finanziellen Entschädigung sind nicht unproblematisch. Insbesondere bei Schälsschäden und bei Verbiss- und Fegeschäden in Mischkulturen und in Naturverjüngungen sollte sich der Waldbesitzer von Fachleuten beraten lassen. In Frage kommen die amtlichen Wildschadensschätzer, die bei der zuständigen Gemeindebehörde erfragt werden können sowie die Bauernverbände, der Gemeinde- und Städtebund, oder die Waldbesitzervereinigungen und die zuständige Forstbehörde.

Wildschäden am Wald werden oft nicht geltend gemacht, da der in einem Jahr entstandene Schadensbetrag relativ niedrig ist. Sie treten jedoch in der Regel Jahr für Jahr erneut auf und summieren sich. Daher ist der Waldbesitzer gut beraten, wenn er - von Bagatellschäden abgesehen - alle Wildschäden anmeldet. Damit wird jedenfalls erreicht, dass Jagdpächter und Jagdbehörden auf die Schäden aufmerksam gemacht werden und dass bei Abschuss, Abschussplanung und Kontrolle möglicherweise Konsequenzen gezogen werden.

Neue Wege zur Regelung des Wildschadens

Vorschläge des Bayerischen Bauernverbandes

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden und um größere Klarheit zwischen den Parteien zu schaffen, regt der Bayerische Bauernverband an, die Frage der Ersatzleistung schon im Pachtvertrag möglichst eindeutig zu regeln. Beispiele dafür gibt es im Landkreis Rosenheim. Dort haben sich Waldbesitzer, Jagdgenossenschaften und der Jagdverband auf folgende Zielsetzung geeinigt: „Es müssen angepasste Wildbestände hergestellt werden, die die natürliche Verjüngung heimischer Baumarten ohne Zaun oder anderen künstlichen Schutz ermöglichen und die die Entmischung der Baumarten verhindern. Der Lebensraum des Wildes soll nicht durch Wildschutzzäune eingengt werden“. Der Pachtschilling muss entsprechend an die Wildbestände angepasst sein. Nach dem Prinzip: „Pacht billig - Wildschaden teuer“, soll dem Wald zum Durchbruch verholfen werden. Gleichzeitig wird empfohlen in den Jagdpachtverträgen feste Geldbeträge zu vereinbaren, nach denen Verbiss-, Fege- und Schälsschäden entschädigt werden, wobei die zu entschädigenden Baumarten durch Mehrheitsbeschluss der Jagdgenossenschaften festzusetzen sind. Die Tätigkeit des Wildschadenschätzers soll dadurch überflüssig gemacht werden. Über die Entschädigungssätze informiert nachstehende Aufstellung. Sie stammen aus dem Jahr 1991 und sind vom Bayerischen Bauernverband als Anlage zu einem Musterpachtvertrag herausgegeben worden. Nähere Auskünfte erteilt das Generalsekretariat des Bayerischen Bauernverbandes Max-Joseph-Straße 9, 80333 München, Tel.: 08955873-0.

Entschädigung von Wildschäden in der Forstwirtschaft:

Bei **Totalverbiss** in Naturverjüngungen ist der Schaden mit Euro 0,26 je total verbissene Pflanze bei maximal 6.000 Pflanzen je Hektar auszugleichen.

Weiserflächen für Tannenverjüngung sind möglich, sofern die Tanne mit mindestens 5 % im Altbestand vertreten ist.

Für **Verbisschäden** an Hauptbaumarten, für die keine gezäunten Vergleichsflächen zur Verfügung stehen, wird folgende Entschädigungsregelung festgelegt:

Höhe	Leit- und Seitentrieb stark verbissen Entschädigungssatz	Leittrieb verbissen Entschädigungssatz
unter 0,50 m	0,26 Euro	0,13 Euro
0,50 - 1,00 m	0,51 Euro	0,26 Euro
über 1,00 m	0,82 Euro	0,51 Euro

Die **Tanne** wird hiervon abweichend entschädigt mit:

Höhe	Leit- und Seitentrieb stark verbissen Entschädigungssatz	Leittrieb verbissen Entschädigungssatz
unter 0,50 m	0,38 Euro	0,21 Euro
0,50 - 1,00 m	0,77 Euro	0,38 Euro
über 1,00 m	1,15 Euro	0,77 Euro

Fegeschäden werden, sofern am Baum die Rinde fehlt, folgendermaßen entschädigt:

Höhe	Tanne
unter 0,50 m	1,02 Euro
0,50 - 1,00 m	2,05 Euro
über 1,00 m	3,07 Euro

Schälschäden werden nur einmal entschädigt. Dabei wird der Durchmesser des Stammes in Bruthöhe gekloppt und gestaffelt nach Durchmesser wie folgt je cm Bruthöhendurchmesser entschädigt:

Durchmesser	Entschädigung je cm BHD
Klasse I bis 8 cm	1,43 Euro
Klasse II 8 bis 16 cm	1,13 Euro
Klasse III über 16 cm	0,72 Euro

Die Schadensaufnahme erfolgt durch den Geschädigten und den Jagdpächter. Die empfohlenen Entschädigungssätze können mit Zu- und Abschlägen versehen werden.

Bagatellschäden werden nicht entschädigt.

Es muss ein jährlicher gemeinsamer Waldbegang mit Jagdgenossenschaft und Jagdpächter durchgeführt werden.

Der Jagdpächter sollte über die Kulturpläne unterrichtet werden, um in angemessener Weise die jagdlichen Aktivitäten auf diese abstimmen zu können.

Der ÖJV schlägt den Grund- und Waldbesitzern vor, den Ersatz von Wildschäden bereits im Jagdpachtvertrag differenziert festzulegen.

Deshalb sollten Entschädigungssätze für Verbiss-, Fege- und Schälschäden an den Hauptholzarten, die ebenfalls im Jagdpachtvertrag aufgeführt sein sollten, festgehalten werden.

Weitergehende Informationen zur Bewertung von Wildschäden sind z.B. dem AID-Heft „Wildschäden am Wald“ zu entnehmen (zu beziehen über den Aufklärungs- und Informationsdienst Verbraucherschutz - Ernährung - Landwirtschaft e.V., Friedrich-Ebert-Str. 3, 53177 Bonn, 02225-926146).

Darüber hinaus empfiehlt es sich, entsprechende Regelungen im Jagdpachtvertrag aufzunehmen.

Eine Informationsbroschüre zur Herleitung von Schäden an landwirtschaftlichen und gärtnerischen Kulturen und Grundstücken ist unter folgender Adresse zu erhalten: Verband der Landwirtschaftskammern, Haus der Land- und Ernährungswirtschaft, Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin, Tel.: 030/319045-12, Fax: -20, E-mail: info@vlk-agrar.de, Internet: www.landwirtschaftskammer.de

Einfaches Verfahren zur Bewertung von Verbissschäden in den Wäldern von Rheinland-Pfalz

Ein Verfahrensvorschlag für die Praxis

Development of a simple method to value deer browsing in the forests of Rhineland-Palatinate

A proposal for application in practice

Von Winand Schmitz, Michael Bücking, Ralf Moshhammer, Michael Jochum und Axel Roeder

1 Problemstellung und Zielsetzung

Für die einfache Bewertung von Verbissschäden im Rahmen des verwaltungsrechtlichen Vorverfahrens bzw. zur Feststellung eines derartigen Wildschadens durch einen Wildschadensschätzer existiert derzeit in Rheinland-Pfalz kein einheitliches und einfach handhabbares Bewertungsverfahren.

Die Bewertung von Verbissschäden (inkl. Fegeschäden) setzt, wie die Schätzung von Wildschäden ganz allgemein, Konventionen voraus. Grundsätzlich gilt im Schadensersatzrecht der Anspruch auf Naturalersatz bzw. -herstellung (sog. Naturalrestitution) (vgl. Bürgerliches Gesetzbuch § 249, BÄHR 1987, 317). Insofern liegt es als hier verfolgte Konvention nahe, bei Verbissschäden Ertragswertüberlegungen auszublenden und vielmehr Kostenbetrachtungen anzustellen (MOSHAMMER et al. 2005). Der Waldbesitzer hat sich hinsichtlich einer Bestandesbegründung für eine bestimmte forstliche Investition entschieden und folglich einen grundsätzlichen Anspruch darauf, dass ihm entstehende Schäden an dieser Investition ersetzt werden. Dabei hat das Prinzip der Naturalrestitution Vorrang, d. h. die geschädigte Sache ist in gleichwertiger Form zu ersetzen.

Der Grundgedanke und damit die Zielsetzung des einfachen Verfahrens zur Verbissbewertung entspricht dem vorgenannten Prinzip der Naturalrestitution und bedeutet:

- a) Bei Totalausfall der Pflanze (Verbiss- oder Fegeschäden in einem Ausmaß, das voraussichtlich zum Absterben der Pflanze führt oder aktuell geführt hat) werden die für einen Ersatz notwendigen Material- (= Pflanzen), Pflanzungs- und pauschalen zusätzlichen Kosten (z. B. ggf. für Nachbesserungen, Kulturvorbereitung und -pflege, Bodenbearbeitung, Auspflanzen, Schlagpflege, Kontrollen) für die Erstattung einer in gleichem Maß entwickelten Ersatzpflanze zugrunde gelegt. Deshalb wird zu den Pflanzenbeschaffungskosten ein jährlicher Wertzuwachs auf der Grundlage von Baumschulpreisen hinzugerechnet (vgl. Tab. 3).
- b) Bei Terminaltriebverbiss (und Verbiss im oberen Drittel der Pflanze), der voraussichtlich nicht zum Absterben der Pflanze führt, wird davon ausgegangen, dass die Pflanze in ihrem Wachstum um ein Jahr zurückfällt. Dieser Nachteil wäre dann zu entschädigen. Darüber hinaus gehende Einbußen, die beispielsweise durch Zuwachsverluste infolge von Verbiss an den übrigen Pflanzenteilen der Pflanze oder längere Kultursicherungskosten entstehen können, sollen bei der Erstattung in diesem Fall von vornherein nicht mit berücksichtigt werden (Berücksichtigung der allgemeinen Sozialbindung des Eigentums, die die Duldung von Beeinträchtigungen in einem gewissen Maß voraussetzt; vgl. BÄHR 1987, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 14).

2 Methodik und Ergebnisse

Bewertung bei Totalausfall

Das Grundprinzip dieses Verfahrens besteht darin, bei Totalausfall einer Pflanze die Kosten für die Ersatzbeschaffung einer Pflanze und für die Ersatzpflanzung abzugelten. Hinzu kommen pro Jahr der bisherigen Standzeit der totalgeschädigten Pflanze ein 5 %iger Zuschlag zur pauschalen Abgeltung der Pflegekosten etc. sowie der bisherige Wertzuwachs auf der Basis von Baumschulpreisen (Tab 1).

Bewertung bei Zuwachsverlust der Pflanze

Beim Verbiss oder Fegen, wodurch die Pflanze lediglich in ihrem Wachstum zurückgeworfen wird, gilt als Bewertungsansatz der Grundgedanke des Zuwachsausfalls und des damit verbundenen Wertverlustes:

Ist die Pflanze um ein Jahr zurückgeworfen, so hat sie nur noch den „Restwert“ des nächst jüngeren/kleineren Sortiments. Die Differenz zu den Beschaffungskosten auf der Basis von Baumschulpreisen gegenüber dem um ein Jahr älteren Sortiment, ggf. zuzüglich einer Pflegepauschale, gilt es

Tab. 1: **Bewertungsansatz für abgestorbene bzw. absterbende Pflanzen infolge von Verbiss/Fegen [Euro/Stck].**

Tab. 1: A valuation approach for dead and/or dying plants due to browsing damage (Euro per piece).

	Buche	Eiche	Fichte	Douglasie	Kiefer
Kosten für Pflanze*	0,60	0,60	0,35	0,50	0,25
Pflanzung **	0,60	0,60	0,40	0,40	0,30
Pflanze und Pflanzung***	1,20	1,20	0,75	0,90	0,55
durchschnittliche jährliche Wertdifferenz****	0,30	0,30	0,20	0,20	0,15

* Gemittelte Baumschul-Listenpreise (Bezugsjahr 2005) für durchschnittliche Pflanzensortimente (Mittelwerte für 1- bis 4-jährige Pflanzen). Es handelt sich um gewichtete und gemittelte Listenpreise (vgl. auch Erläuterungen zu Tab. 3, Ziffer 1).

** Herleitung der Kosten für Pflanzung auf der Grundlage durchschnittlicher angenommener Ist-Kostensätze rheinland-pfälzischer Forstbetriebe (z.B. in Anlehnung an Standardproduktkostensätze für Pflanze und Pflanzung gemäß jährlichem Planungsbrief Landesforsten RLP, vgl. MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN 2006).

*** Hinzu gerechnet wird ein pauschaler 5 %iger Zuschlag pro Jahr der Standzeit für einen angenommenen zusätzlichen Aufwand für Pflege u.a.

**** Wertdifferenz je Jahr der Standzeit, entnommen aus Tabelle 3 (vgl. Ziffer 2).

Berechnungsbeispiel:

25 Douglasien werden im Jahr nach der Pflanzung (= 1 Jahr Standzeit) total gefegt.
 $25 \times [(0,90 \text{ Euro/Pflanze} \times 105 \%) + 0,20 \text{ Euro}] = 25 \times [0,95 + 0,20 \text{ Euro/Pflanze}]$
 $= 28,75 \text{ Euro zu entschädigender Betrag.}$

zu ersetzen. Die durchschnittlichen Preisdifferenzen zwischen den Pflanzensortimenten bei einem Jahr Altersunterschied werden als standardisierte Werte aus ausgewählten Baumschul-Preislisten hergeleitet. Zusätzlich hinzu zu addieren sind Beträge für getätigten zusätzlichen Aufwand. Über Standardpflanzenzahlen je ha (vgl. Tab. 2) lassen sich hierauf aufbauend Hektarsätze für die Entschädigung von vollflächigem Verbiss ableiten (vgl. Tab. 3 und nachfolgende Beispielrechnungen).

3 Zum praktischen Vorgehen bei der Schätzung von Verbissschäden

Zunächst ist festzustellen, ob es sich um frische Schäden (Verbiss, Fegen) (d. h. die jagdgesetzlichen Anmeldefristen sind eingehalten!) durch ersatzpflichtige Wildarten an Forstpflanzen gemäß den entsprechenden jagdrechtlichen Regelungen handelt (vgl. Bundesjagdgesetz § 29). Die Verjüngung wird nach Baumart(en) und Alter bzw. Standzeit erfasst. Ebenso ist die Ausgangspflanzenzahl einzuschätzen. Mit Blick auf die Nachprüfbarkeit der Bewertungsansätze sollten in Naturverjüngungen zur Berücksichtigung der Keimlingsausfälle, die i. d. R. nicht definitiv auf Verbiss zurückgeführt werden können, Pflanzen erst ab 20 cm Höhe berücksichtigt werden (vgl. analoges Verfahren im Rahmen des waldbaulichen Gutachtens, MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN 2004).

Tab. 2: **Standardpflanzenzahlen (Stck/ha) für künstliche Verjüngungen*.**

Tab. 2: Standardized number of plants (pieces per ha) for artificial regeneration.

Buche	Eiche	Fichte	Douglasie	Kiefer
6.000	6.000	3.000	2.000	5.000

Herleitung der Pflanzenzahlen im Anhalt an MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN (2002): Zuwendungen zur Förderung der Forstwirtschaft. Verwaltungsvorschrift vom 15.01.2002, Ziffer 3.1.3.1.2.1 i. V. m. Ziffer 3.1.3.1.5, sowie LANDESFORSTVERWALTUNG RHEINLAND-PFALZ (1994): Bestandesbegründung durch Pflanzung. Pflanzenzahlen/Pflanzverbände. Mainz. 6 S.

*Für natürliche Verjüngungen gelten die Pflanzenzahlen für Oberhöhenpflanzen (vgl. Kap. 3).

Als Schaden – der die Pflanze um ein Jahr zurückwirft – gilt der Verbiss des Terminaltriebes und/oder der Verbiss von 3 Seitentrieben im oberen Pflanzendrittel (vgl. analoges Verfahren im Rahmen des waldbaulichen Gutachtens, MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN 2004).

Gutachtlich feststellbare Abweichungen von diesen Schadensauswirkungen sind separat zu begründen und zu bewerten. Verbiss im unteren Pflanzenbereich bleibt außer Betracht. Auch wenn durch diesen Verbiss Wertminderungen nicht ausgeschlossen werden können, wird unterstellt, dass dies im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums hingenommen werden muss.

Tab. 3: **Hilfstabelle zur Bewertung von Zuwachsverlusten durch Verbiss auf der Grundlage von Baumschulpreisen (Angaben in Euro)**

Tab. 3: Auxiliary table for estimating increment losses in increase due to browsing based on tree nursery prices (in Euro)

Alter	Buche	Eiche	Fichte	Douglasie	Kiefer	
1	0,28	0,40	/	0,21	0,09	
2	0,51	0,67	0,08	0,31	0,22	1
3	0,90	1,06	0,30	0,64	0,36	
4	1,24	1,28	0,46	0,79	/	
durchschnittl. Jahresdifferenz	0,32	0,29	0,19	0,19	0,14	
Ø Wertverlust nach Baumschulpreisen für 1 Jahr, standardisiert (X)	0,30	0,30	0,20	0,20	0,15	2
Kosten für Pflanze	0,60	0,60	0,35	0,50	0,25	} 3
Pflanzung	0,60	0,60	0,40	0,40	0,30	
Pflanze + Pflanzung	1,20	1,20	0,75	0,90	0,55	
Standard für Pflanzen/ha	6000	6000	3000	2000	5000	4
zusätzlicher Kostenanteil von pauschal 5% nach Ziffer 3, bezogen auf die Einzelpflanze (Y)	0,06	0,06	0,04	0,05	0,03	5
finanzieller Nachteil bei Verbiss, der die Einzelpflanze um 1 Jahr zurückwirft (X+Y)	0,36	0,36	0,24	0,25	0,18	6
dito bezogen auf 1 Hektar	2160	2160	720	500	900	7

Erläuterungen

1 Preisbeispiele für entsprechende Sortimente der Baumarten nach Baumschul-Listenpreisen (Bezugsjahr 2005). Zur Herleitung der Werte aus Tabelle 1 sowie zu Ziffer 3 der Tabelle 3 galten folgende Gewichtungen, nach Einschätzung der praxisüblichen Häufigkeit der Sortimente, zur Berechnung eines mittleren Pflanzenpreises: Buche 2-jährig – 77 %/Buche 3-jährig – 23 %, Douglasie 2-jährig – 43 %/Douglasie 3-jährig – 57 %, Eiche 1-jährig – 25 %/Eiche 2-jährig – 75 %, Fichte 3-jährig – 70 %/Fichte 4-jährig – 30 %, Kiefer 2-jährig – 80 %/Kiefer 3-jährig – 20 %.

2 Durchschnittliche jährliche Wertdifferenz gemäß vorstehender Auflistung von durchschnittlichen Baumschulpreisen nach Alter (1 – 4 Jahre) ≈ durchschnittliche Wertzunahme je Jahr, gerundet auf -Cent-Beträge in 5-Cent-Stufen.

3 Vgl. Tabelle 1. und Ziffer 1 (s.o.)

4 Werte übernommen aus Tabelle 2.

5 Einzelpflanzenbezogener zusätzlicher Kostenanteil: pauschal 5 % von „Pflanze + Pflanzung“ gemäß Ziffer 3

Inwieweit lediglich der Wertverlust infolge des Zuwachsverlustes zur Bewertung herangezogen wird, ist vom Gutachter zu beurteilen, z. B. bei eindeutigem Fehlen jedweder zusätzlicher Aufwendungen, was beispielsweise in Naturverjüngungen der Fall sein kann.

6 Einzelpflanzenbezogener finanzieller Nachteil auf der Grundlage eines Wachstumsverlustes für einen Verbissschaden, der die Einzelpflanze in ihrem Wachstum um ein Jahr zurückwirft: Summe aus den Werten X und Y gemäß vorstehender Tabelle.

7 Hektarbezogener finanzieller Nachteil, hergeleitet als Produkt aus 6 und 4

Berechnungsbeispiele:

- a) 75 Eichen sind so verbissen, dass sie in ihrer Höhenentwicklung im Vergleich mit unverbissenen Pflanzen um 1 Jahr zurückgeworfen werden.
 $75 \text{ Stk.} \times 0,36 \text{ Euro/Stk.} = 27 \text{ Euro}$
- b) 30 % der Oberhöhenpflanzen einer Buchenkultur von 2,0 ha Größe sind durch Verbiss im Mittel um 1 Jahr zurückgeworfen worden.
 $30 \% \times 2 \text{ ha} \times 2160 \text{ Euro/ha} = 1296 \text{ Euro}$

Die Schäden können bei geringem Umfang über die Stückzahl der geschädigten Pflanzen, bei umfangreichen Schäden über die Ermittlung eines Schadensprozents durch ein Stichprobenverfahren erfasst werden. Hierbei wird durch Auszählen von Pflanzenreihen in Verbindung mit dem Pflanzverband (künstliche Verjüngungen) oder Auswerten von Probeflächen (v. a. in Naturverjüngungen) der Anteil der geschädigten Pflanzen ermittelt. Der Stichprobenumfang ist davon abhängig, wie homogen oder inhomogen die Schäden verteilt sind (dies ist ggf. vor der eigentlichen Begutachtung durch Einschätzung bzw. Begehen der Fläche zu sondieren), jedoch sollten mindestens 200 Pflanzen auf dem ersten Hektar und mindestens je weitere 100 Pflanzen ab dem 2. aufzunehmenden Hektar begutachtet werden (vgl. hierzu DEGENHARDT 2003, 2005). In einer Naturverjüngung wird vorgeschlagen, bezogen auf einen Standraum von 2 m² jeweils nur die größte Pflanze je Baumart anzusprechen, da sie i. d. R. die wirtschaftlich höchste Bedeutung hat (vgl. analoges Verfahren im Rahmen des waldbaulichen Gutachtens, MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN 2004; ROEDER et al. 2000, 2001).¹⁾



Verbissaufnahme in natürlicher Verjüngung – erfasst werden soll die wirtschaftlich wichtigste, i. d. R. höchste Pflanze je Baumart pro 2 m².

Recording of browsing in natural regeneration – the economically most important plant which generally is the highest plant per tree species within 2 m², should be considered.

Weicht die Ausgangspflanzenzahl der Verjüngung erheblich (> 20 %) von den oben genannten Standards ab, so bleibt es im Falle der Bewertung über einen Schadensbetrag/ Fläche (ha) bei den aufgeführten Hektarsätzen. Voraussetzung ist, dass die Ausgangspflanzenzahl für das Erreichen des waldbaulichen Betriebsziels ausreicht.

Bei der Bewertung von Einzelpflanzen wird ebenfalls unter der Annahme, dass das Betriebsziel erreicht wird, der Hektarsatz durch die ermittelte Pflanzenzahl dividiert.

Berechnungsbeispiel:

In einer mit 2000 Fichten (= Abweichung der Pflanzenzahl um mehr als 20 % gegenüber dem Wert gemäß Tab. 2) je bestockten Fläche sind 65 Stück durch Verbiss um ein Jahr zurückgeworfen.
 $720 \text{ Euro/ha (vgl. Tab. 3)} : 2000 \text{ Stk/ha} = 0,36 \text{ Euro/Stk}$
 $0,36 \text{ Euro/Stk} \times 65 \text{ Stück} = 23,40 \text{ Euro}$

¹⁾ Dieses Vorgehen ist z. B. gleichbedeutend mit einem gedachten Probekreis mit rd. 1,60 m Durchmesser; zur einfachen praktischen Umsetzung bedeutet dies etwa einen Radius von „1 Armlänge“ = ± 80 cm oder einen Durchmesser entsprechend „1 Person mit ausgestreckten Armen“ = ± 1,60 m. Alternativ kann die Erfassung auch über 2 rechtwinklig gelegte Fluchtstäbe von 2 m Länge erfolgen, die dann folglich ein „gedachtes“ Feld von 4 m² abgrenzen, in dem die jeweils 2 höchsten Pflanzen auf Verbiss angesprochen werden können (s. Abb.).

Bei Abweichungen von über 20 % von den Standardpflanzenzahlen ändert sich die Höhe des Schadensersatzbetrages für die Einzelpflanze, sofern der Berechnungsansatz über die Einzelpflanze erfolgt. Je niedriger die Pflanzenzahl je Fläche dabei ist, desto höher ist der Erstattungsbetrag für die Einzelpflanze und umgekehrt. Dadurch wird insgesamt sichergestellt, dass bei der Herleitung eines Schadensersatzbetrages, auch wenn deutlich unterschiedliche Pflanzenzahlen vorliegen, ein gleich bleibender Hektarsatz für den Schadensansatz berücksichtigt wird (vgl. Tab. 3). Dies ist wichtig, denn die diesbezüglich in Tabelle 3 ermittelten Werte gelten als „Mindestgrößen“ auf der Grundlage

der Erreichung einer gesicherten Bestandesbegründung. Vor- und Unterbau-Maßnahmen mit sehr geringen Pflanzenzahlen können über die reduzierte Holzbodenfläche, Mischkulturen bzw. Naturverjüngungen über die Anteilsflächen der einzelnen vorkommenden und betroffenen Baumarten berechnet werden. Zudem ist es notwendig, nur die tatsächlich voll bestockte Fläche/Anteilsfläche in die Berechnung eingehen zu lassen, d. h. Lücken in der Verjüngung sind nicht mit zu berücksichtigen. Dabei ist es im Einzelfall letztlich die Aufgabe des Gutachters, bei abweichenden Pflanzenzahlen/ha einzuschätzen, ob das vorgestellte Verfahren an seine Grenzen stößt und ggf. ein modifizierter anderer Ansatz zu wählen ist.

4 Zusammenfassung

Der Ansatz zur Bewertung der Verbisschäden basiert auf der gesetzlichen Normierung der „Naturalrestitution“. Verbiss, der Pflanzen in ihrem Höhenwachstum beeinträchtigt, wird auf der Basis des jährlichen „Wertzuwachses über Baumschulpreise“ zuzüglich prozentualer pauschaler zusätzlicher Kostenanteile bewertet.

1. Über Preislisten der Baumschulen lassen sich in einfacher Form Wertzuwächse je Jahr herleiten, die beim Laubholz mit Ø 0,30 Euro/Pflanze und beim Nadelholz mit Ø 0,15- 0,20 Euro/Pflanze angenommen werden können.
2. Der standardisierte Wertzuwachs/Jahr plus pauschalen prozentualen Anteil für den zusätzlichen Aufwand für die Einzelpflanze ergibt den finanziellen Nachteil bei einem Verbiss, der die Einzelpflanze um ein Jahr zurückwirft.
3. Hierauf aufbauend kann sowohl eine Schadensherleitung auf der Grundlage eines Hektarsatzes als auch auf der Grundlage von Wertansätzen für Einzelpflanzen erfolgen. Verbisschäden und vor allem Fegeschäden, die den Totalausfall einer Pflanze bewirken, werden im Sinne der Naturalrestitution als Kostenansatz für Pflanzenbeschaffung und Pflanzung unter Berücksichtigung eines zusätzlichen pauschalen prozentualen Aufwandes und einer durchschnittlichen jährlichen Wertdifferenz bewertet.

Quellen

BÄHR, P. (1987): Grundzüge des Bürgerlichen Rechts. Verlag Franz Vahlen, München. 326 S. - BÜRGERLICHES GESETZBUCH in der z. Z. gültigen Fassung. - BUNDESJAGDGESETZ in der z. Z. gültigen Fassung. - DEGENHARDT, A. (2003): Verfahren zur Begutachtung von Waldverjüngung und Verbisschäden. Beiträge für Forstwirtschaft und Landschaftsökologie, 37, 1, 36-39. - DEGENHARDT, A. (2005): Verbissmonitoring in Brandenburg. AFZ-Der Wald, 60, 1, 39-41. - MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN (1995, 1998, 2001, 2004): Rundschreiben vom 06.02.1995 - 10513-8051, vom 11.02.1998 - 10513-351 07 a sowie vom 10.03.1998, vom 03.04.1998 - 10513-8172, vom 29.01.2001 - 10513-8172 und vom 17.02.2004 - 10513-8172: „Erhebungsanleitung für Verbiss- und Schälsschäden und der Anleitung Waldbauliches Gutachten“. - MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN (2006): Planungsbrief für das WJ 2006 inkl. Anlagen. Mainz. - MOSHAMMER, R., SCHMITZ, W., ROEDER, A., JOCHUM, M., BÜCKING, M. (2005): Herleitung von Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Verbiss- und Schälsschäden in den Wäldern von Rheinland-Pfalz. Interner Arbeitsbericht. Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz, Trippstadt. 50 S. - ROEDER, A., BÜCKING, M., JOCHUM, M. (2000): Waldbauliches Gutachten - fit für den naturnahen Waldbau. ForstInfo Rheinland-Pfalz, 4, 19-20. - ROEDER, A., BÜCKING, M., JOCHUM, M. (2001): Erfassung von Wildverbiss in Naturverjüngungen. AFZ-Der Wald, 56, 12, 606-609.

FDK: 156.5 : 451.2

Ein gemeinsames „Abstract“ sowie Hinweise zu den Autoren finden sich am Ende des nachfolgenden Artikels „Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Schälsschäden in den Wäldern von Rheinland-Pfalz“.

Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Schälsschäden in den Wäldern von Rheinland-Pfalz

Development of a simple method to value bark stripping in the forests of Rhineland-Palatinate

Von Michael Bücking, Ralf Moshhammer, Winand Schmitz, Michael Jochum und Axel Roeder

1 Problemstellung und Zielsetzung

Für die einfache Bewertung von Schälsschäden existierten in Rheinland-Pfalz bislang keine einheitlichen Hilfstabellen, die von forstlichen Wildschadensschätzern angewendet werden können. Schälsschäden wurden bisher oft auf der Grundlage des Bewertungsansatzes nach KROTH, SINNER und BARTELHEIMER (1984) bewertet. Die Eingangsdaten (z. B. Ertragstafelmodelle, Holzpreise etc.) wurden jedoch nicht aktualisiert. Zudem wurde für die Baumart Fichte seinerzeit der Wachstumsgang nach der Ertragstafel von WIEDEMANN (1936/42) unterstellt. Auswertungen auf der Grundlage von Versuchsflächen der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz haben allerdings gezeigt, dass der Wachstumsgang gemäß der Ertragstafel von ASSMANN und FRANZ (1963) eine bessere Übereinstimmung mit den rheinland-pfälzischen Verhältnissen zeigt. Deshalb war die Zielsetzung, einfache Tabellen zur Schälsschadensbewertung zu entwickeln, die einerseits auf zutreffenden Wachstumswerten basieren, andererseits derzeitige Erlös-/Kostenrelationen für die Bereitstellung bzw. Vermarktung des Rohholzes berücksichtigen.

2 Einfaches Schätzverfahren zur Bewertung von Schälsschäden im Anhalt an KROTH, SINNER und BARTELHEIMER (1984)

Methodischer Ansatz, Datenbasis und Verfahrensschritte

Mit der Software „Holzernte 6.1“ der FVA Baden-Württemberg (2002) wurden Sortenverteilungen von geschädigten und ungeschädigten Modellbeständen verschiedener Bonitätsstufen für die drei Hauptbaumarten Fichte, Buche und Douglasie berechnet. Diese Werte wurden in eine Datenbank-anwendung überführt, mit der die erntekostenfreien Erlöse jeweils für die Kollektive „verbleibend“, „ausscheidend“, „ungeschädigt“ und „geschädigt“ berechnet wurden.

Als Waldwachstumsmodelle wurden die Ertragstafeln für Fichte, Buche und Douglasie gemäß den „Vorläufigen Referenztafeln für die Forsteinrichtung“ (LANDESFORSTEN RHEINLAND-PFALZ 2003) verwendet. Dementsprechend sind die Wachstumsmodelle von

- ASSMANN und FRANZ (1963) für Fichte, mäßige Durchforstung, mittleres Ertragsniveau,
- SCHÖBER (1967) für Buche, mäßige Durchforstung und
- BERGEL (1985) für Douglasie, mäßige Durchforstung,

zugrunde gelegt worden. Die Werte für den jeweiligen Vorrat (Efm o. R./ha), wurden nach verbleibendem und ausscheidendem Kollektiv (= Durchforstungsmenge) unterschieden.

Für die Sortierung mittels des Programms Holzernte 6.1 wurden Modellhiebe erstellt. Der Modellhieb bildet in der Serienberechnung die Grundlage für die Sortierung. Er wird den jeweiligen Bestandswerten aus den Ertragstafeln zugewiesen. Für jede Baumart musste ein Modellhieb für „gesundes“ Holz und „geschädigtes“ (geschältes) Holz erstellt werden. Die diesbezüglichen Vorgaben für die Kalkulation unterscheiden sich lediglich bei der Güteansprache, da für geschädigtes Holz die ersten 3 m der Stämme der fiktiven Güteklasse D zugeordnet wurden, wobei dieser Abschnitt als wertlos galt, und der Reststamm in die Güte B/C sortiert wurde. Dahingegen wird bei gesundem Holz der gesamte Stamm in die Güte B/C sortiert.

Für die Modellhiebe wurden folgende allgemeine Vorgaben übernommen:

- | | |
|-----------------------------|---|
| - Max. Transportlänge: 21 m | - Min. Stammlänge: 3 m |
| - Min. Zopf: 10 cm | - Formigkeit: mittelformig |
| - (bei Buche 15 cm) | - X-Holz lang bis: 15 cm BHD |
| - BHD-Verteilung: breit | - Güte: entweder 100 % B/C |
| - Kronenbruch: 0% | - oder 3 m „D“ und der Rest des Stammes B/C |

Die Berechnung der Schälschadenswerte erfolgt dann in mehreren Einzelschritten. Folgende Teiloperationen werden im Einzelnen durchgeführt:

- Berechnung der Brutto-Holzerlöse auf der Basis der vorgegebenen Holzpreise,
- Berechnung der motormanuellen Erntekosten gemäß EST,
- Berechnung der Rückekosten,
- Berechnung der erntekostenfreien Erlöse,
- Berechnung der Differenzbeträge über dem Alter zwischen den erntekostenfreien Erlösen geschädigter und ungeschädigter Modellbestände, jeweils getrennt nach Durchforstungs- und Abtriebsenergien,
- Berechnung der Schadensersatzwerte im Anhalt an KROTH et al. (1984),
- tabellarische Darstellung der Schadensersatzwerte.

Die Berechnung der Schälschadensersatzbeträge in Euro/ha (bzw. Euro/geschädigtem Baum) geschieht unter der Annahme verschiedener Vorgabeparameter:

Baumarten: Fichte, Buche, Douglasie

Ertragsklasse: Fichte Ekl. 0. bis III., Buche Ekl. I. bis III., Douglasie Ekl. I. bis III.

Holzpreise: Baumarten- und sortimentsbezogene Holzpreise (Euro/Efm) und bei Fichte zusätzlich Stopppreis ab L 3a (vgl. Tab. 1).

Länge des geschädigten Erdstammstückes: 3 m Verwertbarkeit des geschädigten Erdstammstückes: nicht verwertbar (wertlos).

Tab. 1: Durchschnittliche mengen- und gütegewichtete sortimentsbezogene Holzpreise (Euro/Efm).

Tab. 1: Average prices for timber based on assortments as weighted for quantity and quality (Euro per cubic meter of timber harvested).

Stärkeklasse	Buche	Fichte	Douglasie
1 b1/1 b2	28/35	35/43	29/38
2a/2b	36/45	54/57	50/56
3a/3b	53/68	57/57	59/72
4	84	57	84
5	102	57	88
6	102	57	96

Die Brutto-Erlöse der einzelnen Nutzungsmengen (periodische Vornutzungen und Endnutzung) errechnen sich aus den Holzpreisen in Abhängigkeit der Stärke- und Güteklasse.

In die Berechnungen gehen die durchschnittlichen Erlöse für Stammholz (Langholz und Abschnitte) nach Baumarten und Stärkeklassen der Jahre 2000 bis 2003 als mengengewichtete Mittelwerte der Güteklassen B und C ein (MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN RHEINLAND-PFALZ 2005). Die in die Berechnung eingehenden Kosten resultieren aus motormanueller Aufarbeitung und anschließendem Rücken des Holzes. Die Rückekosten werden gemäß den Kostensätzen für Langholz und Nadelholzabschnitte des damaligen Forsttechnischen Stützpunkts Entenpfuhl (Stand Juli 2003) berechnet. Es werden als Durchschnittswerte die Grundpreise ohne Zu- oder Abschläge verwendet (vgl. Tab. 2). Die Ermittlung der anzuwendenden Kostensätze erfolgt über die Stückmasse, welche auf der Grundlage der Sortiererergebnisdaten aus Holzernte 6.1 berechnet werden.

Bei der weiteren Berechnung der Holzerntekosten wird grundsätzlich von motormanueller Aufarbeitung ausgegangen. Dementsprechend werden die Kosten auf der Grundlage des EST unter Berücksichtigung

Tab. 2: Rückekosten nach Stückmasse (Euro/Efm).

Tab. 2: Skidding costs upon piece volume (Euro per cubic meter of timber harvested).

Sorte	von Efm	bis Efm	Rücke- kosten	von Efm	bis Efm	Rücke- kosten
Sth	0	0,05	26,90 Euro	0,2	0,29	10,26 Euro
Sth	0,06	0,07	20,25 Euro	0,3	0,39	8,99 Euro
Sth	0,08	0,09	17,97 Euro	0,4	0,49	7,88 Euro
Sth	0,1	0,14	14,11 Euro	0,5	0,74	7,24 Euro
Sth	0,15	0,17	12,84 Euro	0,75	>0,99	5,76 Euro
Sth	0,18	0,19	11,53 Euro	> = 1		5,55 Euro

sichtigung der aktuellen Geldfaktoren berechnet. Dabei wurden folgende Faktoren unterstellt:

- Geldfaktor: 16,13 Cent/min
- MS-Faktor: 8 Cent/min

Bei der Berechnung der Erntekosten werden, den bisherigen Ausführungen folgend, grundsätzlich die Varianten „gesundes Holz“ und „geschädigtes Holz, nicht verwertbar (= kein Rückeaufwand)“ unterschieden.

Als EST-Zuschläge für Standorts- und Bestandsmerkmale (EST-Zuschlagstabelle: A) sowie für die baumbezogenen Merkmale (EST-Zuschlagstabelle: B) werden durchschnittliche Werte von A = 10 % und B = 5 % angenommen und in den Rechengang integriert. Des Weiteren wird von Lohnnebenkosten in der Größenordnung von 105 % ausgegangen.

Die holzerntekostenfreien Erlöse ergeben sich jeweils aus der Differenz der Brutto-Erlöse und der Kosten (Kosten der motormanuellen Holzernte zuzüglich der Kosten für das Rücken) inklusive der vorgenannten Nebenkosten und der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Zum Verfahren der Herleitung von Schadensbetragswerten für Schälsschäden

Das hier zugrunde gelegte Verfahren nach KROTH, SINNER u. BARTELHEIMER (1984) geht davon aus, dass die periodischen erntekostenfreien Durchforstungserlöse und der abschließende Abtriebserlös im Alter u sinken, sofern ein Bestand geschält wird und sich dementsprechend entwertende Holzfäule im unteren Stammabschnitt ausbreitet. In einer zukunftsbezogenen Betrachtung der Bewertung von Schälsschäden muss daher die voraussichtliche Verringerung der Nettoerlöse betrachtet werden. Die Erlösminderungen infolge geschädigten Holzes sind bis zur Umtriebszeit über die Differenzbeträge zwischen den Erlösen von ungeschädigtem und geschädigtem Holz zu berechnen und auf den Bewertungszeitpunkt zu diskontieren.

Die Fixkosten (z. B. Kosten der gesicherten Kultur, Verwaltungskosten) können zunächst bei der unmittelbaren Ermittlung der Schadenswerte außer Betracht bleiben. Sie sind allerdings für die spätere Herleitung eines internen Zinsfußes auf der Grundlage der Formel nach FAUSTMANN (vgl. OESTEN u. ROEDER 2002) zu berücksichtigen. Die Herleitung des internen Zinssatzes wird notwendig, da das hier als Vorgabe dienende Verfahren auf dem internen Zinsfuß aufbaut.

$$Sch_m = \frac{D_n - D_n^+}{1,0p^{n-m}} + \dots + \frac{A_u - A_u^+}{1,0p^{u-m}}$$

Sch_m = Schadensersatzbetrag zum Entwertungszeitpunkt m

D_n = Durchforstungserlös zum Zeitpunkt n

A_u = Abtriebserlös, u = Umtriebszeit, p = interner Zinsfuß

$+$ symbolisiert schälgeschädigte Bestände.

Der interne Zinsfuß wird anhand der „Statischen Grundgleichung“ nach FAUSTMANN ermittelt:

$$A_u + D_a \cdot 1,0p^{u-a} + \dots + D_z \cdot 1,0p^{u-z} = c \cdot 1,0p^u + (B + V) \cdot (1,0p^u - 1)$$

wobei:

A_u = erntekostenfreier Abtriebserlös bei Erreichen der Umtriebszeit

$D_{a \text{ bis } z}$ = Durchforstungserlöse im Alter a bis z

B = Bodenwert

V = Verwaltungskostenkapital

p = Interner Zinsfuß

c = Kosten der gesicherten Kultur

Dabei wird davon ausgegangen, dass die Ertragsseite (links) immer gleich der Erlösseite (rechts) ist. Wenn alle anderen Größen bekannt sind, ist der interne Zinsfuß „ p “ die Variable, die es zu bestimmen gilt. Tabelle 3 vermittelt einen Überblick über die zur Berechnung verwendeten Grunddaten und ermittelten Zinsfüße.

Für alle Baumarten und Ertragsklassen werden zunächst Schadenswerte über dem Bestandesalter bzw. dem Alter des Schadeneintritts ermittelt. Der Schadenswert ist jeweils die Summe aus

1. den diskontierten Verlusten der Durchforstungsnutzungen infolge der Schädigung und
2. den diskontierten Abtriebswertverlusten im Alter u .

Die Ausgabe erfolgt in Euro/ha (gerundet auf 10er-Werte) bzw. Euro/geschädigtem Baum. Zur Darstellung möglichst einfach aufgebauter Tabellen wurden in einem weiteren Rechenschritt die ermit-

Tab. 3: **Übersicht über die zur Ermittlung der internen Verzinsung verwendeten Grunddaten.**

Tab. 3: Overview of the basic data used for determining the internal interest rate.

Baumart	Ertrags- klasse	Umtriebs- zeit [Jahre]	Kultur- kosten [Euro/ha]	Verwaltungs- kosten [Euro/ha · a]	Boden wert [Euro/ha]	Interner Zinsfuß
Fichte	0	120	3.300	110	3.500	1,791 %
Fichte	1	120	3.300	110	3.000	1,639%
Fichte	2	120	3.300	110	2.500	1,404%
Fichte	3	120	3.300	110	2.000	0,801%
Buche	1	140	8.400	110	3.500	0,849%
Buche	2	140	8.400	110	2.500	0,628%
Buche	3	140	8.400	110	1.500	0,318%
Douglasie	1	100	3.500	110	3.500	2,365%
Douglasie	2	100	3.500	110	2.000	2,024%
Douglasie	3	100	3.500	110	1.000	1,659%

Abtriebswerte und periodische Durchforstungserlöse wurden den vorstehenden Ausführungen zufolge gesondert auf der Grundlage der verwendeten Ertragstafelmodelle mit Holzernte 6.1 berechnet.

telten Schadensbeträge bei Fichte und Douglasie ertragsklassenabhängig nach einem oberen und einem unteren Bonitätsniveau zusammengefasst, wobei bei Fichte die 0. und I. Ertragsklasse das obere Bonitätsniveau und die II. und III. Ertragsklasse das untere Bonitätsniveau bilden. Bei der Douglasie wurden die altersabhängigen Schadensbeträge der I. und II. Ertragsklasse zum oberen Bonitätsniveau zusammengefasst, die Werte der III. Ertragsklasse repräsentieren das untere Bonitätsniveau. Da im Ergebnis der ertragsklassenweisen Berechnung für die Buche die Werte der einzelnen Ertragsklassen nahe beieinander lagen, wurden im Unterschied zu Fichte und Douglasie alle

Werte der Ertragsklassen I. bis III. gemittelt zusammengefasst. Somit existiert für die Buche nur ein Schadensbetrag je Schadeintrittsalter.

3 Ergebnis: Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Schälsschäden

Im Ergebnis konnte ein MS-ACCESS basiertes Programm entwickelt werden, mit dem die Berechnung und zukünftige Aktualisierung von Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Schälsschäden möglich ist. Die Ergebnisausgabe erfolgt für zwei verschiedene Bezugsgrößen:

- 1) pro Hektar geschädigter Bestandesfläche,
- 2) pro geschädigtem Baum.

Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die jeweiligen Wertangaben für den Massenmittelstamm bei entsprechender gemittelter Stammzahlhaltung gemäß den unterstellten Ertragstafeln gelten. Sind die tatsächlichen Bewertungsobjekte bzw. die geschälten Stämme hiervon deutlich abweichend, ist die Anwendung der Werte nicht zielführend. Somit wird empfohlen, diese Tabellenwerte nur bei geringer, rasch auszählbarer Anzahl geschädigter Stämme zu verwenden, wenn diese Stämme im Mittel dem geschätzten Massenmittelstamm des Bestandes entsprechen und die vorgefundene Stammzahlhaltung den Vorgaben annähernd entsprechend ist. Die Tabelle sollte also als eine Schätzhilfe für eine geringe Anzahl geschädigter Bäume verstanden werden (vgl. Tab. 4).

Die Tabellen enthalten Entschädigungswerte für verschiedene Schadeintrittsalter bis zum Bestandesalter von 60 Jahren bei der Douglasie, 70 Jahren bei der Fichte und 90 Jahren bei der Buche,

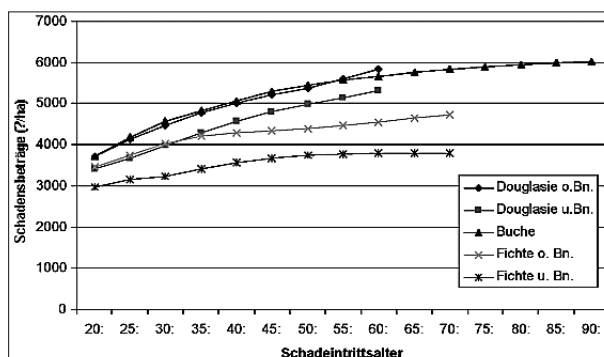


Abb. 1: Entwicklung der Schadenswerte/ha (o. Bn. = oberes Bonitätsniveau, u. Bn. = unteres Bonitätsniveau).

Fig. 1: Development of the damage values per ha (o. Bn. = upper level of site class, u. Bn. = lower level of site class).

Tab. 4: Hilfstabellen zur einfachen Bewertung von Schälsschäden.

Tab. 4: Auxiliary tables for easily estimating bark stripping damages.

Entschädigungswerte pro Hektar [Euro/ha]

Baumart		Schadeintrittsalter														
		20	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90
Fichte	o. Bn.	3.470	3.750	4.020	4.200	4.280	4.340	4.400	4.480	4.540	4.640	4.720				
Fichte	u. Bn.	2.980	3.160	3.230	3.400	3.560	3.660	3.740	3.780	3.800	3.800	3.800				
Douglasie	o. Bn.	3.710	4.130	4.470	4.780	5.020	5.210	5.380	5.600	5.840						
Douglasie	u. Bn.	3.400	3.680	3.990	4.280	4.570	4.810	4.990	5.130	5.310						
Buche		3.720	4.190	4.570	4.830	5.070	5.290	5.440	5.570	5.650	5.770	5.830	5.900	5.950	6.000	6.020

„Schätzhilfe für eine geringe Anzahl geschädigter Bäume“

Entschädigungswerte pro Baum (= Massenmittelstamm)[Euro/Baum]*

Fichte o. Bn.	0,82	1,19	1,62	2,09	2,54	3,00	3,48	4,01	4,55	5,17	5,81				
Fichte u. Bn.	0,65	0,86	1,00	1,25	1,54	1,82	2,13	2,44	2,75	3,08	3,42				
Douglasie o. Bn.	1,43	2,26	3,27	4,47	5,8	7,26	8,82	10,65	12,64						
Douglasie u. Bn.	1,05	1,52	1,44	3,16	4,23	5,42	6,68	7,99	9,47						
Buche**			0,54	0,77	1,2	1,73	2,33	2,99	3,74	4,63	5,57	6,61	7,72	8,93	10,22

o. Bn. = oberes Bonitätsniveau (Fichte: ø-Werte der 0. und I. Ekl. nach ASSMANN u. FRANZ 1963; Douglasie: ø-Werte der I. und II Ekl. nach BERGEL 1985);

u. Bn. = unteres Bonitätsniveau (Fichte: ø-Werte der II. und III. Ekl.; Douglasie = III. Ekl.).

* Hinweis: Die Einzelbaumwerte können nur unter der Maßgabe gelten, dass die Stammzahlhaltung des Bewertungsobjektes annähernd der Stammzahlhaltung der zwischen den Ertragsklassen gemittelten Werten der jeweiligen Ertragstafel entspricht. Zudem müssen die auszuzählenden Bäume im Durchschnitt dem Massenmittelstamm, weitgehend gleichzusetzen mit dem Grundflächenmittelstamm, entsprechen.

** Bei jüngeren Beständen können sich die Stammzahlen pro Hektar in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten sehr stark unterscheiden, weshalb eine Herleitung für diese Altersangaben unterblieb. Zudem steht hier ggf. der Zeitaufwand für das exakte Zählen aller geschädigten Stämme in keinem vernünftigen Verhältnis zum Entschädigungsbetrag. Daher sind in jüngeren Beständen die Schadenswerte über Flächenanteile zu schätzen.

da davon ausgegangen wird, dass nach diesen Altersgrenzen Schälsschäden, z. B. aufgrund der Borkebildung der Baumrinde, weitgehend auszuschließen sind. Sollte dennoch in einem höheren Alter ein Schadereignis zu bewerten sein, so können die Werte der Tabellen über das jeweilige Endalter hinaus extrapoliert werden. Eine Extrapolation im Rahmen der Erstellung der Tabellen wurde zudem teilweise bei Fichte und Buche notwendig, um Werte für junge Schadeintrittsalter herzuleiten, die unter den frühesten Altersangaben der Ertragstafeln liegen. Die polynomische Trendextrapolation erfolgte bei Fichte, unteres Bonitätsniveau, für das Alter 20 und bei Buche für die Altersspanne 20 bis 30, jeweils ausgehend von ersten Ertragstafelaltersangaben zwischen 25 und 35 Jahren, je nach Baumart und Ertragsklasse.

Als Ergebnis enthalten die Tabellen Schadensbeträge bei vollständiger Schädigung eines Hektars (alternativ Angaben in Euro/geschädigtem Baum) der betreffenden Baumart durch frische Schälsschäden in Abhängigkeit des Bonitätsniveaus und des Schadeintrittsalters (vgl. Tab. 4 und Abb. 1).

4 Hinweise zum praktischen Vorgehen

Zunächst sind im betroffenen Bestand das Alter und das Bonitätsniveau der geschälten Baumarten zu bestimmen. Danach ist der Anteil der neu geschälten Bäume bzw. ihr Grundflächenanteil, getrennt nach Baumarten, zu erheben. Dies kann durch unmittelbare Auszählung (Vollerhebung) oder über einschlägige Stichprobenverfahren geschehen, beispielsweise zur Grundflächenermittlung bzw. der Ermittlung anteiliger Grundflächen, analog der Bestimmung von Mischbaumartenanteilen. Sofern die neuen Schälsschäden sich augenscheinlich gleichmäßig auf alle Baumdurchmesserbereiche des betroffenen Bestandes und die vorkommenden Baumarten verteilen, ist eine Auszählung bzw. stichprobenweise Stammzahlschätzung zur Ermittlung des volumenbezogenen geschädigten Bestandesanteils sicherlich ausreichend. Sind jedoch überwiegend starke oder schwache Bäume betroffen, empfiehlt sich eine baumartenweise anteilige Grundflächenermittlung dieses Kollektivs, damit es bei der späteren Bewertung des betroffenen Holzvolumens nicht zu einer Über- oder Unterschätzung des Gesamtschadens kommt. Ziel ist generell, das von frischen Schälsschäden betroffene, schadensfähige Holzvolumen zu ermitteln. Hierzu sind die Ausführungen von KROTH, SINNER und BARTELHEIMER (1984) zur empfohlenen Vorgehensweise bei der Erfassung der Grundfläche geschälter Bäume zur Ermittlung der Schadensprozente zu beachten. Die dortigen Hinweise sollten auch für

das hier beschriebene Verfahren zur Anwendung kommen. So hat gerade die Grundflächenermittlung eindeutig methodische Vorteile, da sie die oben beschriebene Problematik überwiegender Schälsschäden in schwachen oder starken Teilkollektiven auflöst, die bei reiner Auszählung zu Über- oder Unterschätzungen des geschädigten Volumens führen kann. Zudem wird durch eine Grundflächenerhebung auch eine Anpassung der Schadenswerte an die tatsächlichen Bestockungsverhältnisse rechnerisch einfach möglich, wenn der Gutachter diesbezüglich abweichende Verhältnisse gegenüber den unterstellten Ertragstafelmodellen feststellt. Ein weiterer wichtiger Hinweis besteht darin, dass nicht schadensfähige Bäume von vornherein nicht erfasst werden, auch wenn sie frisch geschält sein sollten. Solche Bäume können z. B. Individuen sein, die bereits erkennbar abgängig sind, also ohnehin keinen wirtschaftlichen Wert mehr haben oder Bäume die unmittelbar im Rahmen einer Durchforstung entnommen werden und bei denen folglich zeitlich keine Entwertung mehr eintreten kann.

Neue Schälsschäden, die bereits einen alten, erkennbar zu Fäule führenden Schälsschaden aufweisen, werden i. d. R. nicht berücksichtigt, da sie zum einen nicht mehr zu einer Neuentwicklung von Stammfäule beitragen, zum anderen ggf. bereits eine Entschädigung für den Altschaden gewährt wurde. Sollte allerdings der Gutachter vor Ort den Schaden dahingehend beurteilen, dass er zu einem beschleunigten Fäulefortschritt führt, mit der Konsequenz, dass die Fäule die hier angenommene Schadholzlänge von 3 m deutlich übersteigt, so kann eine Bewertung des Schadens auf der Annahme eines geschädigten 4 m-Erdstammstückes erfolgen. Ausgehend von den Schadenswerten für 3 m-Abschnitte kann der Gutachter durch einfache Hochrechnung zu Entschädigungsbeträgen gelangen, die dann z. B. näherungsweise für 4 m-Schadholzanteile gelten können. Allerdings ist diese einfache Vorgehensweise nicht genau mengenentsprechend, da durch den genannten einfachen Rechengang volumenmäßig eine Drittelung vorgenommen wurde, die keine Formigkeiten berücksichtigt. Hier können dann vor Ort ggf. gutachtliche Abzüge zur Anwendung kommen. Im Falle einer solchen Entschädigung ist allerdings in Anlehnung an KROTH, SINNER und BARTELHEIMER (1984) nur der Differenzbetrag, der sich aus der gesteigerten Faulhöhe von 4 m gegenüber 3 m ergibt, zum Zeitpunkt des neuen Schadens zu erstatten. Ansonsten ist die generelle Ausblendung von frischen Schälsschäden an bereits vorgeschädigten Bäumen auch ein Aspekt eines hier verfolgten vorsichtigen Bewertungsansatzes zur Herleitung von Schadensersatzbeträgen für Schälsschäden.

Die Ermittlung der Flächengröße ist ein weiterer vorbereitender Schritt zur abschließenden Bewertung, da die Angaben der Schälsschadenswerte in den entsprechenden Tabellen hektarbezogene Werte für eine 100 %ige Schädigung sind. Sie müssen im Zuge der Bewertung eines konkreten Einzelobjektes auf den tatsächlich betroffenen Anteil am Gesamtbestand umgerechnet werden.

Abschließend können die entsprechenden Schadenswerte nach Baumarten und Bonitätsniveau für jedes betroffene Alter ermittelt werden. Dabei sind die Werte ggf. auf das konkrete Alter des Schadeneintritts zu interpolieren, da die Tabellenwerte fünfjährig angegeben werden. Nach der bereits zuvor erwähnten, ggf. notwendig werdenden Korrektur der Werte auf den tatsächlichen volumenbezogenen Schadensanteil/ha erfolgt die Multiplikation dieser Hektarwerte mit der tatsächlich betroffenen Bestandesfläche.

Zusammenfassend gelten folgende Berechnungsschritte:

1. Schadensersatzbetrag/ha_(nach Baumart/Alter der Baumart bei Eintritt des Schadens/Bonitätsniveau) x Anteil neu geschälter Bäume_(= ± Anteil des geschädigten Holzvolumens/ha) x Flächengröße_(Gesamtfläche, auf die sich die Schälsschäden erstrecken, in ha) = Schadensersatzbetrag je Baumart
2. \sum aller Schadensersatzbeträge/Baumart = Gesamtschadensersatzbetrag für das Bewertungsobjekt

Einfaches Berechnungsbeispiel:

Ausgangsdaten:

Vollbestockter Fichtenbestand, 0. Bonität nach Ertragstafel von ASSMANN u. FRANZ (= o. Bn.), Entwertungszeitpunkt: Schälung im Alter 30 Jahre.

Nach Einschätzung weisen 5 % der Bäume (gleichmäßig auf alle Stärkebereiche verteilt) frische Schälsschäden auf einer Gesamtfläche von 5 ha auf.

Ergebnis:

Der resultierende Schadensbetrag beträgt laut der vorangehenden Tabelle der Entschädigungsbeträge für das Alter 30 4020 €/ha. Dieser Betrag gilt für einen vollbestockten Hektar und eine unterstellte vollflächige Schädigung (100 % Schälung). Da keine vollflächige Schälung vorliegt, ist der ermittelte Betrag entsprechend dem geschädigten Anteil zu reduzieren. Der solchermaßen ermittelte Betrag je Hektar ist mit der tatsächlichen Schadensfläche zu multiplizieren:

$$(1) \quad 4020 \text{ Euro/ha} \times 0,05 = 201 \text{ Euro/ha}$$

$$(2) \quad 201 \text{ Euro/ha} \times 5 \text{ ha} \times 1,0 \text{ B}^\circ = 1005 \text{ Euro Gesamtschadensersatzbetrag}$$

5 Zusammenfassung

Auf der Grundlage des Verfahrens zur Bewertung von Schälsschäden nach KROTH, SINNER und BARTELHEIMER (1984) wurden tabellarisch zusammengefasste Entschädigungsbeträge für Schälsschäden bei den Baumarten Fichte, Douglasie und Buche hergeleitet. Die Standardberechnung erfolgte unter Einbeziehung aktueller, landesspezifischer rheinland-pfälzischer Vorgaben.

Im Ergebnis können Schadensersatzbeträge/ha oder pro geschädigtem Stamm für die Baumarten Fichte, Douglasie und Buche ermittelt werden. Sie werden in Abhängigkeit eines Bonitätsniveaus und des Bestandesalters zum Zeitpunkt des Schadeintritts angegeben und fußen auf der Berücksichtigung interner Verzinsung. Die Tabellen können forstlichen Gutachtern als Hilfsmittel zur einfachen Schälsschadensbewertung angeboten werden, z. B. im Rahmen eines Vorverfahrens zur gütlichen Einigung.

Die ausgegebenen Schadenswerte beziehen sich stets auf eine vollflächige Schädigung durch frische Schälsschäden. Insofern ist es Aufgabe des Gutachters, diese Werte auf die tatsächlichen Sachverhalte (z. B. Anteile frischer Schälsschäden am Gesamtbestand) der zu begutachtenden Objekte zu übertragen.

Abstract

Actually a simple method assessing deer browsing and bark stripping in the forests of Rhineland-Palatinate or corresponding tables are not existing. So the aim of the project was to create such tables on the basis

- of a new procedure to value deer browsing, based on plant prices of tree-nurseries and in consideration of losses of increment, if young plants have browsing damages
- and to work out tables as a mean to value bark-stripping damages on the basis of the method of KROTH, SINNER and BARTELHEIMER (1984).

Tables for simplified valuation are presented. The task of forestry experts is to properly apply and to adapt the generalized values to the specific damage situations.

Beitrag aus Forst und Holz 5/2006, M. & H. Schaper GmbH

Quellen

- ASSMANN, E., FRANZ, F. (1963): Vorläufige Fichten-Ertragstafel für Bayern. Institut für Ertragskunde der Forstlichen Forschungsanstalt München. BERGEL, D. (1985): Douglasien-Ertragstafel für Nordwestdeutschland. Niedersächsische Forstliche Versuchsanstalt, Göttingen.
- ERWEITERTER SORTENTARIF in der z. Z. gültigen Fassung. FORSTTECHNISCHER STÜTZPUNKT ENTENPFUHL (2003): Rückentabellen FORSCHUNGSANSTALT FÜR WALDÖKOLOGIE UND FORSTWIRTSCHAFT RHEINLAND-PFALZ (2003): Vorläufige Referenztafeln für die Forsteinrichtung. Trippstadt. 56 S.
- FORSTLICHE VERSUCHS- UND FORSCHUNGSANSTALT BADEN-WÜRTTEMBERG (2002): Benutzerhandbuch Kalkulationsprogramm Holzernte, Version 6.1. Freiburg, 130 S.
- KROTH, W., SINNER, H.-U., BARTELHEIMER, P. (1984): Hilfsmittel zur Bewertung von Schälsschäden an Fichte und Buche. Allgemeine Forstzeitschrift, 39, Teil 1: Heft 5, S. 90-95 und Teil 2: Heft 6. S. 127-130.
- MINISTERIUM FÜR UMWELT UND FORSTEN RHEINLAND-PFALZ (2005): Holzerlösstatistik der Jahre 2000-2003. Aus: Jahresbericht der Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz 2001, 2002, 2003. Mainz.
- OESTEN, G., ROEDER, A. (2002): Management von Forstbetrieben. Band 1. Verlag Dr. Kessel, Remagen-Oberwinter. 364 S.
- SCHÖBER, R. (1967): Rotbuchen-Ertragstafel. In: Ertragstafeln wichtiger Baumarten, bearbeitet von R. SCHÖBER, Verlag J. D. Sauerländer, Frankfurt a. M.
- WIEDEMANN, E. (1936): Die Fichte. Mitteilung aus Forstwirtschaft und Forstwissenschaft.

Hinweis:

Ein Faltblatt mit den wesentlichen Tabellen, kurzen Erläuterungen und einfachen Beispielen zur Bewertung kann im Internet abgerufen werden unter www.uni-kl.de/fva/de/index.htm
FDK: 156.5 : 451.2

Forstassessor Dipl.-Forstwirt R. MOSHAMMER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Waldwachstum und Systemanalyse der TU München sowie freiberuflicher Forstsachverständiger. OFR W. SCHMITZ ist Referent für Privatwald in Rheinland-Pfalz und zudem forstlicher Gutachter in Wildschadensfällen. Prof. Dr. A. ROEDER ist Leiter der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz. FAM M. JOCHUM ist Sachbearbeiter in der Abt. Arbeitswirtschaft und Forstnutzung, die von Dr. M. BÜCKING* geleitet wird.

*Anschrift des korrespondierenden Autors:

FAWF Rheinland-Pfalz, Schloss, 67705 Trippstadt E-Mail: buecking@rhrk.uni-kl.de

Verbissbewertung nach dem Bayerischen Traktverfahren

Zielsetzung:

Der bayerische Staatswald ist unter Beachtung der Grundsätze einer naturnahen Forstwirtschaft vorbildlich zu bewirtschaften. Insbesondere sind standortgemäße, gesunde, leistungsfähige und stabile Wälder zu erhalten oder zu schaffen. Hierzu soll die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten durch eine auf einen artenreichen und gesunden Wildbestand ausgerichtete Bejagung im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglicht werden. (Damit kommt der zielgemäßen Verjüngung des Waldes eine Schlüsselrolle in unserem jagdlichen Handeln zu. Eine möglichst genaue Kenntnis der Verjüngungssituation ist die unabdingbare Voraussetzung für zielgerichtete forstliche und jagdliche Entscheidungen.

Das nachstehende Aufnahmeverfahren beschreibt hierzu eine einfache und praktikable Vorgehensweise, mit der eine fundierte Aussage über die Verjüngungssituation eines Forst- bzw. Jagdreviers (einschließlich verpachteter Staatsjagdreviere) getroffen werden kann.

Grundsätzliche Überlegungen zum Aufnahmeverfahren:

In den Verjüngungsbeständen werden permanente Aufnahmelinien (Trakte) festgelegt. So wird sichergestellt, dass über mehrere Jahre immer die gleichen Flächen aufgenommen werden. Die jährliche Wiederholungsaufnahme ermöglicht so genaue Aussagen zur Entwicklung der Verbissbelastung, zu Änderungen in der Baumartenverteilung und über die Höhenentwicklung der einzelnen Baumarten. Die Trakte werden örtlich erst geändert, wenn die Verjüngung dem Äser des Wildes entwachsen ist.

Auswahl der Verjüngungsbestände:

Vor Ort werden möglichst gemischte, standortgemäße Altbestände ausgesucht, die natürlich verjüngt werden. Soweit dies nicht möglich ist, können ersatzweise auch Bestände herangezogen werden, die künstlich (Pflanzung bzw. Saat) verjüngt werden. Die Bestände sollen gleichmäßig über das Revier verteilt sein und in Mittelgebirgslagen eine repräsentative Auswahl verschiedener Expositionen und Höhenlagen darstellen.

Dauerhaft vor Wildverbiss geschützte Flächen werden nicht aufgenommen. Der Verjüngungsbestand sollte mindestens zwei Hektar groß und auf einer Teilfläche von wenigstens 1.000 Quadratmetern verjüngt sein.

Anzahl der Trakte:

Bezugsebene für die Aufnahme ist der Distrikt. Unabhängig ob verpachtete Jagd oder Regiejagd wird in jedem Distrikt mindestens ein Trakt aufgenommen. Bei Distriktgrößen über 150 Hektar kommt je angefangene 150 Hektar Waldfläche ein weiterer Trakt hinzu.

Für die Aufnahme wird eine mindestens 40 und höchstens 60 Meter lange Linie im Gelände festgelegt. Die Aufnahmelinie sollte möglichst repräsentativ in der Verjüngungsfläche liegen. Verbiss-schwerpunkte, z. B. entlang von Einständen, sind ebenso zu meiden, wie wenig verbissbelastete Flächen, etwa entlang eines häufig frequentierten Weges. Verlauf und Länge des Traktes werden bei den Folgeaufnahmen nicht mehr geändert. Aus diesem Grund werden Beginn und Ende der Aufnahmelinie im Gelände dauerhaft markiert (z. B. farbige Markierung an Bäumen des Altbestandes, farbig markierte Pflöcke o. ä.).

Aufnahme Einzelbestand:

Auf dem Erhebungsbogen (Anlage 1) ist vor Beginn der ersten Aufnahme der Altbestand (soweit die Fläche noch überschirmt ist) und die gesamte Verjüngungsfläche kurz zu beschreiben. Bei der Verjüngungsfläche sind insbesondere die Baumartenanteile anzuschätzen. Unter „Sonstiges“ kann auf Besonderheiten - wie die Nähe einer Fütterung, mögliche Störungen des Wildes, Zäune etc. - hingewiesen werden. Der Lageplan ist so zu gestalten, dass der Aufnahmetrakt jederzeit im Gelände gefunden werden kann. Es hat sich bewährt, einen Ausschnitt der Forstbetriebskarte auf den Erhebungsbogen zu kleben oder zu kopieren.

Aufnahme Trakt:

Bei den Aufnahmen wird das Vier-Augen-Prinzip angewandt. Der zuständige Leiter des Forstreviers wird von einer weiteren Person (i. d. R. Waldarbeiter) unterstützt. Auf den Aufnahmeblättern sind die Namen der Beteiligten vorzutragen. Beide Aufnehmer unterzeichnen das Aufnahmeblatt (Anlage 2).

Die Traktbreite kann abhängig von der Zahl der einzelnen Verjüngungspflanzen je Baumart variiert werden. Bei einer ausreichenden Pflanzenzahl wird eine Breite von 30 Zentimeter gewählt. Sofern nötig, können Baumartengruppen (sonstiges Laubholz, Edellaubholz) gebildet werden. Es muss gewährleistet sein, dass mindestens 20 Pflanzen, möglichst jedoch 50 oder mehr Pflanzen je Baumart begutachtet werden. Bei Bedarf wird der Trakt auf eine Breite von maximal zwei Meter ausgeweitet. Im Einzelfall (z. B. flächige Fichtenverjüngung mit wenigen Tannen) kann der Trakt für die seltene Baumart auch nochmals verbreitert werden. In der Praxis hat es sich bewährt, mit einer horizontal gehaltenen Messlatte (Meterstab, Fluchtstab o. ä.) über den Aufnahmetrakt zu gehen und alle Pflanzen zu zählen, die sich in der gewählten Aufnahmebreite befinden.

Pflanzen unter 20 Zentimeter Höhe werden nicht aufgenommen. Alle erhobenen Daten werden in das Aufnahmeblatt (Anlage 2) eingetragen.

Die Durchschnittshöhen der einzelnen Baumarten werden angeschätzt. An allen Pflanzen eines Trakts wird erhoben, ob der Leittrieb seit Beginn der letzten Vegetationsperiode von Schalenwild verbissen wurde. Die Bildung eines Ersatzleittriebes bleibt solange unberücksichtigt, bis dieser die Führung übernommen hat. Unter Bemerkungen sind wesentliche Beobachtungen, die von der Aufnahme nicht erfasst werden, vorzutragen.

Die gesamte Aufnahmefläche wird nach Baumartenzusammensetzung und Entwicklung hinsichtlich des Verjüngungsziels beurteilt. Diese Einwertung ist auf dem Aufnahmeblatt zu dokumentieren.

Die Aufnahme ist abzuschließen, wenn die Verjüngung dem Äser entwachsen ist. Im Folgejahr ist dafür eine neue Probefläche anzulegen.

Zeitpunkt der Aufnahme:

Die Aufnahme wird jährlich vor Beginn der Vegetationsperiode durchgeführt.

Auswertung der Aufnahme:

Die Einzelaufnahmen werden anschließend in der EDV erfasst. Die Eingabe erfolgt vorerst an den Betrieben. Die notwendige Software wird zurzeit programmiert und soll bis Ende Mai 2006 bereitstehen.

Aus den erhobenen Daten werden die Anteile der jeweiligen Baumarten an der Verjüngung, die Dichte der Verjüngung (Pflanzen je Quadratmeter) sowie das Leittriebverbissprozent je Baumart errechnet.

Das Programm baut auf der Bezugsebene der Abteilungen auf und ermöglicht Auswertungen für den jeweiligen jagdlichen Verantwortungsbereich, das entsprechende Forstrevier oder verpachtete Staatsjagdrevier sowie für den einzelnen Forstbetrieb. Neben diesen Standardauswertungen wird der Export aller Daten in ein für individuelle Auswertungen verwendbares Format angeboten.

Die im Lauf der Jahre entstehende Zeitreihe bildet die Entwicklung des Leittriebverbisses sowie Änderungen in der Baumartenverteilung und der Höhenentwicklung der einzelnen Baumarten ab. Im Abgleich mit den waldbaulichen Zielen können daraus für den jeweiligen Verantwortungsbereich die entsprechenden forstlichen und jagdlichen Zielvereinbarungen abgeleitet werden.

IV. Zertifizierung

Zertifizierung im Wald

In den letzten Jahren lassen sich vermehrt Forstbetriebe zertifizieren. Ziel ist es Mindeststandards für eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Waldbewirtschaftung zu etablieren. Waldbesitzer die diese Ansprüche erfüllen erhalten ein Zertifikat und sind berechtigt das Zertifizierungszeichen zu führen. Eine unabhängige Prüfstelle kontrolliert die Einhaltung der Zertifizierungskriterien in der Waldbewirtschaftung.

Das Zertifikat soll es ermöglichen, nach den Standards erzeugtes Holz besser zu vermarkten. Im waldbaulichen Teil entspricht der deutsche Standard, weitgehend den heute akzeptierten Anforderungen an eine naturnahe Waldbewirtschaftung. Er sieht u.a. vor, dass auf Kahlschlag verzichtet wird und Naturverjüngung Vorrang hat. Reinbestände sollen langfristig in naturnahe Mischbestände umgewandelt werden. Dabei ist das Schalenwild so zu regulieren, dass dies ohne Hilfsmittel (Zäune, etc.) möglich wird.

In Deutschland treten z.Zt. zwei Zertifizierungssysteme auf. Dies sind PEFC (= Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council, weltweit).

Waldbesitzer die sich für eine Zertifizierung entscheiden, bekunden damit die Absicht, in Zukunft ihren Wald nach den entsprechenden Standards zu bewirtschaften.

FSC-Zertifizierung

Auswirkungen der FSC-Zertifizierung auf die Jagdnutzung im Kommunalwald

Von Dr. Stefan Schaefer,

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, Mainz

Der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (GStB) hat die Voraussetzungen für die FSC-Zertifizierung der kommunalen Forstbetriebe im Land geschaffen. Gegenwärtig beteiligen sich ca. 300 Kommunen mit einer Waldfläche von insgesamt knapp 88.000 ha an der FSC-Gruppenzertifizierung. Nicht die Baumartenwahl, der Biozidverzicht oder das Totholzkonzept bestimmen die Diskussion vor Ort, sondern die Auswirkungen auf die Jagdnutzung. Die FSC-Zertifizierung erweist sich dabei als ein wirksames Instrument, um die grundlegenden Zielbildungsprozesse auf forstbetrieblicher Ebene zu initiieren und zu lenken.

I. Einführung

Alle Gemeinden und Städte in Rheinland-Pfalz sind von Fragen des Jagdwesens berührt, insbesondere als Eigenjagdbesitzer und/oder als Mitglieder der Jagdgenossenschaften, durch die Übernahme der Verwaltung der Angelegenheiten für die örtliche Jagdgenossenschaft sowie als zuständige Behörde bei Verfahren in Wildschadenssachen. Die Kooperation zwischen Gemeinden und Jagdgenossenschaften ist traditionell sehr eng. In einer Vielzahl von Fällen ist der Ortsbürgermeister gleichzeitig Jagdvorsteher, die Kommune der größte Jagdgenosse in der Jagdgenossenschaft und die Verwaltungsgeschäfte werden gemäß § 7 Abs. 5 LJG von der Gemeinde auftragsweise für die Jagdgenossenschaft wahrgenommen. Jagdpachtanteile, welche die Jagdgenossen für den Wirtschaftswegebau zur Verfügung stellen, werden auf die beitragsfähigen Aufwendungen und Kosten angerechnet. Weit überwiegend haben die Kommunen gemäß § 5 Abs. 2 LJG auf die selbstständige Verpachtung ihrer kommunalen Eigenjagdbezirke (bis auf Widerruf) verzichtet. Diese Praxis kommt den Interessen der Jagdgenossenschaften sehr entgegen, weil die Kommunen überwiegend die jagdlich wertvollen Waldflächen in den gemeinschaftlichen Jagdbezirk einbringen. Fast 2.000 der 2.300 Gemeinden und Städte im Land besitzen Waldflächen. In der Summe handelt es sich um ca. 400.000 ha Körperschaftswald, dies entspricht fast 50 % der Waldfläche in Rheinland-Pfalz.

Der Gemeinde- und Städtebund ist der kommunale Spitzenverband, dem die kreisangehörigen Gemeinden und Städte sowie die Verbandsgemeinden auf freiwilliger Basis angehören. Er trägt der Einschätzung seiner Mitglieder bezüglich des Stellenwertes von Wald- und Jagdfragen dadurch umfassend Rechnung, dass er sich auch als kommunaler Waldbesitzerverband des Landes sowie als Interessenvertretung der kommunalen Eigenjagdbesitzer und Jagdgenossenschaften versteht. Der Gemeinde- und Städtebund veröffentlicht in seiner Verbandszeitschrift, seinem BlitzReport und seinen Nachrichtendiensten monatlich die neuesten Informationen zu den entsprechenden Themen, er führt vielerorts Seminarveranstaltungen durch und beantwortet Anfragen zu konkreten Einzelfällen.

II. Wildschäden am Wald

Gemäß § 1 Abs. 2 BJG muss die Wildhege so durchgeführt werden, dass Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung, insbesondere Wildschäden, möglichst vermieden werden. Nach § 21 Abs. 1 Satz 1 BJG ist der Abschuss des Wildes so zu regeln, dass die berechtigten Ansprüche der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft auf Schutz gegen Wildschäden voll gewahrt bleiben sowie die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege berücksichtigt werden. § 23 Abs. 4 LJG schreibt vor, dass den Erfordernissen des Waldbaues und der Steigerung der Holzerzeugung der Vorrang vor der zahlenmäßigen Hege derjenigen Wildarten zu geben ist, die den Waldaufbau schädigen können. Im Rahmen der gesetzlichen Grundpflicht „Ordnungsgemäße Forstwirtschaft“ haben die Waldeigentümer gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 Landeswaldgesetz auf Wilddichten hinzuwirken, die das waldbauliche Betriebsziel grundsätzlich ohne Maßnahmen zur Wildschadensverhütung erreichen lassen.

Die gesetzlichen Vorgaben besagen demnach eindeutig, dass im Konfliktfall die Belange der Forstwirtschaft Vorrang vor den Belangen der Jagd haben. Die Wilddichte soll durch die Ausübung der Jagd auf einem waldverträglichen Niveau gehalten werden. Die gesetzlichen Regelungen stellen eine Vorgabe für vertragliche Vereinbarungen dar.

Im Wald lebende Schalenwildarten verursachen zwangsläufig Schädigungen, die in „tragbarem Umfang“ hinzunehmen sind. Entscheidend ist die tolerierbare Schadensschwelle, die von der Gefähr-

dung bzw. Nicht-Gefährdung des waldbaulichen Betriebszieles bestimmt wird. Das waldbauliche Gutachten 2001 stellt den Einfluss des Schalenwildes auf das waldbauliche Betriebsziel dar und kommt zu folgenden landesweiten Ergebnissen:

- Rehwild
2.072 Jagdbezirke, 575.000 ha Wald wurden begutachtet. Die waldbaulichen Betriebsziele sind in 46 % der begutachteten Jagdbezirke gefährdet, in 5 % der Jagdbezirke erheblich gefährdet.

- Rotwild
922 Jagdbezirke, 314.000 ha Wald wurden begutachtet. Die waldbaulichen Betriebsziele sind in 21 % der begutachteten Jagdbezirke gefährdet, in 25 % der Jagdbezirke erheblich gefährdet.

Dies bedeutet, dass auf 51 % der untersuchten Waldflächen eine Gefährdung der waldbaulichen Betriebsziele durch Rehwild vorliegt und auf 46 % der untersuchten Waldflächen durch Rotwild. Als gesetzeskonform kann dieser Befund, der kaum Unterschiede gegenüber dem vorherigen waldbaulichen Gutachten aus dem Jahre 1999 zeigt, nicht angesehen werden.

Im Ergebnis ist demgemäß festzustellen, dass bei der Schalenwildbewirtschaftung vielerorts eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem gesetzlichen Auftrag und seiner praktischen Erfüllung besteht. Gravierende und fortwährende Wildschäden am Wald sind ein Ausdruck dafür, dass der Interessenausgleich zwischen den Grundeigentümern, den Jagdausübungsberechtigten und der Gesellschaft in der Praxis nicht oder nur unzureichend funktioniert.

Wildschäden am Wald konterkarieren aber auch das Bemühen der Waldbesitzer um eine Verbesserung der Betriebsergebnisse durch Rationalisierungsmaßnahmen. Obwohl Wildschäden am Wald nur teilweise in monetären Größen zu erfassen sind, werden vielfach finanzielle Größenordnungen erreicht, die den möglichen forstlichen Reinertrag erheblich mindern bzw. sogar völlig aufzehren. Schälschäden führen zu Mehraufwendungen und Vermögensverlusten in einer Größenordnung zwischen 100 und 200 Euro pro Hektar und Jahr, dauerhafte Verbissschäden zu betrieblichen Einbußen in einer Größenordnung zwischen 20 und 30 Euro pro Hektar und Jahr. Die finanziellen Schäden durch Schalenwild überschreiten in Waldrevieren demgemäß die Pachteinahmen häufig bei weitem.

III. Anforderungen der FSC-Zertifizierung

Der Gemeinde- und Städtebund bietet den kommunalen Waldbesitzern in Rheinland-Pfalz seit dem Jahre 1999 die Teilnahme an einer FSC-Gruppenzertifizierung an. Die Zertifizierung jedes einzelnen kommunalen Forstbetriebes wäre (bei einer Durchschnittsgröße von 200 ha) äußerst aufwendig und daher auch finanziell nicht tragbar. Grundvoraussetzung einer Teilnahme an der FSC-Gruppenzertifizierung ist die freiwillige Selbstverpflichtung des jeweiligen Waldbesitzers zur Waldbewirtschaftung im Sinne des „Deutschen FSC-Standards“. Bezüglich der Jagd sind die Vorgaben streng:

„Die Wildbestände sind so zu regulieren, dass die Verjüngung der Baumarten natürlicher Waldgesellschaften ohne Hilfsmittel möglich wird.“

Die FSC-Arbeitsgruppe Deutschland hat sich im Zuge der Richtlinienentwicklung nach intensiven Diskussionen bewusst für eine harte Formulierung entschieden. Die naturnahe Waldbewirtschaftung setzt zwingend angepasste Schalenwildbestände voraus. Die Zertifizierung ist allerdings nicht daran gebunden, dass der Betrieb die Anforderungen des FSC-Standards bereits heute erfüllt. Die Formulierung „... möglich wird“ zeigt, dass ein permanenter Entwicklungs- und Anpassungsprozess im Hinblick auf die Zielsetzung erfolgen muss. Entscheidend sind die vom Waldbesitzer unternommenen Schritte in die richtige Richtung. Dabei ist selbstverständlich die jeweilige einzelbetriebliche Situation zu berücksichtigen, z.B. ob die Kommune ein überstimmbares Mitglied in der Jagdgenossenschaft ist oder als Eigenjagdbesitzer handelt bzw. handeln könnte. Im Einzelfall können Schutzmaßnahmen gegen Wildschäden auch in Zukunft unverzichtbar sein. Dies gilt insbesondere für die Baumart Eiche und Edellaubbaumarten oder in Fällen, in denen auf Grund der Feld-Wald-Verteilung auch geringe Wildbestände erhebliche Schäden am Wald verursachen können.

Die im Auftrag des Gemeinde- und Städtebundes tätigen Zertifizierungsunternehmen erteilen im Rahmen der FSC-Gruppenzertifizierung Auflagen hinsichtlich der Jagdnutzung. Der Gemeinde- und Städtebund als Gruppenvertretung muss deren Umsetzung innerhalb vorgegebener Fristen gewährleisten. Im Zuge der jährlichen Überwachungsaudits durch die Zertifizierungsunternehmen wird überprüft, ob die erteilten Auflagen umgesetzt worden sind. Ferner erfolgt auf Stichprobenbasis eine Begutachtung in einzelnen zertifizierten Forstbetrieben.

Der Gemeinde- und Städtebund als Gruppenvertretung verpflichtet die Kommunen, die an der Zertifizierung teilnehmen, die folgenden Anforderungen zur Umsetzung der FSC-Vorgaben zu beachten:

- Der zentrale Indikator für die örtliche Wildschadenssituation sind die Ergebnisse der waldbaulichen Gutachten.
- Die Entwicklung der gezäunten Waldfläche wird in einem Zaunkataster dokumentiert und jährlich fortgeschrieben. Weisergatter geben weitere Hinweise zur Florenentwicklung und zur Entmischung von Baumarten.
- Der kommunale Waldbesitzer setzt sich aktiv für den Vorrang der Waldbewirtschaftung und für angepasste Wildbestände ein. Er unternimmt alle erforderlichen und im Rahmen seiner Möglichkeiten stehenden Schritte, um eine etwaige Gefährdung der waldbaulichen Betriebsziele zu reduzieren. In einem Informationsgespräch wird dem Jagdpächter, ggf. unter Beteiligung des zuständigen Forstamtes, die eindeutig formulierte Eigentümerzielsetzung für den Kommunalwald erläutert. Dieses Informationsgespräch und die entsprechende Niederschrift sind zwingende Voraussetzungen für die Teilnahme an der Gruppenzertifizierung.
- Die waldbesitzende Kommune, der Jagdpächter und der zuständige Forstamtsleiter/Revierleiter erörtern in regelmäßigen Abständen die Wildschadenssituation sowie jagdwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Maßnahmen zur Vermeidung von Waldwildschäden.
- Die Gestaltung des künftigen Jagdpachtvertrages trägt den Anforderungen der FSC-Zertifizierung Rechnung und orientiert sich insoweit am Muster des Gemeinde- und Städtebundes. Vor Vollzug einer Neuverpachtung (bzw. Vertragsverlängerung) ist der Jagdpachtvertrag dem Gemeinde- und Städtebund vorzulegen.
- Der kommunale Waldbesitzer wendet die Sanktionsmöglichkeiten des Jagdpachtvertrages bei Bedarf konsequent an.
- Weist das waldbauliche Gutachten eine erhebliche Gefährdung der waldbaulichen Betriebsziele aus, führt der kommunale Waldbesitzer den körperlichen Nachweis für die betreffende Schalenwildart gemäß § 23 Abs. 4 LJG ein.

Alle diesbezüglichen Aktivitäten und Entwicklungen werden nachvollziehbar dokumentiert und damit der internen und externen Überprüfung zugänglich gemacht. Schriftliche Begründungen sind insbesondere auch dann erforderlich, wenn im Einzelfall die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Instrumente nicht genutzt wurden bzw. nicht genutzt werden konnten.

IV. Auswirkungen der FSC-Zertifizierung

Die Diskussionen in den Kommunalparlamenten über die Teilnahme an der FSC-Gruppenzertifizierung werden nicht von der Baumartenwahl, dem Biozidverzicht oder dem Totholzkonzept bestimmt, sondern fast ausschließlich von den Auswirkungen der Zertifizierung auf die Jagdnutzung. Die FSC-Zertifizierung erweist sich in der Praxis als ein Instrument, das die kommunalen Waldbesitzer im Konfliktfeld „Wald-Schalenwild“ zwingt, sich eindeutig zu positionieren.

Häufig werden von den Waldbesitzern ganz unterschiedliche Ziele verfolgt und scheinbar auch in Übereinstimmung gebracht:

- Eine naturnahe Waldbewirtschaftung,
- eine hohe Jagdpachtzahlung als bedeutende und beständig eingehende Einnahmeposition,
- ein gutes Einvernehmen mit dem Jagdpächter als einer oft wichtigen örtlichen „Instanz“.

Während grundlegende Zielkonflikte zwischen Grundeigentümern und Jagdpächtern in der Natur der Sache liegen, werden Zielkonflikte innerhalb der Grundeigentümerposition sehr häufig tabuisiert. Einer unbequemen Wahrheit will man nicht ins Auge sehen: Es ist nicht möglich, einen niedrigen, waldverträglichen Wildbestand zu erreichen und gleichzeitig die maximal mögliche Jagdpachteinnahme zu realisieren. Im Ergebnis können aber geringere Jagdpachteinnahmen in Verbindung mit der konsequenten Erfüllung sachgerecht festgesetzter Abschüsse (und damit verminderter Waldwildschäden) auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der richtige Weg sein. Diese Langzeitbetrachtung stellt allerdings hohe Anforderungen an die in der Tagespolitik tätigen Entscheidungsträger.

Die Ergebnisse der für die Zertifizierungsunternehmen tätigen unabhängigen Forstleute haben bislang häufig verschleierte Zielkonflikte im Kommunalwald offen gelegt. In zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten wurde ein grundlegender Zielbildungsprozess ausgelöst. Eine klare Eigentümerentscheidung wird unumgänglich. Sie ist in nicht wenigen Kommunen durchaus auch gegen die FSC-Zertifizierung und damit zugunsten der langjährig praktizierten Jagdnutzung ausgefallen. Andere kommunale Waldbesitzer haben sich hingegen verpflichtet, eine „Jagdwende“ einzuleiten. Dabei spielen zweifellos auch die kritischen Diskussionen in der Öffentlichkeit und in der regionalen Presse sowie der Vergleich mit beispielgebenden Kommunen in der näheren Umgebung eine Rolle. Der gesellschaftspolitische Diskussionsprozess, der über die Anforderungen an eine nachhaltige Waldbewirtschaftung entstanden ist, hat also auch Auswirkungen auf die Jagdnutzung im Kommunalwald.

V. Umsetzungsstrategien

Für den Gemeinde- und Städtebund ergibt sich aus der dargestellten Entwicklung die Aufgabe, den kommunalen Waldbesitzern Wege zur Zielerreichung aufzuzeigen. Die Grundsatzentscheidung „Selbstnutzung der Jagd oder Jagdverpachtung?“, die vormals überhaupt nicht thematisiert wurde, ist nunmehr auch Gegenstand der Diskussion. Dabei wird in Einzelfällen durchaus die Meinung vertreten, dass nur durch einen Verzicht auf die Jagdverpachtung die Eigentümerziele im Konfliktfeld „Wald-Schalenwild“ effizient umgesetzt werden können.

Bei der Jagdverpachtung werden Ortsnähe und Eignung zu entscheidenden Auswahlkriterien hinsichtlich der Jagdpachtinteressenten. Mit der Auswahl eines einheimischen Jägers treffen die Grundeigentümer häufig eine für ihren Wald gute Entscheidung, die aber gleichzeitig einen Verzicht auf die maximal realisierbare Jagdpachteinnahme bedeutet.

Für den Gemeinde- und Städtebund steht das Bemühen um waldfreundliche Jagdpachtverträge im Mittelpunkt. Jagdpachtverträge sind zivilrechtliche Verträge, die den Vertragsparteien einen weiten Gestaltungsspielraum eröffnen. Der Gemeinde- und Städtebund hat einen Muster-Jagdpachtvertrag herausgegeben, der nach Maßgabe der örtlichen Besonderheiten verändert werden kann und soll. Die Zertifizierungsunternehmen haben den Muster-Jagdpachtvertrag als geeignete Umsetzungsstrategie im Rahmen der FSC-Zertifizierung anerkannt.

Die Regelungen zum Wildschadensersatz sind ein zentraler Bestandteil des Muster-Jagdpachtvertrages. Die Wirkung der einzelnen Vertragsinhalte ergänzt sich in Kombination, wie die folgende Übersicht zeigt:

Ziele

- Den Jagdpächter zu einer waldfördernden und waldfreundlichen Bejagung anhalten.
- Das Entstehen von Waldwildschäden möglichst verhindern (präventive Wirkung).

Maßnahmen

- Jährlicher Waldbegang zur Waldwildschadenssituation.
- Festlegung der Hauptbaumarten.
- Wildschadensersatz im gesetzlichen Umfang.
- Waldwildschadensverhütungspauschale.
- Einwirkungsmöglichkeit auf die Abschussplanung.
- Körperlicher Nachweis zur Abschusskontrolle.
- Kopplung zwischen Umfang der Abschusserfüllung, Gefährdungsgrad des waldbaulichen Gutachtens und einer Vertragsstrafe.
- Vorzeitiges Kündigungsrecht bei mangelhafter Abschusserfüllung.

VI. Folgerungen

1. Zwischen dem gesetzlichen Auftrag, nämlich Waldwildschäden zu vermeiden, und seiner praktischen Erfüllung besteht vielerorts eine erhebliche Diskrepanz. Insoweit ergibt sich unverändert Handlungsbedarf.
2. Die FSC-Zertifizierung erweist sich im Kommunalwald von Rheinland-Pfalz als wirksames Instrument, um die grundlegenden Zielbildungsprozesse auf forstbetrieblicher Ebene zu initiieren und zu lenken.
3. Vertragliche Regelungen sind primär danach zu beurteilen, ob sie dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden.
4. Die Instrumentarien zur Zielerreichung sind weitgehend vorhanden. Ihre individuelle, an den örtlichen Erfordernissen orientierte Anwendung ist geboten.
5. Die kommunalen Waldbesitzer werben hinsichtlich der FSC-Zertifizierung und ihrer Auswirkungen um Akzeptanz auf Seiten der Jägerschaft. Deren aktive Mitwirkung ist für die Umsetzung von großer Bedeutung.

Zertifizierung nach PEFC:

Standards für Deutschland

4. Biologische Vielfalt in Waldökosystemen

4.11 Angepasste Wildbestände sind Grundvoraussetzung für naturnahe Waldbewirtschaftung im Interesse der biologischen Vielfalt. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wirkt der einzelne Waldbesitzer auf angepasste Wildbestände hin.

- (a) Wildbestände gelten dann als angepasst, wenn die Verjüngung der Hauptbaumarten ohne Schutzmaßnahmen möglich ist und erhebliche, frische Schälsschäden an den Hauptbaumarten nicht großflächig auftreten.
- (b) Alle sinnvollen rechtlichen Möglichkeiten (z.B. Geltendmachung von Wildschäden) sind auszuschöpfen.
- (c) Leitfaden 5

Der Waldbesitzer soll auf der Grundlage der vegetationskundlichen Gutachten (soweit vorhanden) und durch jährliche Waldbegänge auf angepasste Wildbestände hinwirken.

Eigenjagdbezirke – in eigener Regie

Dem Eigenjagdbesitzer ist es durch die Gestaltung der Abschussfestsetzung weitestgehend möglich, selbst auf angepasste Wildbestände hinzuwirken. Sollten die Rahmenbedingungen (Insellage, Wildbestände in den Nachbarrevieren) trotz entsprechender Bemühungen nicht den erwarteten Erfolg bringen, ist dies dem Zertifizierer glaubwürdig darzustellen. Das Wildschadensrisiko kann auch durch geeignete Bejagungsmethoden gesenkt werden.

Verpachtete Eigenjagdbezirke

Die Jagdpächter werden vom Waldbesitzer über das in den PEFC-Standards definierte Ziel („Hauptbaumarten ohne Schutz“) und über die sich daraus ergebenden Maßnahmen informiert. Ersatz für auftretende Wildschäden wird geltend gemacht.

In den neu abzuschließenden Jagdpachtverträgen dienen beispielsweise folgende Maßnahmen zur Erfüllung der PEFC-Vorgaben:

1. Jährlicher Waldbegang
2. Festlegung der Hauptbaumarten
3. Wildschadensersatz im gesetzlichen Umfang
4. Durchsetzung angemessener Abschussplanung
5. Vertragsstrafe bei Nicht-Erfüllung des Abschusses unterhalb einer bestimmten Schwelle (z. B. 80%) in Abhängigkeit vom Gefährdungsgrad des vegetationskundlichen Gutachtens
6. Vorzeitiges Kündigungsrecht bei mangelhafter Abschusserfüllung

Verpachtete gemeinschaftliche Jagdbezirke

Jagdgenossen, die sich zur Einhaltung der PEFC-Standards verpflichtet haben, sollen gegenüber dem Zertifizierer dokumentieren, dass sie in geeigneter Weise (schriftlich oder mündlich im Rahmen der Versammlung der Jagdgenossenschaft) versucht haben, auf die Abschussfestsetzung und die Gestaltung von Jagdpachtverträgen nach o.g. Vorgaben Einfluss zu nehmen, dass sie ggf. Wildschäden geltend gemacht haben und sie auf einen jährlichen Waldbegang hingewirkt haben.

Leitlinien für nachhaltige Waldbewirtschaftung zur Einbindung des Waldbesitzers in den regionalen Rahmen

(gültig ab dem 01.01.2006)

V. Anhang

Jagdbetrieb der Gemeinde Hümmel

Die Gemeinde Hümmel/Nordosteifel besitzt einen 743 ha großen Forstbetrieb, der zu je etwa 50% aus Nadel- und Laubwald besteht. Wie viele Betriebe wurde auch dieser 1984 und 1990/Folgejahre durch Stürme stark geschädigt und geriet im Wirtschaftsergebnis in die roten Zahlen. Vorkommende Schalenwildarten sind Reh-, Rot- und Schwarzwild. Die Fläche der Gemeinde (Wald/Feld insgesamt 1480 ha) teilt sich auf vier Jagdbezirke auf.

Ausgangslage 1993:

Alle vier Jagdbezirke sind herkömmlich verpachtet; die Flächen der Gemeinde sind mit Ausnahme eines 85 ha Eigenjagdbezirkes genossenschaftlich mitverpachtet.

Die vertraglichen Einflussmöglichkeiten sind gleich null, die Wildschäden dagegen astronomisch hoch: durchschnittlich 20% frische Schälsschäden und ein Verbiss, der selbst die unattraktive Baumart Fichte nicht ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen lässt.

Die Folge: minderwertige Jungbestände mit hohen Fäuleanteilen durch Rotwildschäle, vergasende Windwurfflächen, auf denen jeder Baum zurückgebissen wird.

Das Jahr 1995:

Die Gemeinde beschließt nach Besichtigung zweier Privatforstbetriebe, ihre Waldwirtschaft auf naturgemäße Methoden umzustellen. Dazu gehören auch konsequente Schritte in Richtung Jagd:

Zunächst wird die Jagdgenossenschaft dazu gebracht, auf die Pächter bezüglich eines höheren Abschusses einzuwirken. Gleichzeitig werden die Jagdbehörden mit Nachdruck aufgefordert, die Abschüsse erheblich heraufzusetzen.

Die Aufwendungen zur Verhütung von Wildschäden sind, insbesondere zur Sicherung der naturgemäßen Waldwirtschaft, auf astronomische 70.000,- Euro pro Jahr gestiegen.

1995-1998:

etwa 20 Sitzungen mit Gemeinderat, Jagdgenossenschaftsvorstand und Jagdpächter sind erforderlich, um endlich die Wende einzuleiten: Der erste von vier Pächtern schließt vor Ablauf des alten Pachtvertrages einen neuen zu folgenden Konditionen ab:

- gemeinsame Aufstellung des Abschussplanvorschlags, der sich an der Schadenssituation orientiert (ständiger Anstieg bis zur spürbaren Schadensabsenkung) mit jährlichem Waldbegang
- körperlicher Nachweis zu 100% bei Reh- und Rotwild
- Konventionalstrafe und Kündigungsmöglichkeit bei Untererfüllung unter 85%
- keine Fütterung im Wald ohne Genehmigung durch die Gemeinde (bisher keine Genehmigung!)
- Hauptholzarten sind alle heimischen Laubbäume sowie alle wesentlichen Nadelhölzer

- dafür wird keine Wildschadenspauschale und -verhütungspauschale erhoben.

1998-2003:

Etwa 15 Sitzungen der Gemeinde mit verschiedenen Gremien weiter und folgender Entwicklung:

Die Schäden sinken rasch ab. Inzwischen sind drei Pächter auf den neuen Vertrag umgestiegen (ansonsten wäre eine Ausschreibung der ablaufenden Jagden erfolgt); der vierte Jagdbezirk (85 ha) wird ab 2003 als Eigenjagd in Regie bewirtschaftet.

Die Schälsschäden gingen von 20 % auf etwa 2% zurück, der deutlich geringere Verbiss ermöglicht größtenteils schon den Nadelhölzern sowie der Buche eine störungsfreie Verjüngung. Die Schutzmaßnahmen gingen auf null zurück; alle Zäune werden abgebaut.

In den drei verpachteten Jagden ist die Situation aber noch nicht endgültig zufrieden stellend, so dass dort weiterhin auf hohem Niveau gejagt werden muss (in diesem Jagdjahr 23 Stck Rehwild sowie 3 Stck Rotwild je 100 ha Waldfläche).

In der kleinen Regiejagd sind für 2003/2004 40 Stück Rehwild sowie 7 Stück Rotwild geplant (= 47 Stück Rehwild sowie 8 Stück Rotwild/100 ha Waldfläche). Hier möchte die Gemeinde innerhalb eines Jahres die Schadenssituation komplett bereinigen. Hierzu hat sie die Jagdleitung auf den zuständigen Revierleiter übertragen und einen 53 ha großen Pirschbezirk ausgewiesen. Zusätzlich werden Bürger beteiligt und einige Einzelabschüsse verkauft.

Die Untere Jagdbehörde hat allerdings für zwei Jahre nur 32 Stück Rehwild genehmigt, so dass Ende 2003 nachbeantragt werden muss.

Dies hat im Umfeld schon zu Entrüstungstürmen geführt; im Grenzbereich wird nun besonders viel von den angrenzenden Pächtern geschossen, wohl um nichts „abgeben“ zu müssen. Die Wildschäden gehen dadurch natürlich wesentlich rascher zurück, die geplanten Abschüsse werden so allerdings zu harter Arbeit.

Finanziell hat sich der jahrelange Kraftakt aber gelohnt:

Nur durch die Umstellung der Jagd hin zu angepassten Schalenwildbeständen konnte zur naturgemäßen Waldwirtschaft übergegangen werden, und das Defizit im Forsthaushalt hat sich von zeitweise bis zu minus 75.000,- Euro in ein Plus von 10.000,- Euro mit steigender Tendenz verwandelt!

Peter Wohlleben, Leiter des Forstreviers Hümmel, Eifel

Jagdbetrieb der Hatzfeldt-Wildenburg'schen Verwaltung:

Der Hatzfeldt-Wildenburg'sche Waldbesitz liegt im nordöstlichsten Teil von Rheinland-Pfalz, er wird begrenzt vom Bergischen Land im Westen, dem Sauerland im Norden, dem Rothaargebirge im Osten und dem Westerwald im Süden.

Die Betriebsfläche beträgt 7.600 ha, davon entfallen 7.050 ha auf Wald. Die verbleibenden 550 ha repräsentieren landwirtschaftliche Flächen, unbewirtschaftete Bachtäler und weitere, für den Naturschutz und Artenschutz interessante Bereiche. Die Forstverwaltung umfasst 5 Reviere mit durchschnittlich 1.500 ha Größe.

Der Betrieb liegt im Wuchsgebiet/Wuchsbezirk Siebergland/Mittelsiebergland. Ausgangsmaterial zur Bodenbildung sind Devonische Schiefer, Grauwacke, Tonschiefer, Quarzite und selten diluvialer Decklehm. Es entwickelten sich überwiegend podsolige Braunerden aus sandigem Lehm. Die Nährstoffversorgung ist mittel bis mäßig.

Bei einer Höhenlage von 150 bis 470 m ü. NN und 1200 mm Niederschlag im Jahresmittel ist das Klima atlantisch bis subatlantisch mit mäßig warmen, regenreichen Sommern und milden, niederschlagsreichen Wintern.

Das Waldkleid wird zu über 60% durch Nadelhölzer (90% Fichte) bestimmt, den Rest der Fläche bedecken Laubwälder aus Buche und Eiche. Das Edellaubholz spielt eine untergeordnete Rolle.

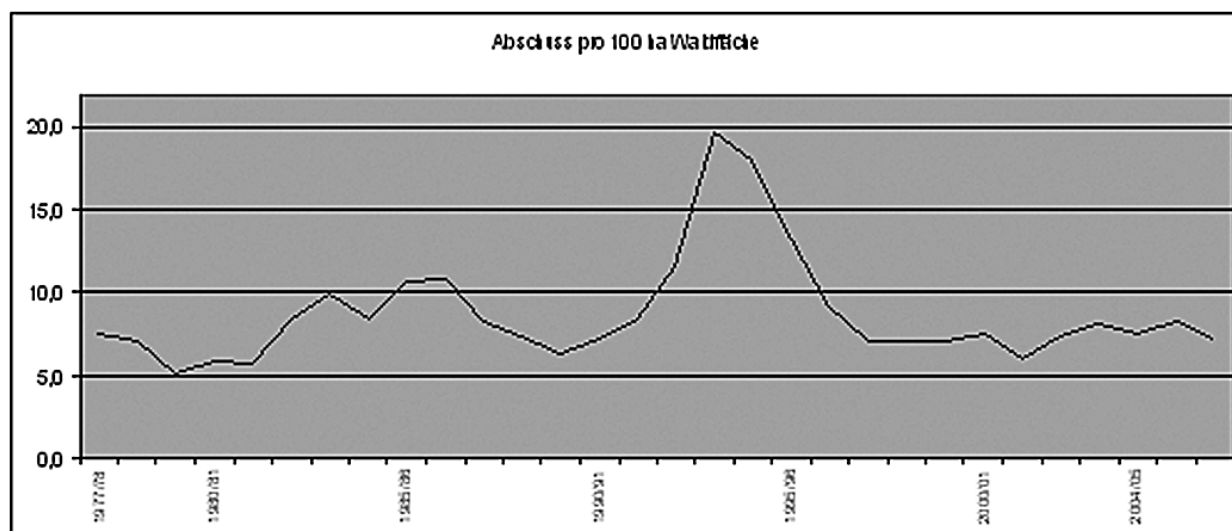
Die Altersstruktur zeigt einen deutlichen Überhang in der II bis IV Altersklasse.

Der Holzeinschlag wird maßgeblich durch Kalamitäten beeinflusst. Durch die Stürme 1990 mit anschließender Borkenkäferkalamität entstanden ca. 600 ha Kahlflächen. Die Waldbestände sind aufgerissen, Verjüngung aus Birke, Vogelbeere, Fichte und bei Vorhandensein von Samenbäumen auch Eiche und Buche stellt sich überall ein. Die „Verunkrautung“ der Bestände ist zahm und behindert die Verjüngung nur selten.

Der Betrieb wird nach den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft bewirtschaftet und befindet sich seit mehreren Jahren in der Umstellungsphase. Er ist nach FSC und PEFC zertifiziert.

Die Jagd ist ein wesentlicher Eckpfeiler zur Erreichung der waldbaulichen Ziele (Aufbau standortgerechter, stabiler Mischbestände mit hohen Wertvorräten). Die Gesamtjagdfläche ist geschlossen und beträgt 10.389 ha, davon entfallen 5.962 ha auf die Verwaltungsjagd, die von 12 entgeltlichen Jagderlaubnisscheininhabern und 36 unentgeltlichen Jagderlaubnisscheininhabern bejagt werden, während 4.427 ha verpachtet (13 Reviere) sind. An Schalenwildarten kommen Rehwild und Schwarzwild als Standwild, Damwild und Rotwild als Wechselwild vor. 1993 wurde der Rehwildabschuss deutlich erhöht und liegt jetzt bei ca. 8 Stck./100 ha Wald.

Entwicklung des Rehwildabschlusses Regiejagd



Ausschlaggebend für die Abschusshöhe ist in den Pachtrevieren und der Verwaltungsjagd der Vegetationszustand. Die Erreichung des Waldbauzieles darf nicht gefährdet werden.

Die Pachtreviere:

In den Pachtrevieren findet alljährlich vor der Abschussfestsetzung ein Revierbegang statt, wobei die jagdliche und waldbauliche Situation beleuchtet und schriftlich festgehalten wird. Angesprochen und beurteilt werden u.a. Vegetationszustand sowie jagdliche Erschließung (Hochsitze, Drückjagdstände).

In den vergangenen Jahren wurden alle Pachtverhältnisse gelöst, wenn mit dem Pächter kein Einvernehmen über die notwendige Abschusshöhe erzielt werden konnte und kein Umdenken erkennbar war. Bewährte Pächter erhielten neue Pachtverträge zu günstigeren Konditionen mit klaren Forderungen und der Kündigungsmöglichkeit im Falle der Nichtbeachtung. Zu den Vorgaben gehören die Definition der Hauptbaumarten, der körperliche Nachweis, die Regelung der Fütterung sowie die Möglichkeit des Eingreifens, wenn der Abschuss bis zum 31.12. des Jahres nicht bis zu 95% erfüllt wurde. Die Pächter kommen aus der näheren Umgebung und haben keine längeren Anfahrtswege. Pächter und Verwaltung bilden eine „Hegegemeinschaft“, zweimal jährlich findet unter Vorsitz von Graf Nicolaus Hatzfeldt eine Versammlung statt, auf der aktuelle Jagdfragen erörtert und die neuesten Informationen ausgetauscht werden. Zudem werden die einzelnen Reviere gemeinschaftlich bereist und Erfahrungen ausgetauscht. Ende Oktober/Anfang November finden mit den Pächtern Bewegungsjagden auf der gesamten Forstamtsfläche statt. Pächter und Verwaltung arbeiten eng zusammen, Jagdneid und egoistisches Revierdenken treten zurück. Die verstärkte Arbeit mit den Jagdpächtern hat sich bewährt und führt zu gemeinschaftlichem Denken und Handeln.

Die Regiejagd:

Innerhalb der Verwaltung herrscht ein mehrstufiges Jagdsystem. Die gesamte Jagdfläche ist an entgeltliche und unentgeltliche Jagderlaubnisscheinnehmer verteilt. Darüber hinaus bejagt der Revierleiter alle Regiejagdflächen in seinem Revier. Ab September werden in jedem Revier regelmäßig Sammelansitze und Bewegungsjagden unter Beteiligung revierloser Jäger und des eigenen Stamms an Jagdmitarbeitern durchgeführt. Die unentgeltlichen Jagdmitarbeiter übernehmen in ihrem Zuständigkeitsbereich alle jagdhandwerklichen Tätigkeiten wie Bau von Reviereinrichtungen etc.. Weiterhin werden sie zum Beheben von Schwarzwildschäden, zu Treiber- und Zerwirkdiensten herangezogen. Die entgeltlichen Jagderlaubnisscheininhaber sind von diesen Diensten befreit. Das Entgelt richtet sich nach den Revierverhältnissen und liegt zwischen 3.— Euro/ha und 5.— Euro/ha. Das erlegte Wildbret muss der Verwaltung abgekauft werden. Die Abschusshöhe wird im Jagderlaubnisschein geregelt. Es besteht jederzeit die Möglichkeit der Auflösung sowie des Eingreifens durch Forstpersonal, wenn der Abschuss nicht erfüllt wird. Die entgeltlichen Jagderlaubnisscheininhaber werden zu Gesellschaftsjagden eingeladen und am Betriebsgeschehen beteiligt. Jagd ist Teamarbeit! Die Pirschbezirke werden durch die Revierleiter festgelegt. Jeder Jagderlaubnisscheininhaber erhält somit räumliche Zuständigkeit und Verantwortung. Alle Jagdmitarbeiter kommen aus der näheren Umgebung, so dass sie häufig im Revier präsent sein können. Durch Übertragung von Verantwortung wird der Revierleiter im Jagdbetrieb entlastet.

Auch wenn die Erbeutung eines Stückes Rehwild immer schwieriger wird und manche Durststrecke zu durchstehen ist, ist eine hohe Motivation innerhalb der Jagdmitarbeiter zu spüren. Der Betrieb bedankt sich für Einsatz und Engagement durch uneingeschränkte Freigabe. Innerhalb der jagdgesetzlichen Bestimmungen sowie den betrieblichen Vorgaben hat der Erlaubnisscheininhaber freie Büchse.

Einmal im Jahr lädt Graf Hermann Hatzfeldt alle Jagdmitarbeiter zu einem Essen ein, das Jagdjahr wird durchleuchtet und besonders verdiente Erlaubnisscheininhaber hervorgehoben. Zwischen den Jagdmitarbeitern findet ein reger Austausch statt, hinderliches Revierdenken soll vermieden werden.

Analyse des Jagdbetriebes:

Die Hatzfeldt'sche Verwaltung verfügt über eine moderne EDV-Anlage. Jedes Forstrevier ist mit einem PC ausgestattet und mit dem Forstamt vernetzt. Neben der Erfassung des abschussplanpflichtigen Wildes und der Meldung an die Untere Jagdbehörde ist der Betrieb jederzeit in der Lage, das umfangreiche Datenmaterial schnellstmöglich und zielführend auszuwerten sowie auf Schwachstellen zu reagieren. Der Einzelabschuss wird vom Revierleiter erfasst und direkt auf dem Forstamtsserver eingegeben.

Das Abschussergebnis der Pächter wird über die Verwaltung an die Untere Jagdbehörde gemeldet. Der dreijährige Abschussplan für Rehwild wird für die Hegegemeinschaft aufgestellt. Damit entfällt für die Pächter die Abschussmeldung an die Untere Jagdbehörde. Nachbeantragungen sind nur dann notwendig, wenn der Gesamtabschuss in der Hegegemeinschaft übertroffen wird. Innerhalb der Hegegemeinschaft ist damit eine höhere Flexibilität gegeben.

Auswertung der Jagdjahre 95/96 bis 04/05:

In den letzten zehn Jahren wurden auf der Regiejagdfläche 3.579 Stück Rehwild erlegt. Der Abschuss gliederte sich wie folgt:

Rehwild	BI Böcke > 1 Jahr	BII Jährlinge	BK Bockkitze	R Ricken	S Schmalrehe	RK Rickenkitze
1995/96	28	103	70	102	153	110
1996/97	19	89	46	70	154	57
1997/98	6	73	30	45	119	44
1998/99	15	81	43	49	120	29
1999/00	22	80	32	46	115	40
2000/01	11	92	35	41	116	42
2001/02	15	55	30	29	110	24
2002/03	12	69	38	40	120	26
2003/04	23	91	39	43	123	38
2004/05	12	73	36	65	111	30
Summe:	163	806	399	530	1241	440
Prozent	5%	23%	11%	15%	35%	12%

Die Auswertung zeigt einen hohen Abschuss in der Jugendklasse. Die optimale Klassenverteilung ergibt sich, obwohl in den Hatzfeldt'schen Wäldern kein Ausleseabschuss praktiziert wird. Es herrscht der klare Grundsatz: Zahl vor Wahl.

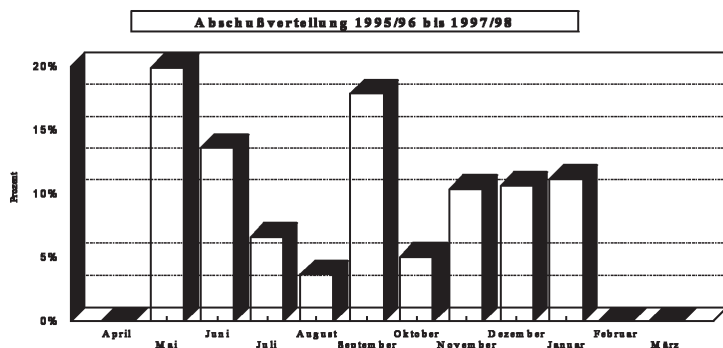
In der Verwaltungsjagd wurden in den letzten zehn Jahren 443 Stück Schwarzwild erlegt.

Schwarzwild:	Keiler:	Bachen:	Überläufer:	Frischlinge:
1995/96	4	3	17	29
1996/97	4	3	25	42
1997/98		1	6	16
1998/99	1	1	10	8
1999/00	3		18	25
2000/01	2		9	21
2001/02	7	3	25	49
2002/03	4	1	7	18
2003/04	5	4	28	31
2004/05	1		7	5
Summe:	31	16	152	244
Prozent	7%	4%	34%	55%

Aufgrund hoher Grünlandschäden wurde das Schwarzwild scharf bejagt, Leitbachen waren jedoch stets zu schonen.

Aufteilung nach Jagdarten (Regiejagd) 95/96 bis 97/98:

Auf der Einzeljagd wurden 899 Stück Rehwild erlegt. Dies entspricht 68 % des Abschusses. 26% des Rehwildes wurde auf Bewegungsjagden geschossen. Schwarzwild wurde zu 81 % auf Drückjagden erlegt, 16 % kamen auf der Einzeljagd zur Strecke. Das Schwarzwild findet im hiesigen Raum günstige Lebensbedingungen. Der Kirretrieb wird aus ökologischen Gründen sehr extensiv betrieben. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass nur wenige Stücke an der KIRRung geschossen werden. Meist räumt das Schwarzwild die KIRRungen bei schlechten Sichtverhältnissen, so dass kein Abschuss möglich ist. In Mastjahren werden die KIRRungen nur sehr sporadisch angenommen.



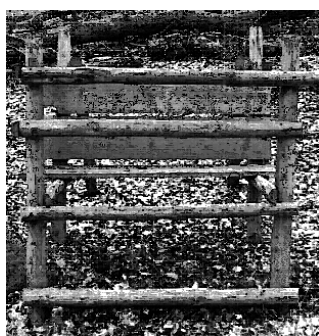
Die Abschussverteilung beim Rehwild pro Monat zeigt die folgende Abbildung:

Die monatliche Abschussverteilung untermauert die Aussagen erfahrener Rehwildjäger.

Schlussfolgerungen:

Das neue Jagdsystem in der Hatzfeldt-Wildenburg'schen Verwaltung wird seit 1993 konsequent praktiziert. Die Jagd dient der betrieblichen Zielsetzung. Sie stellt den wesentlichen Hebel zur Erreichung des Waldbauzieles dar. Die Jagd ist seitdem schwieriger geworden und verlangt von allen Jagdbeteiligten Können, Ausdauer und jagdhandwerkliches Geschick. Um das hohe Abschusssoll jedes Jahr aufs Neue zu erreichen, müssen alle Jagdinstrumente im Rahmen der jagdgesetzlichen Bestimmungen ausgenutzt werden. Das Jagen orientiert sich an den Lebensgewohnheiten des Wildes. Die Einzeljagd ist vor allem zu Anfang der Jagdzeit viel versprechend. Im Mai, Juni sind die Böcke territorial und die Schmalrehe noch sicher anzusprechen. Schmalrehe werden konsequent bejagt, der Anteil an der Jahresstrecke steigt deutlich mit abnehmender Rehwildldichte. Die Auswertungen zeigen, dass das Frühjahr konsequent zum Abschuss genutzt werden muss. Wer meint, bis zur Blattzeit mit der Jagd warten zu können, hat sich getäuscht. Der eine oder andere Bock wird zwar noch gestreckt, das Versäumte im Frühjahr kann jedoch nicht nachgeholt werden! Mit Aufgang des weiblichen Wildes steigt die Strecke wieder deutlich. Böcke werden bis zum 15.10. kaum noch erlegt. Je nach Witterungsverhältnissen kann man im Oktober ausspannen und sich und dem Wild eine Ruhepause gönnen. Wenn das Laub gefallen ist, das Wild verfärbt hat und die ersten Fröste kommen, beginnt die Drückjagdsaison. Bis dahin sollte der Abschuss bis zu 60 % erfüllt sein. Bei guter Witterung (Frost, klarer Himmel) war der Jagderfolg am höchsten. Die Jagdstrecken waren im gleichen Jagdabschnitt je nach Wetterverhältnissen daher oft unterschiedlich.

So kam es vor, dass auf derselben Fläche bei der ersten Jagd nur 3 Stücke Rehwild und bei der zweiten 15 Stücke Rehwild zur Strecke kamen. Bejagt werden je nach Ausgangslage zwischen 200 ha und 300 ha, die mit mehreren Hunde- und Treibergruppen beunruhigt werden. Jede Gruppe erhält einen bestimmten Revierteil zugeteilt, der mehrmals getrieben wird, um das Wild in Bewegung zu halten. Neben der Witterung spielt die Wahl der Hunde eine wesentliche Rolle für Erfolg oder Misserfolg der Jagd. Bei uns kommen überwiegend lautjagende Hunde zum Einsatz (Bracken, Teckel, Terrier). Es gibt aber auch einige Vorstehhunde (spurlaute), die sich bewährt haben. Am besten ist eine Mischung aus kurzjagenden und weitjagenden, ausdauernden Hunden, die unbedingt spurtreu sein müssen, da man die Rehe sonst nicht aus den großen Naturverjüngungskomplexen bekommt. Mittlerweile haben sich zahlreiche Jagdpächter und Jagdgehilfen Stöberhunde zugelegt. Die Hunde kennen sich und sind miteinander eingejagt. Die Schützen erhalten feste Stände. Im übersichtlichen, hängigen Gelände mit ausreichendem Kugelfang genügen einfache Erdschirme, ansonsten stehen Drückjagdkanzeln oder drückjagdtaugliche Leitern zur Verfügung (s.a. Abb.).



Die festen Einrichtungen erleichtern das Anstellen und geben dem Schützen die notwendige Sicherheit. Die Treiben dauern 2 bis 3 Stunden, so dass zwei Treiben an einem Tag gemacht werden können.

Bisher war der Januar ein weiterer guter Jagdmonat. Um den Jagddruck zu mindern ist es Ziel, auf die Jagd im Januar zu verzichten und den Abschuss bis Dezember zu erfüllen. Dazu ist es erforderlich, die jagdlichen Rahmenbedingungen zu ändern: Die Bockjagdzeit muss der des weiblichen Wildes angepasst werden. Der bußgeldbewehrte Bockabschuss ab dem 15. Oktober hindert viele Jäger am Schuss bei Drückjagden, da gute Schusspositionen zum Ansprechen genutzt werden müssen. Aus wildbiologischer Sicht ist einer Jagdzeitverlängerung auf den Bock nichts entgegenzusetzen, und macht wildbiologisch mehr Sinn als die Jagd zur Blattzeit. Wer den Bock nicht schießen möchte, muss dies weiterhin nicht tun. Bewegungsjagden gewinnen in naturgemäß bewirtschafteten Wäldern zunehmend an Bedeutung. Die Verjüngung nimmt immer größere Flächen ein und macht die Bejagung schwieriger, daher muss der Schrotschuss auf Rehwild diskutiert werden. Der Kugelschuss in unübersichtlichem Gelände bei kleinflächigen Strukturen birgt große Gefahren.

Der ganze Wald hält eine abwechslungsreiche Äsung aus Brombeere, Himbeere und zahlreichen Kräutern bereit. Das Wild bewegt sich kaum noch. Intensiv genutztes Grünland ist für das Rehwild uninteressant und verliert an jagdlicher Bedeutung.

Seit 1993 wurde die Jagd in der Hatzfeldt'schen Verwaltung intensiviert. Der Verbiss ist deutlich zurückgegangen, so dass nicht mehr gezäunt werden muss. Sonstige Schutzmaßnahmen sind ebenfalls nicht erforderlich.

Um diesen Weg weiterhin erfolgreich gehen zu können, müssen angesprochene Barrieren abgebaut werden. Der anspruchsvolle Abschuss erfordert professionelle Jäger und einen verstärkten Hundeeinsatz.

Thomas Boschen, Revierleiter bei der Hatzfeldt - Wildenburg'schen Verwaltung

Muster Jagdpachtvertrag

des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz

Der folgende Musterpachtvertrag beinhaltet aus unserer Sicht die Mindestanforderungen eines Jagdpachtvertrages, der die Anliegen der Grundbesitzer/ Waldbesitzer optimal sichert.

J a g d p a c h t v e r t r a g

über den gemeinschaftlichen (Teil)Jagdbezirk/(Teil)Eigenjagdbezirk*

.....
als Hochwildrevier/Niederwildrevier*

Zwischen der Jagdgenossenschaft/dem Eigenjagdbesitzer*

vertreten durch

(Verpächter)

und

1. in

2. in

3. in

(Pächter)

wird im Wege der

- öffentlichen Ausbietung durch mündliche Versteigerung*
- öffentlichen Ausbietung durch Einholung schriftlicher Gebote*
- freihändigen Vergabe*
- Verlängerung des laufenden Pachtverhältnisses*

folgender Pachtvertrag geschlossen:

*Nichtzutreffendes streichen

Muster des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz; Tel.: 06131-2398100, Fax: 06131-2398139; Internet-Adresse: <http://www.gstbrp.de>
Inhaltlicher Stand: 01.09.1998. Alle Rechte vorbehalten.

§ 1

Pachtgegenstand

- (1) Der Verpächter verpachtet dem Pächter die gesamte Jagdnutzung auf den zum gemeinschaftlichen (Teil)Jagdbezirk/(Teil)Eigenjagdbezirk* gehörenden Grundstücken, soweit sie nicht durch § 2 des Vertrages von der Verpachtung ausgeschlossen ist. Die Verpachtung erfolgt ohne Gewähr für die Größe und Ergiebigkeit der Jagd.
- (2) Flächen, die nicht zum Jagdbezirk gehören, aber irrtümlich mitverpachtet sind, gelten als nicht mitverpachtet. Flächen, die irrtümlich bei der Verpachtung ausgeschlossen sind, gelten als mitverpachtet. Der Pachtpreis (§ 5) erhöht oder ermäßigt sich insoweit gemäß der bejagbaren Fläche (§ 2 Abs. 4). Die Pachtpreisanpassung kann erst vom Zeitpunkt der Geltendmachung an durch eine der beiden Vertragsparteien verlangt werden.
- (3) Der Pächter kann den Vertrag mit halbjähriger Frist auf das Ende des Pachtjahres kündigen, wenn die bejagbare Fläche des Jagdbezirkes (§ 2 Abs. 4) um mehr als 1/5 größer oder kleiner geworden ist.

§ 2

Grenzen des Jagdbezirk

- (1) Die Grenzen des verpachteten Jagdbezirk werden wie folgt beschrieben:

.....

.....

Der dem Vertrag beiliegende Lageplan ist Bestandteil des Vertrages.

(2) Gesamtgröße ha.

(3) Befriedete Fläche ha.

(4) Bejagbare Fläche somit ha.

Diese Fläche gliedert sich in ca. ha Waldfläche, in ca. ha Feldfläche und ca. ha Gewässerfläche.

§ 3

Grenzänderung

- (1) Infolge Abrundung oder anderweitiger Grenzziehung treten ab folgende Flächen zum Jagdbezirk hinzu:

.....

- (2) Infolge Abrundung oder anderweitiger Grenzziehung scheiden ab folgende Flächen aus dem Jagdbezirk aus:

.....

- (3) Der Pachtpreis (§ 5) erhöht oder ermäßigt sich ab diesem Zeitpunkt gemäß der Änderung der bejagbaren Flächen. Das dem Pächter in § 1 Abs. 3 gewährte Kündigungsrecht steht ihm in diesem Falle nicht zu.

- (4) Hört der Jagdbezirk infolge Ausscheidens einer Grundfläche auf, ein selbständiger Jagdbezirk zu sein, so erlischt der Pachtvertrag.

§ 4

Pachtzeit

- (1) Die Pachtzeit beginnt am und wird auf Jahre festgesetzt. Die Pachtzeit endet somit am

- (2) Das Pachtjahr beginnt am 01.04. und endet am 31.03. eines jeden Kalenderjahres.

§ 5

Pachtpreis

- (1) Der Pachtpreis wird auf Euro, in Buchstaben: Euro, jährlich festgesetzt. Er ist jährlich im voraus bis zum dritten Werktag eines jeden Pachtjahres vom Pächter porto- und bestellgeldfrei an die Gemeinde-/Stadt-/Verbandsgemeinde-Kasse* in, Konto-Nr.:, BLZ:, bei der zu überweisen.

- (2) Im Falle des Zahlungsverzuges sind vom Pächter Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem bei Eintritt des Verzugs geltenden Basiszinssatz zu leisten. Dem Pächter steht der Nachweis offen, daß ein Zinsschaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger entstanden ist.

- (3) Mehrere Pächter haften als Gesamtschuldner. Sie haften für den Pachtpreis nebst etwaigen Verzugszinsen sowie für alle sonstigen durch das Pachtverhältnis begründeten Verpflichtungen, auch wenn die Zuwiderhandlungen von Beauftragten oder Jagdgästen begangen worden sind.

- (4) Ist die Pachtzeit nicht auf volle Jahre festgesetzt, so wird der Pachtpreis für die vor dem ersten Pachtjahr liegende Zeit auf volle Monate nach oben aufgerundet errechnet und ist unverzüglich nach Mitteilung des errechneten Betrages zu zahlen. Abs. 2 gilt entsprechend.

- (5) Eine Minderung des jährlichen Pachtpreises gem. § 581 BGB i.V. mit § 536 Abs. 1 und Abs. 2 BGB ist ausgeschlossen, wenn die Minderung weniger als 20 % des jährlichen Pachtpreises betragen würde. Dies gilt nicht beim Ausscheiden von bejagbaren Flächen aus dem Jagdbezirk.
- (6)* Beide Vertragsparteien erklären sich bereit, alle drei Jahre, und zwar erstmals am, die Höhe des Pachtpreises unter Berücksichtigung der in diesem Zeitpunkt geltenden Kaufkraftverhältnisse, ausgedrückt durch den Index der Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, zu überprüfen und in Form eines Nachtragsvertrages einen neuen Pachtpreis zu vereinbaren.

[ALTERNATIVE]

- (6)* Der Pachtpreis erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Index der Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (Basisjahr). Maßgeblich ist das Verhältnis zwischen dem Stand am (..... Punkte) und dem Stand am 1. Februar vor dem jeweiligen Fälligkeitstag.
- (7) Die Jagdsteuer wird zusätzlich von der zuständigen Behörde erhoben. Der Jagdpächter trägt die Jagdsteuer in vollem Umfang.
- (8) Als Sicherheit zur Erfüllung der Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus dem Vertrag hat der Pächter eine unbefristete selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines inländischen Kreditinstitutes in Höhe des jährlichen Pachtpreises beim Verpächter mit Beginn der Pachtzeit zu hinterlegen. Die Bankbürgschaft ist unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung, der Aufrechnung und der Vorausklage (§§ 770, 771 BGB) zu übernehmen. Die Bankbürgschaft wird dem Pächter nach Ablauf des Pachtvertrages und nach Erfüllung aller Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus dem Vertrag zurückgegeben.

§ 6 **Jagderlaubnisscheine**

- (1) Der Pächter darf gemäß § 11 Abs. 4 LJG höchstens unentgeltliche Jagderlaubnisscheine ausgeben.
- (2) Die Bestellung eines Jagdaufsehers bedarf – auch hinsichtlich der Person – der vorherigen Zustimmung des Verpächters.
- (3) Hat der Jagdpächter seinen Hauptwohnsitz nicht in der Gemeinde, in deren Bereich der verpachtete Jagdbezirk liegt, oder in einer angrenzenden Gemeinde, so hat er mit Abgabe des unterschriebenen Jagdpachtvertrages an den Verpächter eine Person zu benennen, die in besagtem Bereich wohnt, Inhaber eines Jagdscheines und in der Lage ist, unaufschiebbare Maßnahmen durchzuführen. Dieser Person muß ein unentgeltlicher Jagderlaubnisschein erteilt werden.
- (4) Der Pächter hat dem Verpächter die Erteilung von unentgeltlichen Jagderlaubnisscheinen hinsichtlich Anzahl und Umfang mitzuteilen. Der Verpächter kann, innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung, im Einzelfall Einwendungen erheben. In der Folge ist der Pächter verpflichtet, den unentgeltlichen Jagderlaubnisschein zu widerrufen.
- (5) Die Erteilung entgeltlicher Jagderlaubnisscheine bedarf der vorherigen Zustimmung des Verpächters und der Anzeige bei der Unteren Jagdbehörde. Der Pächter hat einen entgeltlichen Jagderlaubnisschein im Einzelfall auf Verlangen des Verpächters zu widerrufen, wenn sich für den Verpächter hierfür nachträglich ein wichtiger Grund ergeben hat.
- (6) Die Weiterverpachtung, Unterverpachtung oder sonstige Übertragung der Jagdausübung ist ausgeschlossen.
- (7) Der einzelne Jagderlaubnisschein bedarf der Schriftform und muss stets widerruflich sein. Er ist nur gültig, wenn er von sämtlichen Pächtern unterschrieben und vom Verpächter gegengezeichnet ist.
- (8) Diese Regelungen gelten nicht für die Erlaubnis von Einzelabschüssen sowie für die Teilnehmer an Gesellschaftsjagen.

§ 7 Wildschadensersatz

Im gemeinschaftlichen Jagdbezirk*:

- (1) Der Pächter hat für den innerhalb seines Jagdbezirkes entstehenden Wildschaden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen Ersatz zu leisten.
- (2) Sonderkulturen im Sinne von § 32 Abs. 2 BJG sind:

.....

.....

Hauptholzarten im Sinne von § 32 Abs. 2 BJG sind:

.....

- (3) Der Pächter ist zum Wildschadensersatz auf ungeschützten Sonderkulturen nicht/in nachstehendem Umfang* verpflichtet:

.....

.....

Im Eigenjagdbezirk*:

- (1) Der Pächter ist dem Verpächter oder dem Nutznießer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken des Verpächters sowie den Eigentümern, Nutznießern oder Nutzungsberechtigten der angegliederten Grundstücke zum Wildschadensersatz in dem Umfang, der gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in gemeinschaftlichen Jagdbezirken zu ersetzen ist, verpflichtet.
- (2) Sonderkulturen im Sinne von § 32 Abs. 2 BJG sind:

.....

Hauptholzarten im Sinne des § 32 Abs. 2 BJG sind:

.....

- (3) Der Pächter ist den in Abs. 1 genannten Ersatzberechtigten zum Wildschadensersatz auf ungeschützten Sonderkulturen nicht/in nachstehendem Umfang* verpflichtet:

.....

§ 8 Verhütung von Wildschäden am Wald

- (1) Zur Beurteilung der Wildschadenssituation findet jährlich zu Beginn des Jagdjahres ein Waldbegang statt, an dem beide Vertragsparteien teilnehmen und zu dem der zuständige Forstamtsleiter/Revierleiter eingeladen wird. Der Waldbegang dient insbesondere der Erörterung der Wildschadenssituation sowie jagdwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Maßnahmen zur Vermeidung von Waldwildschäden. Im Sinne dieser Zielsetzung verpflichten sich die Vertragsparteien zu einer engen und kooperativen Zusammenarbeit bei der Wildbewirtschaftung, um einen Interessenausgleich von Waldwirtschaft, Wildbiologie, Wildhege und der Jagdausübung zu erzielen.
- (2) Zur Abgeltung der Ausgaben zur Verhütung von Wildschäden an forstlich genutzten Grundstücken zahlt der Jagdpächter neben der Flächenpacht eine jährliche Wildschadensverhütungspauschale. Die Wildschadensverhütungspauschale beträgt: für ha Gemeindewald á Euro/ha = insgesamt Euro/Jahr.

Die Wildschadensverhütungspauschale dient zur Abdeckung der Gesamtaufwendungen (Material-, Lohn-, Sozial- und Unternehmerkosten), die durch Flächenschutz (Zaun- und Gatterbau einschließlich Kontrolle, Reparaturen und Abbau) und durch Einzelschutz gegen Verbiss, Fegen, Schlagen und Schälen entstehen. Auf Verlangen des Pächters hat der Verpächter jeweils gesondert für die erste und die zweite Hälfte der Pachtzeit den Nachweis zu erbringen, dass die innerhalb der genannten Zeiträume jeweils insgesamt gezahlte Pauschale zweckbestimmt und in voller Höhe zur Verhütung von Wildschäden verwendet wurde. Dabei ist für beide Perioden jeweils auf das ganze Jagdjahr aufzurunden. Wird das Pachtverhältnis vorzeitig beendet, ist der Nach-

weis auf Verlangen des Pächters zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung des Pachtverhältnisses zu erbringen. Wenn die Ausgaben nach Satz 1 für den Nachweiszeitraum geringer sind als die Pauschalbeträge, wird der Differenzbetrag dem Pächter erstattet. Höhere Ausgaben gehen zu Lasten des Verpächters. Der Antrag auf Erbringung des Nachweises ist frühestens einen Monat vor dem Ende der ersten Hälfte bzw. dem Ende der Pachtdauer und ist spätestens einen Monat nach Ablauf der genannten Zeiträume zu stellen.

- (3) Für Waldflächen anderer Grundeigentümer gelten, sofern von den Grundeigentümern nicht die Regelung nach Abs. 2 gewünscht wird, die gesetzlichen Bestimmungen über den Ersatz von Wildschäden in Verbindung mit § 7 Abs. 1 des Vertrages.
- (4) Die Regelungen in § 5 Abs. 1 bis 3 des Vertrages gelten entsprechend.
- (5) Der Pächter verpflichtet sich, die im Bereich des Jagdbezirkes vorhandenen und neu entstehenden eingezäunten Forstkulturen laufend von zu Schaden gehendem Wild freizuhalten. Wird solches Wild innerhalb der Kulturgatter festgestellt, so ist der Pächter verpflichtet, das Wild innerhalb von 24 Stunden nach mündlicher oder fernmündlicher Aufforderung aus der umzäunten Fläche zu vertreiben oder im Rahmen der Jagdzeiten und des Abschussplanes zu erlegen. Kommt der Pächter dieser Aufforderung innerhalb der Frist nicht nach, so hat der Verpächter das Recht, auf Kosten des Pächters die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen.
- (6) Der Verpächter kann vom Pächter die vorrangige Bejagung des Schalenwildes in den in Verjüngung stehenden Waldbeständen verlangen.

§ 9 Abschussregelung

- (1) Der Pächter hat dem Verpächter bis 01.03. jeden Jahres, für Rehwild grundsätzlich alle drei Jahre, den Abschussplanvorschlag zur Herstellung des Einvernehmens zwischen Pächter und Verpächter vorzulegen. Der Pächter ist verpflichtet, Vorschläge des Verpächters zur Abschussplanung in den Abschussplanvorschlag an die Untere Jagdbehörde aufzunehmen.
- (2) Wird das Einvernehmen zwischen Pächter und Verpächter über den Abschussplan nicht erzielt, so behält sich der Verpächter besondere Anträge zum Abschussplan an die Untere Jagdbehörde vor.
- (3) Der Pächter hat den von der Unteren Jagdbehörde bestätigten oder festgesetzten Abschussplan in vollem Umfang zu erfüllen. Erfüllt der Pächter den von der Unteren Jagdbehörde bestätigten oder festgesetzten Abschussplan nicht, so behält sich der Verpächter unbeschadet des Kündigungsrechtes gem. § 13 Abs. 2a des Vertrages vor, bei der Unteren Jagdbehörde die entsprechende Erhöhung des Abschusses im Folgejahr oder die Anordnung des entsprechenden Abschusses durch Dritte auf Kosten des Pächters zu beantragen.
- (4) Der Pächter ist verpflichtet, dem Verpächter jederzeit auf Verlangen den von der zuständigen Jagdbehörde bestätigten oder festgesetzten Abschussplan und die Abschussliste vorzulegen. Der Verpächter ist außerdem berechtigt, bei der Unteren Jagdbehörde jederzeit Auskünfte über den Stand der Erfüllung des bestätigten oder festgesetzten Abschussplanes einzuholen.
- (5) Die Wildnachweisung für das jeweils abgelaufene Jagdjahr ist bis spätestens 01.04. jeden Jahres dem Verpächter zur Weiterleitung an die Untere Jagdbehörde zu überlassen.
- (6) Verlangt der Verpächter gem. § 23 Abs. 4 LJG den körperlichen Nachweis des erlegten Schalenwildes (mit Ausnahme von Schwarzwild) für die Dauer eines oder mehrerer Pachtjahre, ist das Wild nach der Erlegung unverzüglich vor dem Verbringen aus dem Revier vom Pächter oder seinem Beauftragten einer vom Verpächter bestimmten Person vorzuzeigen. Der Verpächter kann weitere Anordnungen zur Durchführung des körperlichen Nachweises treffen.
- (7) Erfüllt der Pächter den bestätigten oder festgesetzten Einjahres-Abschussplan für eine Schalenwildart nicht zu mindestens 80 % oder den bestätigten oder festgesetzten Dreijahres-Abschussplan für Rehwild insgesamt nicht zu mindestens 80 % oder in der Weise nicht, dass das jährliche Abschuss-Soll des dreijährigen Abschussplanes um mehr als 20 % unterschritten wird, so hat er an den Verpächter eine Vertragsstrafe zu zahlen. Die Höhe der Vertragsstrafe ist abhängig vom Gefährdungsgrad des Waldbaulichen Gutachtens, das jeweils zum 01.04. des betreffenden Jagdjahres Gültigkeit besitzt:

Bei Gefährdungsgrad „Nicht gefährdet“	= Euro pro Pachtjahr,
bei Gefährdungsgrad „Gefährdet“	= Euro pro Pachtjahr,
bei Gefährdungsgrad „Erheblich gefährdet“	= Euro pro Pachtjahr.

Die Vertragsstrafe kommt nicht zur Anwendung, wenn der Pächter trotz dauernder und nachgewiesener Bemühungen den Abschussplan nicht erfüllen konnte.

§ 10

Beeinträchtigungen, Haftung

- (1) Der Verpächter haftet nicht für Personen- und Sachschäden, die dem Pächter oder sonstigen jagdausübenden Personen bei der Jagd oder durch die Bewirtschaftung der Grundstücke entstehen. Der Haftungsausschluss bezieht sich auch auf durch Fahrlässigkeit des Verpächters verursachte Schäden. Der Pächter ist nicht berechtigt, die Art der Nutzung oder der Bewirtschaftung der Grundstücke zu beanstanden.
- (2) Der Pächter haftet für Zuwiderhandlungen gegen die durch den Vertrag begründeten Verpflichtungen auch dann, wenn die Zuwiderhandlungen von seinen Beauftragten, Erlaubnisscheininhabern, Jagdaufsehern oder Jagdgästen begangen worden sind.
- (3) Anordnungen der Unteren Jagdbehörde nach § 27a LJG hat der Pächter ohne Entschädigungsanspruch Folge zu leisten.
- (4) Der Pächter ist berechtigt, im Falle von schuldhaft rechtswidrigen Verletzungen des Jagdausübungsrechts im eigenen Namen Schadensersatz vom Verursacher zu verlangen sowie die Beseitigung und Unterlassung rechtswidriger Störungen oder Behinderungen bei der Jagdausübung von dem Verursacher zu verlangen.

§ 11

Jagdeinrichtungen

- (1) Der Pächter darf Jagdeinrichtungen nur mit vorheriger Zustimmung des jeweiligen Grundstückseigentümers errichten. Ggf. erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen für Jagdeinrichtungen hat der Pächter zu veranlassen.
- (2) Der Bau und die Erweiterung von Jagdhütten bedürfen der Absprache mit dem Verpächter.
- (3) Der Pächter ist für die Sicherheit der vorhandenen Jagdeinrichtungen verantwortlich. Ausgediente oder unsicher gewordene Jagdeinrichtungen sind abzubauen und zu entsorgen. Der Pächter stellt den Verpächter von allen Ansprüchen Dritter frei, die sich aus der Benutzung der Jagdeinrichtungen ergeben.
- (4) Jagdeinrichtungen sind vom Pächter unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung des Pachtverhältnisses zu entfernen, falls nicht der nachfolgende Jagdausübungsberechtigte die Jagdeinrichtungen übernimmt. Kommt der Pächter seiner Verpflichtung nicht nach, gehen die Jagdeinrichtungen mit dem Ende der Dreimonatsfrist entschädigungslos in das Eigentum des Verpächters über. Außerdem ist der Verpächter nach Ablauf der genannten Frist berechtigt, die Jagdeinrichtungen auf Kosten des Pächters und unter Verwendung der Sicherheitsleistung (§ 5 Abs. 8) entfernen und beseitigen zu lassen.
- (5) Die Benutzung der Wege innerhalb des Jagdbezirkes durch den Pächter, seine Beauftragten, Erlaubnisscheininhaber, Jagdaufseher und Jagdgäste mit Fahrzeugen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Regelungen der Wegeeigentümer. Der Verpächter haftet nicht für die Benutzbarkeit der Wege.

§ 12

Vorzeitige Kündigung

- (1) Der Verpächter kann den Pachtvertrag vor Ablauf der Pachtzeit fristlos kündigen, wenn
 - a) der Pächter den Bedingungen des § 6 des Vertrages trotz einmaliger Abmahnung zuwiderhandelt,
 - b) der Pächter wegen eines Verbrechens oder wegen eines Jagdvergehens nach dem Strafgesetzbuch rechtskräftig verurteilt ist,
 - c) der Pächter, seine Beauftragten, Erlaubnisscheininhaber, Jagdaufseher oder Jagdgäste den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen über die Ausübung der Jagd wiederholt oder gröblich zuwiderhandeln,
 - d) der Pächter trotz schriftlicher, nach Fälligkeit erfolgter Mahnung mit der Bezahlung des Gesamtpachtpreises oder eines nicht unerheblichen Teils länger als 4 Wochen im Verzug ist,
 - e) der Pächter eine eidesstattliche Versicherung gemäß § 807 ZPO abgegeben hat sowie nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens des Pächters.

- (2) Der Verpächter kann den Pachtvertrag vor Ablauf der Pachtzeit fristlos zum Ende des Pachtjahres kündigen, wenn
- a) der Pächter den bestätigten oder festgesetzten Einjahres-Abschussplan für eine Schalenwildart in zwei aufeinander folgenden Jagdjahren nicht zu mindestens 80 % erfüllt hat oder den bestätigten oder festgesetzten Dreijahres-Abschussplan für Rehwild insgesamt nicht zu mindestens 80 % oder in der Weise nicht erfüllt hat, dass er das jährliche Abschuss-Soll des dreijährigen Abschussplanes zweimal um mehr als 20 % unterschreitet,
 - b) der Pächter entgegen der gesetzlichen bzw. behördlichen Bestimmungen Schalenwild füttert oder kirrt.
- (3) Der Verpächter kann den Pachtvertrag mit halbjähriger Frist zum Ende des Pachtjahres kündigen, wenn der Pächter mit der Erfüllung einer rechtskräftig festgesetzten Verpflichtung zum Ersatz des Wildschadens auf einem zum Jagdbezirk gehörenden Grundstück länger als drei Monate im Verzug ist.
- (4) Im Falle einer Kündigung auf Grund von Abs. 1, 2 oder 3 hat der Pächter die Kosten einer erneuten Verpachtung zu tragen. Darüber hinaus bleibt er verpflichtet, den Pachtpreis für die Vertragsdauer bis zu dem Zeitpunkt weiter zu bezahlen, zu dem die Jagd erneut verpachtet wird oder angemessen verpachtet werden könnte. Kann der Jagdbezirk nur zu einem niedrigeren Pachtpreis als bisher wieder verpachtet werden, so hat der Pächter in jedem Fall den Preisunterschied für die von ihm vereinbarte Vertragsdauer an den Verpächter zu entrichten.
- (5) Der Verpächter ist berechtigt, die Sicherheitsleistung (§ 5 Abs. 8) für die in Abs. 4 genannten Zwecke zu verwenden.
- (6) Im Falle der Insolvenz finden die §§ 108 bis 110 der Insolvenzordnung entsprechende Anwendung.

§ 13

Tod des Pächters

Stirbt der Pächter vor Ablauf der Pachtzeit, so erlischt der Pachtvertrag mit Ablauf des Jagdjahres, in dem der Tod des Pächters eingetreten ist. Vom Tod des Pächters bis zum Ablauf des Jagdjahres haben die Erben des Pächters eine jagdpachtfähige Person zu benennen, die in den Vertrag anstelle des verstorbenen Pächters eintritt. Erfolgt dies nicht oder nicht rechtzeitig, so kann der Verpächter auf Kosten der Erben angestellte Jäger mit der Jagdausübung beauftragen.

§ 14

Mitpächter

- (1) Stirbt ein Mitpächter im Laufe der Pachtzeit oder ist dieser Pachtvertrag aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen im Verhältnis zu einem Pächter gekündigt oder erloschen, so kann der Verpächter den Pachtvertrag gegenüber den übrigen Mitpächtern innerhalb einer Frist von drei Monaten auf das Ende des laufenden Pachtjahres kündigen. Das gleiche Kündigungsrecht haben die beteiligten Mitpächter gegenüber dem Verpächter.
- (2) Wird der Pachtvertrag gem. Abs. 1 nicht gekündigt, so sind die verbleibenden Mitpächter berechtigt, den Anteil des ausgeschiedenen Mitpächters einem neuen Mitpächter mit Zustimmung des Verpächters zu übertragen. Andernfalls sind sie verpflichtet, die Rechte und Pflichten des ausgeschiedenen Mitpächters bis zum Ende der Laufzeit des Pachtvertrages zu übernehmen.

§ 15

Sonstige Vereinbarungen

.....

.....

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dasselbe gilt für Erklärungen, Zustimmungen, Genehmigungen und ähnliches, die innerhalb des Pachtverhältnisses abgegeben oder erteilt werden.
- (2) Soweit für Streitigkeiten aus dem Vertrag die ordentlichen Gerichte zuständig sind, ist das Amtsgericht in das sachlich und örtlich zuständige Gericht der 1. Instanz.
- (3) Im Übrigen richtet sich der Pachtvertrag nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften.

§ 17 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen des Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, so wird der Bestand des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch ihrem Sinn entsprechende rechtswirksame Bestimmungen zu ersetzen.

.....,

(Ort) (Datum)

.....

Verpächter Pächter

(Bürgermeister/Jagdvorsteher)*

(ggf. ständiger Vertreter des Jagdvorstehers)

(ggf. Kassenverwalter)

Vorstehender Vertrag wurde der Unteren Jagdbehörde gem. § 12 Abs. 1 BJG ordnungsgemäß angezeigt. Beanstandungen zu dem angezeigten Vertrag werden nicht/wegen folgender Punkte* erhoben:

.....

.....,

(Ort) (Datum)

- Untere Jagdbehörde -
Dienstsiegel

.....

(Unterschrift)

(Anlage: Lageplan des (Teil)Jagdbezirkes, insbesondere der Grenze zu einem benachbarten Teiljagdbezirk innerhalb eines Jagdbezirkes)

*Nichtzutreffendes streichen

Rechtsquellen:

* Bundesjagdgesetz (BJagdG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 10 des Sechsten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 164)

<http://www.web-gesetze.de/Bundesjagdgesetz/Bundesjagdgesetz.htm>

* Landesjagdgesetz (LJG) vom 5. Februar 1979 (GVBl. S.23), http://rlp.juris.de/rlp/JagdG_RP_rahmen.htm

* Landesverordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes (LJGDVO), Vom 25. Februar 1981, http://rlp.juris.de/rlp/JagdGDV_RP_rahmen.htm

* Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt und Forsten vom 8. Februar 2000 zur Durchführung des Landesjagdgesetzes (Az.: 10513-8022), <http://www.ljv-rlp.de/html/jagd%20und%20recht/vv%20zum%20ljg.html>

Adressen/Ansprechpartner:

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
Interessenvertretung der kommunalen Eigenjagdbesitzer und Jagdgenossenschaften
Dr. Stefan Schaefer
Tel.: 06131-2398-124
Fax: 06131-2398-9124
E-Mail: dschaefer@gstbrp.de

Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
Referat Forsten
Dr. Wolfgang Schuh
Tel. 0671/793-114
E-Mail: wolfgang.schuh@lwk-rlp.de

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz
Oberste Jagdbehörde - Frank Ridderbusch
Kaiser-Friedrich-Str. 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 16-0
Fax: 06131 / 16 59 26
E-Mail: frank.ridderbusch@mufv-rlp.de

Ökologischer Jagdverband
Rheinland-Pfalz e.V.
Vorsitzender Thomas Boschen
Oberbirkholz 1
57587 Birken-Honigsessen
Telefon: 02294 / 98 150
Fax: 02294 / 98154
E-Mail: t.boschen@oejv.de

Regionale Ansprechpartner des ÖJV Rheinland-Pfalz:

Landkreis:	Ansprechpartner:	Straße:	PLZ:	Wohnort:	Tel.: Nr.
Altenkirchen	Thomas Boschen	Oberbirkholz 1	57587	Birken-Honigsessen	02294/98150
Südliche Weinstraße	Gerold Braun	Landauer Str. 44	76833	Böchingen	06341/960716
Daun	Mario Biwer	Am Acker 8	54570	Rockeskyll	06591/983456
Bitburg-Prüm	Reimund Köhl	In der Hill 5	54595	Gondenbrett	06551/2492
Germersheim	Gerhard Postel	Hintergasse 11	67361	Freisbach	063344/6884
Ahrweiler	Axel Schmidt	Im Grund 9	56746	Engeln	02655/3540
Cochern - Zell	Michael Fohl	Kleewiesenweg 18	56766	Ulmen	02676/1666
Bad Kreuznach	Klaus Kaiser	Forsthaus Alteburg	55566	Bad Sobernheim	06756/274